

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,00 Mk. wöchentlich, 28 Btg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Btg. Samstagsnummer mit Illustriertem Sonntagshefte.
 Die Reichsliste 10 Btg. Preisabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einbezogen in die Post-Verschlagspreise.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 Bezieht für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Btg. für politische und gewerkschaftliche Beschlüsse und Erklärungen 10 Btg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Btg. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Btg. Stellenanzeigen und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Btg., jedes weitere Wort 5 Btg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 10. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein Sozialdemokrat im Präsidium des Reichstages.

Ein Klassenbewußter Arbeiter, ein Sozialdemokrat sitzt im Präsidium des Deutschen Reichstages. Mit 188 Stimmen ist Genosse Scheidemann zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden.

Fest und unerschütterlich ist die sozialdemokratische Fraktion zu ihrem Recht gestanden und unsere Sache ist siegreich geblieben. Wir haben erklärt, die staatsrechtlichen Vorschriften zu erfüllen, ohne irgend andere Verpflichtungen auf uns zu nehmen. Die Intrigen der einen, die Schwachmütigkeit der anderen hat keinen Einfluß auf unsere Entschlüsse gehabt. Geradeaus sind wir unseren Weg gegangen und er hat uns zum Ziel geführt.

Wir Sozialdemokraten sind begeisterte Optimisten, wenn wir an die Erfüllung unserer großen Aufgaben denken und an das Ideal des Sozialismus. Wir sind aber sehr nüchterne Kämpfer in den Schlachten des Tages und kühle Beurteiler der Machtverhältnisse. Wir wissen, unsere Macht liegt in keiner parlamentarischen Ehrenstelle und die Positionen, die wir in den Parlamenten innehaben, sind nur Ausdruck unserer Kraft, nicht die Kraft selbst. Unsere Macht ist verankert in den Köpfen, die wir revolutionieren, in den Herzen, die wir begeistern, in dem Willen der Millionen, den wir organisiert und in geschlossener Einheit zusammengefaßt haben.

Und dennoch! Daß im Deutschen Reichstag, in diesem Parlamente, das einst das Schandgesetz gegen die Sozialdemokratie zum Beschluß erhoben hat, jetzt ein Sozialdemokrat in das Präsidium gewählt worden ist, das ist eine von jenen Tatsachen, die zwingend und sinnenfällig von dem gewaltigen Fortschritt Zeugnis geben, die die Bewegung der Arbeiterklasse gemacht hat. Ein Genosse waren im Reichstag, als das Sozialistengesetz noch galt, als Wilhelm II. die Regierung antrat. Fünfunddreißig Genossen wurden 1890 gewählt und ihre Wahl besiegelte das Ende des Ausnahmegesetzes. Heute sind wir die stärkste Fraktion, sind der dritte Teil des deutschen Volkes und der Vertreter der Geächteten und Gebrechten im Präsidium der Volksvertretung und Millionen Proletarierbergen in Deutschland und in der ganzen Welt werden in froher und stolzer Genugtuung bei dieser Kunde höher schlagen, als gute Bürgerschaft, daß es vorwärts geht.

Es ist nicht leicht gefallen, der Stimme des Volkes, die bei den Wahlen so klar gesprochen hat, auch im Reichstag Gehör zu verschaffen. Die Sozialdemokratie hatte von vornherein abgelehnt den Präsidenten zu stellen. Sie ist zwar die stärkste Partei des Hauses, aber sie ist keine Partei wie die andern. Sie steht in grundsätzlicher Opposition zu dem Gesellschafts- und Regierungssystem des Kapitalismus, das sie als Vertreterin des Proletariats durch Demokratie und Sozialismus überwinden wird. In diesem Sinne steht sie noch als Minorität der bürgerlichen Majorität gegenüber und dieses klare Verhältnis kommt zum Ausdruck, indem die bürgerliche Majorität den Präsidenten stellt.

Andererseits war die Sozialdemokratie von Anfang an bestrebt und bereit, die Leistungsfähigkeit des neuen Reichstages zu sichern und das Resultat der Wahl auch in der Zusammensetzung des Präsidiums zum Ausdruck zu bringen. Zugleich galt es die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Partei wenigstens bei den Liberalen durchzusetzen. Deshalb war es ausgeschlossen, daß sich unsere Fraktion von anderen Parteien irgendwelche Bedingungen verschreiben lassen konnte. Denn das hätte die Anerkennung in Demütigung verwandelt.

Deshalb erklärte die Fraktion den liberalen Parteien, sie sei bereit, für den Präsidenten und zweiten Vizepräsidenten aus ihren Reihen zu stimmen, falls sie für den Sozialdemokraten als ersten Vizepräsidenten stimmten. Die Fortschrittspartei erkannte von Anfang an den Anspruch der Sozialdemokratie an und hat in allen Stadien der Verhandlungen und Abstimmungen mit Energie und Konsequenz an diesem Standpunkt festgehalten. Die Führer der nationalliberalen Partei waren bei den Verhandlungen zunächst auch dazu bereit. Sie erklärten ausdrücklich, daß sie, nachdem die sozialdemokratische Fraktion die staatsrechtlichen Bedingungen, die mit dem Amt eines Vizepräsidenten verknüpft seien, übernehmen wolle, keinen Anlaß hätten, mehr zu fordern.

Doch hatten die Nationalliberalen Bedenken, ein Präsidium mit Ausschluß der Rechtsparteien zu bilden; sie fürchteten, daß die Mehrheit für ein solches Präsidium zu gering wäre, um seinen dauernden Bestand zu verbürgen. Da die Konservativen jede Teilnahme an einem Präsidium ablehnten, in dem die Sozialdemokratie vertreten wäre, kam nur das Zentrum in Betracht. Dieses aber erklärte, daß es ganz entsprechend der Auffassung seines verstorbenen Führers lieber,

einen Sozialdemokraten nur wählen könne, wenn er sämtliche höfische Verpflichtungen übernehme.

Aber auch die Nationalliberalen bereiteten dem sozialdemokratischen Vorschlag, der ihnen den Präsidenten und der Fortschrittspartei den Vizepräsidenten sicherte, Schwierigkeiten und erklärten schließlich, der Sozialdemokratie nur einen zweiten Vizepräsidenten einzuräumen zu wollen. Bedeutete dies schon einen ganz ungeredertigten, ja unverständlichen Versuch der Demütigung der stärksten Partei, so war diese Zustimmung um so mehr zurückzuweisen, als keinerlei Gewißheit bestand, ob der Sozialdemokrat auch wirklich gewählt würde. Weiß man doch, daß auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen recht wenig Neigung bestand, auch nur die berechtigten Ansprüche der Sozialdemokratie zu erfüllen. Für die Sozialdemokratie aber lag sicher kein Grund vor, sich zum Objekt etwaigen rechtsnationalliberalen und schwarzblauen Zusammenwirkens herzugeben.

So herrschte denn zu Beginn der Sitzung völlige Ungewißheit über den Wahlausgang. Die Sozialdemokratie ging selbständig vor und stimmte für Genossen Bebel als Präsidenten. Bebel erhielt 110 Stimmen, Spahn, der Kandidat des Zentrums 185, der Kandidat der Nationalliberalen, Prinz Schönau-Carolath 88 Stimmen. Bei der entscheidenden Wahl wurde Spahn mit 196 Stimmen gegen 175 Stimmen, die auf Bebel entfielen, zum Präsidenten gewählt.

Der Zentrumspräsident erhielt also nicht einmal die Mehrheit aller Mitglieder des Hauses. Er ist der Vertrauensmann der Minorität. Ueberraschend groß war aber die Stimmenzahl, die auf Bebel fiel. Nicht nur die Fortschrittler, sondern auch die Hälfte der Nationalliberalen haben für den Führer der Sozialdemokratie als Präsidenten gestimmt.

Die nationalliberale Taktik aber hatte völligen Schiffbruch erlitten. Die Partei hatte durch die Brüstung der Sozialdemokratie sich den Präsidentenposten verschert und dem Zentrum einen Erfolg verschafft, auf den es gar nicht hoffen konnte. Die Sozialdemokraten waren festgeblieben und hatten den Nationalliberalen in einem nachdrücklichen Anschauungsunterricht bewiesen, daß ihr rechter Flügel im Begriff war, sie in den schwarzblauen Sumpf zurückzustoßen. Ihr Mangel an Entschlußkraft hatte den Sieg des Zentrums herbeigeführt, und sie sind es, die vor allem Volke dafür die Verantwortung tragen müssen.

Die sozialdemokratische Taktik hatte vollen Erfolg. Sie verstärkte sofort das Gewicht des linken Flügels der Nationalliberalen. Mit einem Schlage war die Situation klar: Entweder ergeben sich die Nationalliberalen bedingungslos ihren schwarzblauen Feinden oder sie handeln selbständig und unabhängig nach ihren eigenen Parteiinteressen. Und jetzt fanden die Nationalliberalen auf die klare Frage endlich die klare Antwort. Mit wenigen Ausnahmen stimmten sie für Genossen Scheidemann als ersten Vizepräsidenten und der Sozialdemokrat wurde im ersten Wahlgang gewählt. Zweiter Vizepräsident wurde der Nationalliberale P a s c h e.

So ward der Fehler, den Schwanen und Jandern verursacht hatte, wieder gut gemacht, die Tatsache, daß die unumschränkte Herrschaft der Klerikalen bei den Wahlen vernichtet worden ist, auch in der Wahl des Präsidiums dokumentiert. Denn die Bedeutung dieser Wahl liegt nicht in dem Zufallsieg des Zentrumsführers, sondern in der entschlossenen Gegenwehr, die dieser Sieg ausgelöst hat.

Wir Sozialdemokraten aber begnügen mit Freude den Einzug unseres Vertreters in das Präsidium des Reichstages. Wir sind frei von allen Illusionen und wir wissen, daß unsere Gegner eifrig ans Werk sind. Unablässig wird an der Sammlung gegen uns gearbeitet und die Regierung, die vergeblich alles daran gesetzt hat, die Sozialdemokratie auch diesmal ihres Rechts zu berauben, wird nun um so eifriger daran arbeiten, ihre Niederlage wieder gut zu machen. Wir wissen es und fürchten es nicht, und schauen guten Mutes den künftigen Kämpfen entgegen, mit Bundesgenossen, wenn wir sie auf unserem Wege finden, und ohne sie, wenn wir allein die Sache der Arbeiterklasse zu führen haben. Heute aber freuen wir uns des Tages, der zum erstenmal den Sozialdemokraten an eine Stelle gerufen hat, von der so lange die Macht der Gegner uns ferngehalten hat.

Die Wahl im Reichstag.

Wieder wogen dicke Menschenmengen auf und ab vor dem Reichstagsgebäude. Die Spannung war aufs höchste gestiegen, zumal die Nachricht durchgedrungen war, daß alle Verhandlungen von Fraktion zu Fraktion ergebnislos geblieben seien. So muß denn der Stimmzettel entscheiden.

Und der Stimmzettel hat entschieden. Er hat bewiesen, daß eine linke Mehrheit im Deutschen Reichstag vorhanden ist. Wenn trotzdem ein Schwarzblauer als erster Präsident gewählt worden ist, so liegt das daran, daß die Nationalliberalen erst im Laufe der Abstimmung die Situation begriffen.

Wiederum versah mit Würde und Geschick Alterspräsident Traeger seine Obliegenheit, die für einen 82jährigen gewiß nicht leicht war. Die Frische und der gute Humor, mit der der Senior des Hauses die Geschäfte führte, bewährte sich auch heute.

Drei Wahlgänge waren nötig, um die Entscheidung über den ersten Präsidenten herbeizuführen. Mit Leichtigkeit hätte die Sache in einem Wahlgang entschieden werden können. Aber die Nationalliberalen hatten, obwohl ihr linker Flügel sich alle Mühe gegeben, keine bindende Verpflichtung in bezug auf die Belegung der zweiten Stelle übernehmen wollen. Unter diesen Umständen konnte die sozialdemokratische Fraktion weder im ersten noch im zweiten Wahlgang für den Kandidaten der Nationalliberalen, den Prinzen v. Schönau-Carolath, stimmen. Daher fiel dieser beim dritten Wahlgang aus und Genosse Bebel kam mit dem Erlernen der Schwarzblauen in Stichwahl. Und der hieß Spahn. Schon im zweiten Wahlgang waren ein paar bürgerliche Stimmen auf Bebel gefallen. Im zweiten Wahlgang erhielt er wohl die gesamten freisinnigen und vielleicht die gute Hälfte der nationalliberalen Stimmen. Ein gutes Viertel der Nationalliberalen dürfte sich enthalten und ein knappes Viertel für Spahn entschieden haben. Dieser war somit gewählt, aber nur mit 196 gegen 175 Stimmen, die auf Bebel fielen. Es war wohl die Voraussicht der Dinge, die da kommen sollten, welche bewirkte, daß der schwarzblaue Jubel sehr gedämpft klang. Um so einmütiger und lauter war der Beifall, den der neue Präsident erzielte, als er mit wirklich warmen Worten der Verdienste des greisen Alterspräsidenten Traeger gedachte.

Und nun kam die Wahl des ersten Vizepräsidenten heran. Sie kostete nur einen Wahlgang. Die Nationalliberalen hatten gelernt. Die Polen scheinen sich enthalten zu haben. Und so blieb denn der Vizepräsidentenkandidat des schwarzblauen Blokes, der konservative Notar und Profildrucker Dietrich aus Breslau, mit 174 Stimmen in der Minorität und mit 188 Stimmen wurde Genosse Scheidemann als erster Sozialdemokrat in das Präsidium des Deutschen Reichstages berufen. Lebhafter Beifall erscholl auf der Linken, als das Resultat verkündet wurde, und lebhaft beteiligten sich daran die Tribunen.

Zum fünften Mal an diesem Tage schreitet das Haus zur Wahl. Mit den Stimmen der gesamten Linken und wohl auch des Zentrums wird der Nationalliberale P a s c h e zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Die Polen stimmten aus Abneigung gegen Raasche für Raempf, und die Rechte dokumentierte ihre Wut über den Gang, den die Dinge genommen, durch Abgabe weißer Stimmzettel. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Reichstages ist ein Präsidium gewählt, das keinen adligen Namen enthält.

Es erfolgte noch die Wahl der Schriftführer, deren Ergebnis vom Bureau ermittelt und in der nächsten Sitzung (am Dienstag) mitgeteilt werden wird. Auf der Tagesordnung steht eine nationalliberale Interpellation über die Ansprüche, die Rußland auf der internationalen Juckerkonferenz erhebt; eine freisinnige Interpellation über den Futtermangel; und schließlich der Etat.

Der Verlauf der Sitzung.

Alterspräsident Traeger eröffnet die Sitzung nachmittags 2 Uhr und läßt durch einen Schriftführer den § 9 der Geschäftsordnung mit den Bestimmungen über die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten verlesen und fährt dann fort: Ich bitte Sie, die größte Ruhe zu bewahren, damit das Geschäft sich ohne Hindernis vollzieht und wir, ehe der Tag sich neigt, in dem glücklichen Besitz eines Präsidenten sind. (Allgemeine Heiterkeit.)

Die Anzahlung der bei der Wahl des Präsidenten abgegebenen Stimmzettel ergibt, daß 388 Zettel abgegeben sind, darunter drei ungültige; von den 385 gültigen Stimmen haben erhalten:

Abg. Dr. Spahn (Z.)	185
Abg. Bebel (Soz.)	110
Abg. Prinz Carolath (natl.)	88
Abg. Dr. Raasche (natl.)	1
Abg. Heine (Soz.)	1

Die absolute Mehrheit hat keiner erhalten, es muß also Stichwahl stattfinden, und zwar zwischen denjenigen fünf Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, also zwischen sämtlichen fünf Kandidaten, die überhaupt Stimmen erhalten haben.

Das Ergebnis der Stichwahl ist folgendes: Abgegeben sind 388 Stimmzettel, darunter 3 ungültige. Von den 385 gültigen Stimmen haben erhalten:

Abg. Dr. Spahn (Z.)	180
Abg. Bebel (Soz.)	114
Abg. Prinz Carolath (natl.)	85

Ministerpräsident Abg. Träger: Die absolute Mehrheit beträgt 193. Es scheint also, daß wir heute die lächerliche Geschäftsordnung über uns ergehen lassen müssen. (Heiterkeit.)

Es findet nunmehr Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, also zwischen den Abgg. Dr. Spahn und Debel, statt.

Das Ergebnis der Stichwahl ist folgendes:
Es wurden abgegeben 384 Stimmen, davon ungültig 18; von den gültigen Stimmen haben erhalten

Abg. Dr. Spahn (Z.) 196,
Abg. Debel (Soz.) 178.

Der Ministerpräsident Traeger fragt darauf den Abg. Dr. Spahn, ob er die Wahl annehme. Spahn bejaht dies und bezieht darauf den Präsidentenstuhl. Er richtet folgende Ansprache an das Haus:

„Ich danke dem Hause für das mir erwiesene Vertrauen. Zunächst aber haben wir die Pflicht, unserem verehrten Alterspräsidenten Traeger herzlichen Dank zu sagen für seine erhebliche Mühe und für die Ausdauer, die er dabei bewiesen. (Starker Beifall auf allen Bänken.) Ich werde mich bestreben, unparteiisch mein Amt zu führen und die Geschäfte des Hauses zu fördern, und bitte alle, mir dabei zu helfen.“ (Beifall rechts.)

Das Haus tritt dann in die Wahl des ersten Vizepräsidenten ein. Abgegeben wurden 386 Stimmzettel, davon ungültig 21. Von den gültigen Stimmen erhalten:

Abg. Schreiermann (Soz.) 188,
Abg. Dietrich (L.) 174,
Abg. Dr. Baasche (nall.) 3.

Abg. Scheidemann ist somit gewählt und nimmt die Wahl unter dem Beifall der Linken an.

Das Haus nimmt sodann die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vor.

Abgegeben werden für Baasche (nall.) 274 Stimmen, für Kaemy (Op.) 12, für Dietrich (L.) 2, v. Hegdebrand (L.) 1 und Stadthagen (Soz.) 1. Ungültig sind 95 Stimmen von im ganzen 386.

Gewählt ist der Abg. Baasche zum zweiten Vizepräsidenten. Auf Anfrage des Präsidenten erklärt Abg. Baasche (nall.): Ich nehme die Wahl an.

Nunmehr schreitet das Haus in erneuertem Namensaufruf zur Wahl der Schriftführer. Die Verlesung des Ergebnisses dieser Wahl wird wie üblich auf die nächste Sitzung verschoben.

Präs. Dr. Spahn: Der Reichstag ist nunmehr konstituiert. Ich werde pflichtgemäß Sr. Majestät dem Kaiser Mitteilung davon machen.

Eingegangen sind ein schleuniger Antrag Albrecht (Soz.) zur Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abgg. Ebert, Fischer (Sozial) und Jenerstein. Ferner eine Interpellation Wassermaan bezüglich der russischen Ansprüche auf der internationalen Judikatur. Weiter eine Interpellation Blah (Op.) ob der Meldungsleiter in Rücksicht auf die herrschende Teuerung und den Futtermangel für eine kurze Zeit den Zoll auf Mais und Futtergerste aufheben und den Kartoffelzoll statt am 15. Februar erst am 1. Mai in Kraft treten lassen solle.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr (obige Anträge und Interpellationen sowie der Etat).

Schluß 7/7 Uhr.

Preßstimmen.

Die „Freisinnige Zeitung“ bedauert die Wahl Spahns, die keineswegs der Verteilung der Machtverhältnisse entspreche. Die Frage läge nahe, wieso es zu dieser Wahl gekommen sei. Darüber sagt das fortschrittliche Organ:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß die Schuld sich ungeteilt gleichmäßig auf die Sozialdemokraten und auf die Nationalliberalen verteilt. Die Sozialdemokraten mühten sich von vornherein darüber klar sein, daß es ihnen nicht gelingen könnte, den ersten Präsidentenposten zu erreichen, da dafür die Nationalliberalen entweder gar nicht oder nicht geschlossen zu haben waren. Dieses geschlossene Zusammengehören hätte es aber bedurft. Ob die Stellungnahme der Nationalliberalen sich rechtfertigen läßt oder nicht, soll in diesem Moment nicht untersucht werden, genug, die Sozialdemokratie hatte auf jeden Fall damit zu rechnen. Wenn sie gleichwohl an Debel, dessen Kuppelung an Stelle von Diez ohnehin schon eine Demonstration war, in der engeren Wahl teilnahm, betrieb sie damit eine Art Teufelspakt, die in diesem Moment durchaus unangebracht war. Auf der anderen Seite trifft die Nationalliberalen der Vorwurf, für den Ausgang der Wahl die Verantwortung zu tragen. Denn die Sozialdemokraten waren bereit, im zweiten Wahlgang ihre Stimmen auf den Prinzen Schmalz-Carolath zu übertragen, wenn ihnen die Nationalliberalen die Stelle des ersten Vizepräsidenten überließen. Dazu aber konnten sie dies nicht vorziehen — unbedingtermaßen.“

Sehr merkwürdige, widersprüchliche und direkt unrichtige Ansichten finden sich in der „National-Zeitung“. Sie sagt zunächst:

„Da die nationalliberale Partei von vornherein den Standpunkt vertreten hat, daß ein ausschließlich aus den Oppositionsparteien gebildetes Präsidium nicht der parlamentarischen Lage entspreche, war es unmöglich, eine Einigung zwischen den beiden liberalen Parteien und der Sozialdemokratie zu erzielen.“

Damit gäbe das Blatt ja zu, daß die Nationalliberalen kein reines Linken-Präsidium haben wollten, sondern von vornherein entschlossen gewesen wären, die Sozialdemokratie auszuscheiden, um das Zentrum für das Präsidium zu gewinnen. Das ist ja die beste Rechtfertigung der sozialdemokratischen Kritik. Wenn trotzdem das Blatt die Sozialdemokraten gar der „Felonie“ beschuldigt, so zeigt dieser lächerliche Vorwurf, daß das Blatt die Situation überhaupt nicht begriffen hat.

Hertling bayerischer Ministerpräsident.

Aus München wird uns telegraphiert:

Seine Annahme, das Ministerium Bedewits werde mit seinem Namensträger die Ministerreise nicht überleben, hat sich bestätigt. Herr von Hertling, der entgegen der Behauptung der Zentrumspreffe von seiner Unabhängigkeit doch schleunigst von Berlin hierher geeilt ist, wurde heute zum Minister des Innern und Vorsitzenden im Ministerrat ernannt. Gleichzeitig ist ihm der Auftrag geworden, das Kabinett neu zu bilden. Ebenso gleichzeitig ist das Entlassungsgesuch des Herrn von Bedewits genehmigt worden. Als Pfaster erhält die Ernennung zum Hubschreiber und in einem Hauptschreiben des Prinzregenten den Dank für ausgezeichnete Treue und mit seltener Hingebung geleistete Dienste, mit der Versicherung, daß diese seltenen Dienste noch besonders gewürdigt würden. Wahrscheinlich durch Verleihung eines hohen Hofamtes, mit dem der Zutritt bei Hofe vor den aktiven Ministern verbunden ist. So bleibt Herr v. Bedewits der Hofgagdrunde als Sänger und Hühnerpieler erhalten. Aber in die Grube, die er seinen Kollegen Pfaff und Traendorfer

graben wollte, ist er selbst hineingefallen, ebenso sein Mitarbeiter, der bisherige Kultusminister v. Wehner, den jetzt auch die Zentrumspreffe völlig preisgibt.

Was weiter wird, ist in bayerisches Dunkel gehüllt und wird kaum noch vor morgen abend bekannt werden. Wahrscheinlich wird überhaupt kein Mitglied des bisherigen Ministeriums in das neue Kabinett gelangen. Dagegen erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß ein zurzeit noch aktiver General der Artillerie oder des Geniewesens Verkehrsminister werden soll nach dem Muster des ehemaligen preussischen Bobbielski. Dieser Soldat soll nach dem Wunsche des vor dem roten Schreden zitternden Hofes die Hauptaufgabe haben, die angebliche Gefahr eines Eisenbahnstreiks im Keime zu ersticken. Das stimmt auch überein mit den ungemein scharfmacherischen Artikeln der Zentrumspreffe, in denen als Hauptaufgabe der neuen Regierung die Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet wird. Unser Münchener Parteiorgan bemerkte heute morgen bereits, ehe noch die Bestätigung der Nachricht da war, daß Hertling Ministerpräsident würde:

Herr v. Hertling, der schon lange gerüstet ist auf den wenn auch noch zeitweiligen Eintritt in die bayerische Regierung, wird zur Freude für „Hausnechte“ des Zentrums (der hohe Herr beliebte feinerzeit eine bekannte Zentrumsgröße als Hausnecht zu titulieren) kommen und mit Handluch annehmen und dann kann das herrliche Reich der Scharfmacherei beginnen.

Steuerzahlen ist — Sozialismus.

Ein agrarischer Junker war es, der den klassischen Ausdruck gelien hat vom Vorworte der Besitzenden, das man niemals dem auf einem demokratischen Wahlrecht beruhenden Reichstag überantworten dürfe. Der Mann hat wohl gewußt, was er sprach. Deshalb muß man den Blick ab und zu ins preussische Dreilassenhaus lenken, um zu sehen, wie die Erwählten des Wahls des Vorworts der Besitzenden zu schätzen wissen. Es wurden dort bekanntlich in den letzten Tagen die neuen preussischen Steuererträge beraten, über die wie unsere Leser bereits unterrichtet haben. Bei den direkten Steuern ist es dem Besitz nicht ganz so leicht, sich von der Zahlung seines Anteils zu drücken, wie bei den indirekten. Eine Abgabe auf Salz z. B. wird ohne weiteres fast ganz von den Besitzern getragen, weil die Besitzenden so gering an Zahl sind, daß ihr gesamter Konsum an Salz nur lächerlich klein ist neben dem Salz, das die Masse der Besitzlosen verzehrt. Aber bei der direkten Steuer muß man schon geradezu zu Unterstellungen und Betrügereien greifen, um den gleichen Effekt zu erzielen. Das ist der Grund, weshalb den Vertretern des Besitzes die direkte Besteuerung des Einkommens und Vermögens so zuwider ist, und so erlebte man denn im preussischen Parlament einen — teils verteidigten, teils offenen — Widerstand gegen die geplante Erhöhung der direkten Steuern, der in seinen Nebenergebnissen schon mehr komisch wirkte. Und bezeichnenderweise war es kein Konservativer, sondern ein Zentrumsmann, der die Parole des Junkers von Janschan am unverblümtesten besocht. Die Rede, die der Zentrumsdarsteller Graf v. Spee unter dem lauten Beifall seiner Parteigenossen hielt, kann man kurz zusammenfassen mit den Worten: „Steuerzahlen ist sozialistisch. Das Zentrum aber will Thron und Altar gegen den Konsum verteidigen, folglich — darf es keine Steuern bewilligen!“

Unsere Leser werden erlaunt fragen, ob denn solch ein Widerspruch überhaupt möglich sei! Ob wir nicht etwa in die grassierenden Worte etwas hineingelegt haben, was sie denn doch nicht enthalten! Aber es ist kein Zweifel möglich. Freilich hat das Zentrum in diesem Falle nicht gerade einen seiner geschicktesten Redner vorgeführt. Gerade deshalb darf man um so mehr glauben, daß er seine wahre Herzensmeinung ausgesprochen hat. Ein anderer, geschickterer Redner hätte vielleicht allerlei Vorwände gebraucht. Nicht so der Graf v. Spee. „Wenn es uns wirklich ernst ist mit der scharfen Frontstellung gegen eine sozialistische und sozialdemokratische Entwicklung“, so rief er am Schluß seiner Rede aus, „so ist hier eine Gelegenheit gegeben, dies zu beweisen.“ Und wie will er es beweisen? Die immer höher steigende Besteuerung — das etwa war sein Oberbegriff — muß, wenn das so weiter geht, schließlich zur Konfiskation des Vermögens führen. Um das zu verhindern, schlägt er vor, dem überhandnehmenden Steuerdruck durch das Staatsgrundgesetz eine Grenze zu setzen. In die Verfassung möge ein Satz eingefügt werden, daß kein preussischer Unterthan gezwungen werden darf, über einen bestimmten Prozentsatz seines deklarierten Einkommens an Steuern und Abgaben zu zahlen.“ Dabei der Herr Graf gültig von 5 bis 15 Proz. geben will. Nun ist, wie man weiß, gerade aus Anlaß der Steuerdebatten angehebt worden, daß die Besitzenden in Stadt und Land zu einem sehr großen Teil ihr Einkommen falsch deklarieren; sie geben weniger an, als sie in Wirklichkeit einnehmen, und zahlen schon dadurch weniger, als das, was sie eigentlich schuldig sind. Wenn dazu nun noch die Bestimmung käme, daß ihre gesamten Abgaben (also an Staat und Kommune, Kirche usw.) nur einen gewissen Prozentsatz ihres deklarierten Einkommens betragen dürfen, so kann man sich ein Bild machen, um wieviel sie dann erst den Staat schädigen würden.

Den Gipfel der Komik erreichte der Graf, als er von der Ergänzungsteuer sprach. Gegen deren Erhöhung wendet er sich mit Händen und Füßen. Sehr natürlich. Ist doch die Ergänzungsteuer die einzige, sehr geringfügige Heranziehung des Vermögens, die wir in Preußen haben. Eine Vermögenssteuer im eigentlichen Sinne ist sie ja nicht. Denn sie wird zwar nach der Größe des Vermögens berechnet, aber bezahlt wird sie natürlich von dem Einkommen, das der Besitzer aus dem Vermögen zieht. Sie ist also wirklich, was ihr Name besagt: eine Ergänzung der Einkommensteuer, aber eine solche, die nur die vermögenden Leute belastet. Welch ein Gegenstand des Entsetzens für den Redner des Zentrums! Er erklärte mit Nachdruck, daß jede Erhöhung der Ergänzungsteuer, weil eine Gefahr in sich schließend, auszuweichen ist.“ Dabei muß man wissen, daß die heutige Ergänzungsteuer mit den gegenwärtig erhobenen Zuschlägen noch nicht ganz zwei Drittel vom Tausend (nicht etwa vom Hundert) ausmacht. Das heißt von jedem tausend Mark Vermögen werden 654 Pfennige gezahlt. Und diese sollen nun nach dem Vorschlag der Regierung auf 60 Pfennig erhöht werden. Da liegt gewiß die Gefahr sehr nahe, daß durch allmähliche Erhöhung der Ergänzungsteuer zu guter Letzt das ganze Vermögen dem Staat konfisziert wird! Und doch brachte es der Graf fertig, dies als Grund seiner Ablehnung anzugeben. „So wenig wir heute wissen“, sagte er, „was in 10 Jahren beschlossen werden wird, wenn wir uns an die Erhöhung begeben, so gut können wir annehmen, daß dann, wenn wir einmal anfangen zu erhöhen, diese Erhöhung in jeder Novelle weiter und weiter gehen wird. Damit besorgen wir Ihre Wünsche, meine Herren Sozialdemokraten.“

Die Worte des Herrn Grafen in allen Ohren. Er persönlich mag es ganz aufrichtig meinen, obwohl man kaum glauben sollte,

daß ein politisch gebildeter Mann sich heute noch ein so lausiges Bild vom Sozialismus machen kann. Aber daß die Zentrumspartei wirklich an die Wahrheit dieser Gründe glaubt, das kann sie nur ganz Unmündigen einreden. Kein, das sind elende Vorwände, die nur zeigen, mit welcher Hartnäckigkeit und Erbitterung das Vorworte der Besitzenden selbst gegen die allerwingigste Belastung gekämpft werden soll.

Das Bild wäre nicht vollständig, wenn nicht der Redner des Zentrums auch bei dieser Gelegenheit wieder sogenannte „moralische“ Gründe ins Feld geführt hätte. Die Regierung will, daß beim Tode eines Besitzenden die Erben der Steuerbehörde ein Inventar des Nachlasses vorlegen sollen. Dieses „Einkommen“ in die inneren Familienverhältnisse gerade im Augenblick des Todes, falls ist dem Zentrumsdarsteller höchst unangenehm. Denn hier wird der Erbe verpflichtet, den Erblaffer eventuell in kürzester Zeit nach dem Tode als Steuerdefraudanten zu denunzieren.“ Dadurch wird, wie es scheint, das „sittliche Empfinden“ der Herren vom Zentrum verletzt. Wie rührend! Aber gegen solche Bloßstellungen nach dem Tode kann sich ja jeder leicht schämen: er braucht nur ein ehrlicher Mann zu bleiben, er braucht nur sein Vermögen richtig zu deklarieren und seine Steuern richtig zu zahlen, er braucht, mit einem Worte, nur eine Tat zu vermeiden, die der Finanzminister (in der Begründung des Gesetzes) mit Recht einen nichtsnutigen Betrag nennt, der noch schlimmer ist als gewöhnlicher Betrug, weil er nicht bloß einen, sondern alle anderen schädigt!

Aber wie gesagt, man darf diese lächerlichen Vorwände nicht ernst nehmen. Die wahre Meinung des Zentrums offenbaren sie nicht. Und übrig bleibt bloß, daß das Zentrum die schon so geringen und gänzlich unzulänglichen Vorschläge des Finanzministers zur schärferen Heranziehung der Besitzenden auch noch ablehnen will.

Der Krieg.

Ueber Kämpfe in der Cyrenaika

Stegen heute einige Nachrichten von türkischer wie von italienischer Seite vor, die aber nach beiden Seiten offiziell zurückgezogen sind, und daher nur wenig glaubwürdig sind. Daß die Situation der Italiener in den Küstengebieten der Cyrenaika alles andere als günstig ist, weiß man, aber die untenstehende Siegesnachricht aus Konstantinopel erscheint doch übertrieben. Die Verschleierung der Nachrichten scheint in diesem Kriege als eine Hauptaufgabe der Kriegführenden betrachtet zu werden. Die Meldungen lauten:

Konstantinopel, 8. Februar. Das Kriegsministerium übermittelt der Presse eine Depesche des Kommandanten von Benghasi, nach der die Italiener bei den nördlichen Angriffen der Türken und Araber am 25., 26. und 27. Januar große Niederlagen erlitten haben sollen. Die Italiener hätten mehr als 1300 Tote gehabt, die auf ungefähr 40 Schiffe von der Kriegsmarine gebrochen worden seien. Die Stadt sei voller Verwundeter. Einige italienische Kompanien seien vollständig vernichtet worden. Die Türken und Araber hätten im ganzen bloß 28 Tote und 69 Verletzte gehabt.

Rom, 9. Februar. Die „Agenzia Stefani“ meldet unter dem 7. d. M. aus Tobruk: Um 1 Uhr morgens eröffnete der Feind gegen das Fort ein ungeheures halbstündiges Feuer, das die italienische Besatzung nicht erwiderte. Gegen 8 Uhr früh wurde abermals ein Feuer gegen die italienischen Vorposten eröffnet. Diese erwiderten es, auch einige Kanonenschüsse fielen auf italienischer Seite. Der Feind wurde bald zurückgeschlagen. Drei Araber blieben, durch Geschosse getötet, auf dem Platz; die Zahl der von der Artillerie Getroffenen ist unbekannt. Auf italienischer Seite wurde ein Unteroffizier leicht an der linken Hand verwundet. — Seit sechs Tagen sah man keine Karawane über das Plateau ziehen.

General Canova in Rom.

Rom, 9. Februar. General Canova hatte gestern eine längere Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Giolitti, dem Kriegsminister Spingardi, mehreren höheren Offizieren des Generalstabs und dem General Cecchi-Girardo. Eine gestern abend ausgegebene offizielle Note teilt mit, daß General Canova binnen kurzem nach Tripolis zurückkehren und nach seiner Ankunft eine große militärische Tätigkeit entfalten wird.

Tunesische Araber als Bundesgenossen der Türken.

Mailand, 9. Februar. Nach einer Nachricht, welche die Turiner „Stampa“ aus Tripolis erhält, sollen 5000 tunesische Araber die tripolitanische Grenze überschritten haben, um sich den bei Garian stehenden türkischen Streitkräften anzuschließen.

Englische Schiffe im Roten Meer von den Italienern angehalten.

London, 9. Februar. Aus Velloa wird vom 8. Februar gemeldet: Der italienische Torpedojäger „Urenabiere“ hat den britischen Dampfer „Aurora“ 15 Meilen nördlich von Berim angehalten und ihn zur Unterdungung nach Scheit Said zurückgebracht. Auch das Schiff „Woodcock“, das auf der Fahrt von Aden nach Hodeida begriffen ist, ist von den Italienern angehalten worden.

Hodeida nicht beschossen.

Konstantinopel, 9. Februar. Dem Ministerium des Innern zugekommene Depeschen der letzten Tage melden nichts von einem Bombardement Hodeidas. Sie stellen nur die Tatsache durch die italienische Flotte selbst fest. Wenn aber ein Bombardement stattgefunden hätte, so könnte der Schaden bei den Bahnhöfen Hodeidas ganz unmöglich sich auf 12 Millionen Franzosen belaufen. Im ungünstigsten Falle dürfte er kaum an eine Million Franzosen betragen.

Die Revolution in China.

Mißtrauen gegen Yuanshikai.

Peking, 9. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Trotz der optimistischen Berichte der Regierung machen die Republikaner zu fast allen von Yuanshikai gemachten Vorschlägen Änderungen und ersuchen Yuanshikai, nach Hankow zu kommen, um ein endgültiges Abkommen zu schließen. Augenblicklich beginnen die Republikaner Verdacht zu schöpfen, daß Yuanshikai Bedingungen für einen bequemen Weg zur Rückkehr zur monarchischen Regierungsort schaffen werde, sobald eine Anleihe aufgenommen, die Ordnung wiederhergestellt und die republikanische Armee aufgelöst ist. Viele einflussreiche Chinesen sind der Ansicht, daß China die äußere Einkäufe bereits verloren hat. Man fürchtet, daß es dem Dalai Lama gelingen werde, die Unabhängigkeit Tibets wiederherzustellen, und daß Japan die südliche Mandchurei annektieren werde, während die nördliche einen Pufferstaat zwischen japanischem und russischem Gebiete bilden würde.

Die Vorgänge in der Mandchurei.

Mukden, 9. Februar. Die Revolutionäre haben gestern mit zwölf Geschützen das Bombardement auf Stadt und

Befestigung Raiping eröffnet. In der Stadt brach ein Feuer aus. — Dreiundzwanzig Offiziere sind wegen ihrer geheimen Beziehungen zum General der Revolutionäre hingerichtet worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar 1912.

Kulturkampfgeplänkel.

Wohl noch niemals hat sich der Satz, daß jedes Parlament die Behandlung erfährt, die es verdient, so bewahrheitet wie am Freitag im Abgeordnetenhaus.

Zum Etat des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten lag ein nationalliberaler Antrag vor, der die Regierung ersuchte, zunächst bald authentische Mitteilungen über die mit der Kurie über das neueste Motuproprio betr. das Gerichtsverfahren gegen Alexiter gepflogenen Verhandlungen zu machen, insbesondere den darauf bezüglichen amtlichen Schriftwechsel vorzulegen.

Nachdem Abg. Dr. Campe (natl.) den Antrag unter scharfer, aber gerechter Kritik der sorgfältigen päpstlichen Ueberschriften begründet hatte, erhob sich Herr v. Niderlen-Waechter, um eine Antwort zu erteilen, die eigentlich keine Antwort war. Er behauptet, daß das Motuproprio für Deutschland nicht gilt, und berief sich zum Beweis dafür auf offiziöse Prekardikel, die zweifellos aus dem Vatikan stammen. Er erklärte weiter, daß der preussische Gesandte beim Vatikan auf seine Anfrage eine zufriedenstellende Erklärung bekommen habe, daß aber Alten darüber nicht vorhanden seien. In demselben Atemzuge bat er das Haus, den Antrag auf Vorlegung der Akten nicht anzunehmen. Erkläre mir, Graf Derindur, diesen Zwiepsalt der Natur! Unter solchen Umständen dürfte der Bescheid an den Kardinalstaatssekretär, daß die Regierung jeder Verfügung, welche mit den Reichs- oder Landesgesetzen in Widerspruch stände, die Wirksamkeit verweigern müsse, kaum Eindruck in Rom gemacht haben.

Wäre das Abgeordnetenhaus eine wirkliche Volksvertretung, so hätte es nach dieser ministeriellen „Antwort“ erst recht auf die Annahme des Antrages dringen müssen. Statt dessen beantragten die Konservativen, mit Rücksicht auf die Erklärung des Staatssekretärs über den nationalliberalen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, und Herr v. Niderlen-Waechter, der seine Pappenheimer kennt, konnte befriedigt das Haus verlassen. Stand doch das Schicksal des Antrages von vornherein fest.

Unter solchen Umständen war es höchst überflüssig, daß Abg. Dr. Borjch (S.) eine unendlich lange Rede hielt, die an die Zeiten des seligen Kulturkampfes erinnerte, zum Schluß aber die kosenjämmerliche Stimmung des Zentrums über seine Wahlniederlage durchblenden ließ. Den Standpunkt der Sozialdemokraten vertrat recht geschickt Genosse Liebknecht, der der konservativ-kerikalen Mehrheit durch seine Darstellung der politischen Verhältnisse in Preußen und Deutschland einige unangenehme Augenblicke bereiteite und auch zur Beurteilung der Stellung des Regierungsvertreters die richtigen Worte fand. Ebenwomöglich ließen die Abg. Ghyling (Sp.) und Friedberg (natl.) es an der so notwendigen Schärfe in ihren Ausführungen fehlen.

Natürlich ging das Haus, dem konservativen Antrage entsprechend, über den nationalliberalen Antrag zur Tagesordnung über und bewilligte den Etat, darunter auch wieder die Position „Preussische Gesandtschaft am Vatikan“.

Am Sonnabend beginnt die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Die Wünsche des Flottenvereins.

Weitere Marineerüstungen! Das ist die Parole des Flottenvereins. Donnerstag abend hielt der Flottenvereinspräsident Großadmiral v. Köster in Leipzig einen Vortrag, in dem er betonte, es bestehe kein Zweifel darüber, daß wir gegenwärtig sind. Abwehrmaßnahmen energischer Art zu treffen, wie wir sie in gleicher Intensität bisher nicht für nötig gehalten hätten. Eine starke Verteidigung unserer Nordseeküste, die allen Eventualitäten gerecht sein muß, erscheint unerlässlich. Untersee- und Torpedobootsflotten müssen in der Lage sein, jeder Ueberraschung zu begegnen. Natürlich wird die Zahl der Unterseeboote hierfür zu vermehren sein. Weiter dürfte es sich empfehlen, in kritischen Zeiten an der Südküste der Nordsee einen verstärkten Vorposten- und Aufklärungsdienst in Bereitschaft zu halten. Durch eine erhöhte Geschwindigkeit unserer Flotte müssen wir aber weiter in den Stand gesetzt werden, jeden uns bedrohenden Stolz zu parieren. Dies wird in wirksamster Weise geschehen, wenn wir ein drittes Geschwader aktivieren!

Das sind Wünsche, über die natürlich im Reichstag ein energisches Wortchen geredet werden wird!

Das „nationale“ Zentrum.

Das Zentrum hat sich vor den letzten Reichstagswahlen bis zum Ziel begeben gegen die „Antinationalität“ der Sozialdemokratie gewandt und seine unbedingte „Naperlässigkeit“ in „nationalen“ Fragen in hohen Tönen bezeugt. Jetzt, kaum einige Tage nach der Wahl, können die Merkmalen bereits wieder anders. Die „Trennung“, das Zentrumsbüro in Dortmund, rechnet schon mit einer Reichstagsauflösung in nächster Zeit gelegentlich der sogenannten Mehrparlamente.

„Können sich unsere Parteifreunde auf alles gefaßt? Wir geben unerschrocken sehr ernsten Zeilen entgegen und wir werden am letzten Ende wieder auf unsere eigene Kraft angewiesen sein. Es muß deshalb sofort auf der ganzen Linie ein Werk eingeleitet werden, um unsere Organisation und unsere Presse weiter auszubauen. Das hat unsere besten und tüchtigsten Köpfe.“

Die „Trennung“ erklärt, der Reichstagsler könne im gegenwärtigen Reichstag gewiß eine Mehrheit haben für „Deer- und Marinevorlagen“. „Ob er aber eine Mehrheit der „Anderen“ für die Reichstagsberatung finden wird, das sei eine andere Frage. Das Zentrum und die Rechte dürften ihm aber nicht mehr den Gefallen tun, die „Anderen“ aus dem Feuer zu holen, wenn er glaubt, gleichzeitig zwei Eissen im Feuer halten zu können.“

Das ist deutlich. Das Zentrum will sich wohl den „nationalen“ Spatz der Annahme der „Deer- und Marinevorlagen“ erlauben, aber, die Kosten dafür will es nicht bewilligen, wenn der Reichstagsler nicht wieder alle in von Zentrumsgnaden regieren will!

Wenn ja auch von diesem Gewerde nicht viel zu halten ist, so beweist es doch, daß die „nationalen“ Fragen dem Zentrum nur dazu dienen, sein Parteiflüßchen an ihnen zu locken. Von irgend welchen Grundfragen ist da keine Rede, so laut die Merkmalen ihr „nationales“ Maulwerk auch vor den Wahlen geigert haben.

Protest gegen die Wahl des Herrn v. Siebert.

Am Freitag ist die Begründung des Protestes gegen die Wahl des Herrn v. Siebert an den Reichstag abgegangen. Die Begründungsdirekt weist 37 Fälle auf, nach denen Unregelmäßigkeiten, direkte Beeinflussungen von Wählern usw. bei der Wahl vorgekommen sind. Allein 24 Fälle sind aufgeführt, wonach Personen in die Wählerliste eingetragen waren und gewählt haben, die zu Unrecht in die Listen geführt worden sind. Da Herr v. Siebert nur mit 23 Stimmen Majorität gewählt worden ist, so genügen allein diese Fälle, um die Majorität Sieberts zu erschüttern.

Wichtig für Versammlungsleiter.

Bei einer Volksversammlung in Deutsch-Lissa bei Breslau verlangte der überwachende Gendarm vom Einberufer der Versammlung die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung. Diese wurde aber verweigert, weil das Reichsvereinsgesetz keine Bestimmung aufweist, die das Verlangen des Ueberwachenden rechtfertigt. Da aber mit der Auflösung der Versammlung zu rechnen war, wurde die Bescheinigung schließlich doch gezeigt, jedoch aus prinzipiellen Gründen Beschwerde über den Gendarm beim Landrat des Kreises Neumarkt geführt. Nach Ansicht des letzteren war der Gendarm natürlich berechtigt, die Bescheinigung zu verlangen. Auf die weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten erst kam das Reichsvereinsgesetz zu seinem Recht. Sein Bescheid lautet:

„Auf die weitere Beschwerde vom 18. Dezember v. J. ist zu erkennen, daß Sie nach Lage der Sache die Bescheinigung nicht verweigert haben, dem Gendarmwachmeister Kreisamerl die Bescheinigung über die polizeiliche Anmeldung der am 8. November v. J. im hiesigen öffentlichen Lokale zu Deutsch-Lissa abgehaltenen öffentlichen politischen Versammlung vorzuzeigen. Die beteiligten Dienststellen werden hieron in Kenntnis gesetzt werden. Dagegen hat sich Ihre Behauptung, daß der Genannte Ihnen bei der fraglichen Gelegenheit mit polizeilichen Maßnahmen gedroht habe, nach den angestellten Ermittlungen nicht als zureichend erwiesen. Ihre Beschwerde muß daher in diesem Punkte als unbegründet bezichtigt werden.“

Also der sozialdemokratische Versammlungsleiter kennt das Reichsvereinsgesetz, aber dem Gendarmen und dem juristisch vorgebildeten Landrat muß erst der Regierungspräsident bestätigen, daß der Sozialdemokrat im Recht ist. In Schlestien muß das Vereinsgesetz stückweise den Behörden abgetrotzt werden.

Das Zentrum als Scharfmacher.

Daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie den Inhalt der künftigen bayerischen Regierungspolitik bilden wird, zeigt folgende Münchener Korrespondenz der „Germania“:

Die Politik und Taktik des Zentrums in Bayern ist scharf gegen den Umsturz eingestellt, und der Zentrums-Parteitag, der am 4. und 5. Januar 1911 in München stattfand, hat zudem noch beschlußmäßig diese an sich selbstverständliche Politik festgelegt.

Die Kämpfe, welche gegen den Verlehrsminister v. Fraendorfer geführt wurden, und in welche auch Finanzminister v. Pfaff einbezogen werden mußte, haben zum Ziel die Verwirklichung des Umsturzes auf dem Gebiet, das der Staat als Groß-Arbeitgeber beherrschen muß, aber sie richten sich auch gegen die unsäglich schlaue Haltung der Gesamtstaatsregierung gegenüber der Sozialdemokratie. Die Landtagsauflösung war eine Fortsetzung dieser Regierungspolitik: die Staatsregierung besorgte damit die Geschäfte des Reichs, d. h. der mit dem Liberalismus verbündeten Sozialdemokratie. Zuletzt wurde das im Sinne liberale Verhalten in der Wahl von Sozialdemokraten aufgeführt. Die bayerische Regierung fand keine kräftigen Worte zur Abwehr. Die ganze bayerische Regierungspolitik war scharf orientiert und hat große Verwundungen angerichtet. In der Rede zur Eröffnung des Reichstags am 7. Februar spricht der Kaiser den Satz aus: „Das feste Gefüge des Reiches und staatlicher Ordnung unverändert zu erhalten... ist das Ziel meines Handelns“. Was die Minister in Preußen, Baden und Elsass-Lothringen in scharfen Wendungen gegen die Sozialdemokratie gesagt haben, stimmt mit diesen Worten des Kaisers überein. Die bisherige Regierungspolitik in Bayern aber steht ihm diametral entgegen. Diese Sachlage war wegen der großen Verwundung der wichtigsten bayerisch-staatlichen Interessen und wegen der Reichsinteressen wie wegen der großen Dissonanz mit der Reichspolitik und der Politik der anderen Bundesstaaten nicht mehr zu halten. In der Frage der Bekämpfung des Umsturzes kann es nur eine sachlich einheitliche deutsche Politik geben. Darum ist es in Bayern zur Ministerreise gekommen. Gleichviel, wie das Urteil über den Ausgang der Krise sein möge: Die Politik des Beherrschens gegenüber den Noten im Verlehrspersonal und den Staatsarbeitern überhaupt hat aufgehört.“

Diese klaren Worte sind sehr dankenswert. Das Zentrum wünscht im ganzen Reich eine Politik nach den Grundbegriffen des Herrn v. Dallwig. Das Zentrum ist aus Angst vor der Sozialdemokratie glücklich auf den preussischen Junfermannstand gekommen. Um so besser! Die Aufklärung und Gewinnung der Zentrumsarbeiter wird jetzt um so rascher vorstatten gehen.

Kein Hüfing.

Das Heimatlosmachen der Landarbeiter war nicht nur zur Zeit des Dichters Fröh Neuter in Wollenburg im Schwange, sondern wird heute noch, auch in Preußen, weiter versucht. Wer unter den alten Landarbeitern im Verdacht steht, dem Gutsherrn oder der Erbschaftsbehörde zur Last zu fallen, wird bei Zeiten abgeschoben. Nicht immer gelingt allerdings dies menschenfreundliche Verfahren vorrichtiger Agrarier. Nachstehend ein Beispiel, wie es gemacht wird. Vorweg sei gesagt, daß in diesem Falle der Versuch nicht geglückt ist; allerdings lag dies lediglich an formalen Hindernissen. Erst bei der Einlösung des Ackerschlusses durch den Landarbeiter kam der Fall zu unserer Kenntnis.

Der Rittergutbesitzer Erich Reiche in Hasenfiehr, Kreis Adstln, Klage am 9. März v. J. gegen einen Deputierten mit folgender Begründung: „Beklagter hat seinen Schwiegervater, einen Rentenempfänger, bei sich als Schmarwaker. Da letzterer am 18. März das Heimatrecht in Hasenfiehr erlangt wurde, ist dem Beklagten die Arbeit des Schmarwakers am 15. November 1910 zum 1. Januar 1911 gekündigt. Beklagter hat trotz wiederholter Aufforderung den Mann immer noch in seiner Wohnung.“ Nebenbei sei bemerkt, daß der Gutsherr gar kein Recht hat, einen in Dienst eines Deputierten stehenden Schmarwaker zu entlassen. Aber die Zeit drängte. Der alte Rentenempfänger wurde ja in neun Tagen auf dem Gute heimatrechtlich! Deshalb beantragte der menschenfreundliche Rittergutbesitzer: „den Beklagten (seinen Deputierten) zu verurteilen, die auf dem Gute Hasenfiehr innerhabende Deputatantenwohnung nebst seinem Anhang sofort zu räumen. Da die Sache sehr eilt, bitte ich, die Einlassungsfrist auf 24 Stunden abzukürzen und einen möglichst frühen Termin anzubestimmen.“

Und was hat der agrarische Kläger zur Begründung seiner Klage angeführt? „Die Klage wird gegen den Beklagten gerichtet, weil letzterer den Anforderungen der Gutsherrverwaltung nicht nachgekommen ist.“ Die „Anforderung“ der Gutsherrverwaltung bestand in dem Verlangen an den Deputierten, seinen alten Schwiegervater aus der Arbeit zu entlassen, ihn aus dem Hause zu hagen, wo er bisher bei seinen Kindern Ojdas und Prot hatte, ihn heimlos zu machen.

Selbst dem Gericht war offenbar die Begründung der Klage zu mittelalterlich; es setzte die Verhandlung auf den Tag fest, an welchem der Alte das „Heimatrecht“ auf dem Rittergut erwarb,

auf den 18. März. Nun hatte der Ritter Reiche natürlich kein Interesse mehr an der Sache. Er ließ beim Termin aus und seine Klage auf Ausbreitung der ganzen Familie wurde durch Verjährungsartikel abgewiesen.

Das ist ein Ausschnitt aus dem strahlenden Bilde vom patriarchalischen Verhältnis auf dem Lande. Er sei den agrarischen Schmarwäslägern gewidmet, die jahraus, jahrein im Parlament und in der Presse die abgehandelte Lüge vom Wohlwollen ostelbischer Gutsherrn für ihre Landarbeiter vortragen.

Italien.

Die sozialistische Kammerfraktion gegen das Ministerium Giolitti.

Rom, 9. Februar. (W. L. B.) In einer Versammlung der parlamentarischen Gruppe der Sozialisten in Bologna wurde gestern mit 17 gegen 11 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in der sich die Gruppe entschlossen erklärt, das Ministerium zu bekämpfen, das für das tripolitische Unternehmen verantwortlich sei.

England.

Unverantwortliche Volksverhetzung.

Man schreibt uns aus London vom 8. Februar: Die Spionageaffäre hat einigen englischen jingoistischen Organen der schmutzigeren Sorte wieder eine Gelegenheit gegeben, ihr Verhetzungswerk zu betreiben, und es fehlt auch in Deutschland nicht an Blättern, die die Melodie aufnehmen. Der Vorfall gibt aber dem Berliner Korrespondenten der „Times“ Anlaß zu einem Jugendskizze, das festgenagelt zu werden verdient. Er schreibt dazu: „Die Bemerkungen der geringfügigen chauvinistischen und alldeutschen Blätter, die tagtäglich England und alles Englische zum Pronomen ihres sehr kleinen Kreises von deutschen Lesern und des weiteren Kreises im Auslande, dem ihre gefärbten Neuheuerungen vielleicht zu fleißig übermitteln werden, herabsehen, dürfen unbeachtet bleiben. Vielleicht wird aber bald ganz Deutschland glauben, daß England von voreingenommener und gedankenloser Feindschaft gegen Deutschland überfacht, bloß weil ein neuer Engländer als Spion in Deutschland bestraft worden ist.“

Zufänglich ist das Gezeier der Patrioten der verschiedenen Länder die widerlichste Erscheinung pharisäischer Verlogenheit. Denn in dieser Epoche des bewaffneten Friedens und der ewigen Kriegsbereitschaft arbeitet jedes Land mit Spionen, und keines hat dem anderen auf diesem Gebiete etwas vorzuzusetzen. Wer den Rüstungswahnsinn billigt, muß auch die Spionenpest mit in den Kauf nehmen.

Rußland.

Russische Polizeischurken im Auslande.

Der frühere Spezialkommissar der französischen Staatspolizei, Paoli, dem 25 Jahre lang der Schutz der persönlichen Sicherheit aller nach Frankreich kommenden Souveräne oblag, hat jüngst in dem Buche „Leur Majestés“ seine Erinnerungen veröffentlicht. Die große Schlaglichter auf das Treiben der russischen Polizeischurken im Auslande werfen. Paoli schildert den Besuch, den Nikolaus II. im September 1901 in Frankreich abstattete und bedi die bisher unbekannteste Tatsache auf, daß die Leiter der russischen Geheimpolizei in der Kathedrale zu Reims ein Attentat gegen den Zaren organisierten. An der Spitze der russischen Polizei, die mit dem speziellen Schutz des Zaren betraut war, standen die Ehrenmänner Katschkowitsch — der Kaiserfreund Krews und der Inspektor zahlreicher Morde — Harting-Landelen — die Kockspitzelgeheile aus Berlin — Rauschlow-Manaschewitsch u. a. Auf ihr Ersuchen gestattete ihnen die französische Staatspolizei, einen besonderen Ueberwachungsdienst in der Kathedrale zu Reims zu organisieren, die der Zar besuchen sollte, so trat aber in begreiflichem Mißtrauen zu ihren russischen Kollegen Maßregeln, um die russischen Spitzel zu überwachen. Es vergingen in der Tat kaum 24 Stunden, als dem Chef der französischen Sicherheitspolizei berichtet wurde, der Gehilfe Katschkowitsch, ein Spitzel „von belgischer Herkunft“, treffe Vorbereitungen, um in der Kathedrale ein Bombenattentat gegen den Zaren zu inszenieren. Die sofort vorgenommene Verhaftung dieses Spitzels bestätigte den Verdacht, daß die russischen Polizeischurken, um ihre „Tätigkeit“ nachzuweisen, ein Scheinattentat gegen den Zaren in Szene setzen wollten.

Im Anschluß daran sei erwähnt, daß Harting während des Zarenbesuches in Swinemünde, wo er an der Spitze der russischen Geheimpolizei stand, von der preussischen Polizei mit demselben Mißtrauen begegnet wurde. Man traute eben den russischen Polizeischurken die ärgsten Verbrechen zu; man duldet sie aber in Frankreich wie in Deutschland und fördert noch in jeder möglichen Weise das infame Kockspitzelhandwerk, das diese Mordegeheile gegen die russischen Flüchtlinge betreiben.

Japan.

Militarismus und Finanzwirtschaft.

Das japanische Parlament, das Ende Januar seine Arbeiten aufgenommen hat, steht vor der schweren Aufgabe, die durch den wahnsinnig gesteigerten Militarismus und das Ueberwachen der Bureaucratie zerrüttete Finanzwirtschaft des Landes einigermaßen in Ordnung zu bringen. Als im Sommer das konservativ-ministerium Katsura durch ein liberales ersetzt wurde, fand das Land vor dem Staatsbankrott. In wenigen Jahren war der Staatsdefizit von rund 200 auf 500 Millionen Yen (zu 200 Y.) gestiegen. Zugleich war die Zahl der Beamten von 93 000 im Jahre 1905 auf 175 000 im Jahre 1909, ihre Bezahlung von 27 auf 64 Millionen Yen gestiegen, ohne daß sich die Geschäfte erheblich vermehrt hätten.

Der liberale Ministerpräsident Saionji habe als seine Hauptaufgabe die Gesundung der Finanzen bezeichnet. Ein Amt für Verwaltungs- und Finanzreformen wurde geschaffen, das eine Reihe Vorarbeiten ausarbeiten, damit aber natürlich den festigen Widerstand aller Interessenten erwecke. Auch im Ministerium selbst setzten sich der Kriegsminister Yamoto und der Marineminister Saito bestig zur Wehr. Weit entfernt, die geforderten Ersparnisse anzunehmen, erklärten sie, jeder 50 Millionen Yen mehr zu brauchen, sonst könnten sie die Sicherheit des Landes nicht garantieren. Worauf der Finanzminister Yamomoto erklärte, im Falle der Annahme ihrer Forderungen könne er ihnen den Ruin des Landes garantieren.

Zu diesen Streitfragen wird die Kammer Stellung zu nehmen haben. Man erwartet, daß sie sich auf die Seite der Reformfreunde, die über eine starke Mehrheit verfügen, stellen werde. Man zählt 206 Liberale gegen nur 87 Konservative, daneben 82 Mittelparteiler und Unabhängige. Der „Beulle“, dem wir diese Darstellung entnehmen, meint danach, auf einen Erfolg des Reformgeschäfts und eine Milderung der derzeitigen Finanzkrise Japans hoffen zu dürfen.

Gewerkchaftliches.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

Die im Spätherbst vorigen Jahres bereits eingeleitete Lohnbewegung der Bergarbeiter wurde bekanntlich vertagt, zum Teil, weil damals keine Einigung zwischen den in Frage kommenden Organisationen erzielt wurde, zum Teil, weil sich damals noch nicht übersehen ließ, wie sich die Dinge in der Lohnbewegung der englischen Bergarbeiter gestalten würden. Besonders die „Christlichen“ führten damals allerlei Gründe ins Feld, die einer einzuleitenden Lohnbewegung hinderlich sein sollten. So unter anderem die Marokko- und Tripoliswirren, auch die wirtschaftliche Lage in der Bergwerksindustrie sollte nach ihrer Ansicht zu ungünstig sein, um eine erfolgversprechende Lohnbewegung führen zu können. In der Vorstandskonferenz, die am 12. Oktober 1911 in Oberhausen stattfand, wurde aber ausgesprochen, daß, wenn die Bewegung in England erstere Formen annehmen sollte, die Organisationsvorstände wieder zusammentreten sollten, um die etwa einzuleitenden Schritte zu beraten. Auch die Christlichen erklärten durch Effert, daß, falls der Kampf in England greifbarere Formen annehmen sollte, dadurch die Situation geändert würde; dann würden auch sie an eine nochmalige Prüfung der Frage herantreten. Nachdem nun die Reichstagswahlen vorüber sind und nachdem gleichfalls bekannt wurde, daß die englischen Bergarbeiter bereits zur Kündigung übergegangen sind, erließ der Vorstand des Sächsisch-Duisburger Gewerksvereins im Einverständnis mit den anderen Organisationen die Einladungen zu einer Vorstandskonferenz auf den 2. Februar. Die Christlichen wollten jedoch die Konferenz vertagt wissen, da ihr Vorstand am 3. Februar noch erst zur Sache Stellung nehmen wollte. Daraufhin wurde die Konferenz vertagt; sie fand nun am Montag, den 5. Februar, in Essen statt.

Inzwischen erschien merkwürdigerweise jene Notiz in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, wonach der Bergbauische Verein die Vereinsgeden ersucht habe, die Löhne der Bergarbeiter aufzubessern. Man wolle, so hieß es in der Notiz, mit der Aufbesserung der Löhne nicht so lange warten, bis die Organisationen vorgehen. Am Sonnabend, den 3., und Montag, den 5. Februar, brachten die bürgerlichen und die Zentrumsblätter einen Artikel, der zweifellos aus dem Bureau des Zentrums stammte. Dieser Artikel beschäftigte sich mit der Lohnfrage der Bergarbeiter und dem Vorgehen der Unternehmerorganisationen. Am Schluß des Artikels heißt es:

„Sollte es aber dort (in England) zum Ausbruch kommen, dann dürfte hier im Ruhrgebiet schwerlich ein Sympathiestreik sich anschließen, da die christlich organisierten Bergarbeiter aus mancherlei leichtverständlichen Gründen dem Vorwurf der Führer der sozialdemokratisch organisierten Bergarbeiter vorausichtlich diesmal nicht folgen werden.“

Ferner wurde der Leitung des Bergarbeiterverbandes am Montag, den 5. d. M., vormittags, mitgeteilt, daß der „Bergknappen“-Redakteur Kürup in einer tags zuvor in Lünen abgehaltenen öffentlichen Bergarbeiterversammlung geführt habe:

„Morgen, Montag, findet in Essen eine Konferenz der Organisationsvorstände statt. In dieser wird wahrscheinlich versucht werden, die deutschen Bergarbeiter vor den englischen Karren zu spannen, das werden wir zu verhindern wissen. Die deutschen Bergarbeiter lehnen es ab, den englischen die Kasernen aus dem Feuer zu holen.“

Kürup sprach also hier genau daselbe aus, was die Kapitalfrommen Blätter schon vor ihm gesagt hatten!

Unter diesen Umständen konnte man darüber nicht mehr im Zweifel sein, welche Haltung die christlichen Vertreter in der Konferenz einnehmen würden. Und es ist auch in der Konferenz tatsächlich so gekommen, wie vorausgesehen war. Die Christen hatten drei Vertreter in die Konferenz entsandt. Diese, und besonders Ambusch, konnten es nicht unterlassen, gleich nach Eröffnung der Sitzung die Vertreter der anderen Organisationen in ihrer bekannten „christlichen“ Manier anzurempeln. Der Verbandsvorsitzende Schaffe, der die Verhandlungen leitete, richtete an die christlichen Vertreter die Frage, ob sie bereit seien, eine gemeinsame Lohnbewegung mitzumachen. In der Beantwortung dieser Frage suchten sich die Herrschaften aber mit allerhand Ausreden vorbeizudrücken. Ihnen wurde aber erklärt, daß das gemeinsame Vorgehen der etwa zu stellenden Forderungen mit ihnen so lange keinen Zweck habe, bis sie die ihnen vorgelegte Frage nicht klipp und klar beantwortet hätten. Da haben sich die Christen denn endlich genötigt, Farbe zu bekennen, und sie erklärten, daß der Christliche Gewerksverein eine gemeinsame Lohnbewegung nicht mitmachen wolle! Sie begründeten ihre Haltung mit dem Versprechen der Grubenbesitzer, die Löhne steigen zu lassen. Darauf wurde ihnen bedeutet, daß das weitere Verhandeln mit ihnen zwecklos sei, worauf die Christlichen das Lokal verließen.

Die Vertreter der drei anderen Organisationen setzten dann die Verhandlungen fort und beschloßen, Lohneingaben an die Ackerorganisationen und die sozialistische Bergwerksdirektion zu richten. Diese Eingaben sind am Dienstag, den 6. d. M., abgehandelt worden: In ihnen wird gefordert, die Löhne der Bergarbeiter derart zu erhöhen, daß die Durchschnittslöhne vom 4. Quartal 1907 als Grundlage betrachtet werden sollen. Hinzu müsse ein Zuschlag treten, entsprechend den seit dem Jahre 1907 eingetretenen Steigerungen der Preise der Lebensmittel und sonstiger Gebrauchsartikel.

Es ist im Interesse der Bergarbeiter sehr zu bedauern, daß in dieser für sie günstigen Zeit kein einziges und geschicktes Vorgehen der vier Bergarbeiterorganisationen ermöglicht worden ist. Mögen die Verarbeiter und besonders die Mitglieder des Christlichen Gewerksvereins hieraus ihre Lehren ziehen.

Berlin und Umgegend.

Streik im Rosencafe. Gestern Freitag abend legten die Kellner im genannten Cafe die Arbeit nieder. Der Streik weigerte sich, die von ihm bisher von den Kellnern bezahlten Abgaben abzuschaffen. Außerdem wollte er die geringe Lohnforderung von monatlich 15 M. nicht bewilligen. Nach einständigem Streik, dem sich auch das Hilfspersonal anschloß, erkannte Herr Breit die Forderungen an.

Deutsches Reich.

Die Bewegung unter den Schläppern im Westfeld der Königin Luisestraße ist nach dem Wolffschen Telegraphenbureau beendet. Die Auffahrt erfolgte gestern vollständig, nachdem von seiten der

Direktion durch Anschlag bekannt gemacht war, daß alle diejenigen, die innerhalb von drei Tagen die Arbeit nicht aufnehmen, entlassen seien. Die Angehörigen bezüglich einer zehnprozentigen Lohnerhöhung, die die Ausständigen gefordert hatten, sind nicht erfolgt.

Der Schneiderei in Mainz. Der anfänglich von 50 Jahrgängern der Konfektionsbranche wegen Tarifstreitigkeiten eingeleitet wurde, nimmt größere Dimensionen an. Von den Heim- und Werkstattarbeitern des Schneidergewerbes haben sich 200 auf Seite der Schneider gestellt und die Arbeit am 8. Februar niedergelegt. Ist bis kommenden Montag keine Einigung erzielt, dann werden die Bedienen die Stadt verlassen. Die Konfektionsäre stehen dann bei Beginn der Saison ohne Arbeitskräfte da.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Jettlingen (Schwaben). Die im Zentralverband deutscher Brauerei- und Mühlenarbeiter organisierten Arbeiter der großstädtischen Schloßbrauerei in Jettlingen in Schwaben ließen durch die Organisationsleitung einen Tarifvertrag unterbreiten, der die traurigen Verhältnisse in diesem Betriebe einer Regelung unterziehen sollte. Als Antwort auf die eingereichte Forderung wurden sämtliche Arbeiter entlassen. Zugang von Brauereiarbeitern nach Jettlingen ist ferngehalten!

Ausland.

Der Hunger hat das Wort . . .

Man schreibt uns aus Brüssel: Sechs Wochen haben die Streikenden die Sprache der Vernunft geredet: sie haben einen Vorschlag um den anderen gemacht, erst um ein Schiedsgericht gebeten, in einem Punkt wieder nachgegeben und schließlich nur mehr eine Frist erbeten, um eine Lösung zu schaffen. Bis zum 1. Juli sollten die Herren Direktoren den alten Zustand bestehen lassen. Bis dahin würde man sich verständigen. . . . Und es herrschte musterhafte Ruhe unter den 30 000 Streikenden. Waffen- und rote Fahne, als Zeichen ihrer Befinnung, flatterte voran, und Tausende erregter Menschen versammelten. Manifestationen mit Tausenden von Teilnehmern wurden veranstaltet — die rote Fahne — als Zeichen ihrer Befinnung flatterte voraus und die schwarze, als Zeichen des Hungers, der Trauer. . . . Aber Ordnung und Ruhe herrschte in den Kohlenbörsen, die Gendarmen bekamen nichts zu tun. Und noch gestern konnten wir melden, daß außer einem einzigen Vorfall, der Plünderung eines Brotwagens, die Ruhe weiter herrschte, trotz Hunger, Verzweiflung, Erbitterung. Sechs Wochen hat die Sprache der Vernunft geredet: die Kohlenmagnaten blieben taub, die Regierung, nach einem schwachen Versuch verhornte unlätig. Nun hat der Hunger das Wort. . . .

In einem Ort des Streikgebiets ist ein Wagen mit Petroleum erstrukt, ein anderer mit Butter und Eiern geplündert worden. In einem anderen Ort stürzten sich Streikende auf einen Gebäuwagen, andere auf einen Kohlenwagen. Schon werden Zusammenstöße mit Gendarmen gemeldet, man empfangt sie mit Pfuirufen und der eine und andere ergreift einen Stein. . . . Und die Regierung, die erklärte, „nichts mehr tun zu können“, tut endlich doch etwas: sie verleiht die Gendarmerei und schickt Militär dorthin, wo sie Inruhen am meisten befürchtet, d. h. wo der Hunger am härtesten ist. — Und somit ist auch diesmal Pulver und Blei der Regierungsweltlichkeit letzter Schluß, um den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu lösen, um die Sprache des Hungers zum Schweigen zu bringen, nachdem sie die der Argumente und Vernunft schon voran verachtet hat. Wer aber könnte es nicht verstehen, daß unter den 30 000 Streikenden, darunter die Hälfte jener Disziplin ermangelnd und jener Selbstbeherrschung, die nur die jahrelange Organisationsarbeit zu entwickeln vermag, die ein paar Duzende sind, die der Hunger der Befinnung beraubt, daß sie sich am Eigentum und schließlich an jenen vergeisen, die es zu beschützen berufen sind. . . .!

Freitag veranstaltete die Föderation ein Referendum unter den Bergarbeitern, ob der Streik weiterzuführen oder die Arbeit unter den von den Unternehmern vorgeschriebenen Bedingungen aufzunehmen sei. In verschiedenen Versammlungen erklärten die Streikenden, nicht an der Umfrage teilnehmen zu wollen und affirmierten den Streik. Doch zeigt sich in anderen Orten wieder eine der Aufnahme der Arbeit günstige Stimmung. Die Führer tun ihr möglichstes, die Streikenden zu beruhigen und zur Ruhe anzuhalten.

Die anerkannten Arbeitslosenklassen der dänischen Gewerkschaften 1910/1911.

Im letzten Heft der „Tidsskrift for Arbejdsforlikring“ wurde der vom Arbeitslosigkeitinspektor dem Ministerium des Innern zugefertigte Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr veröffentlicht, das die Zeit vom 1. April 1910 bis zum 1. April 1911 umfaßt. Danach ist die Zahl der anerkannten, vom Staat und teils auch von den Gemeindefonds subventionierten Arbeitslosenklassen von 48 auf 51 gestiegen, und die Zahl ihrer Mitglieder von 65 280 auf 105 161 (93 588 männliche und 11 573 weibliche). An Mitgliedsbeiträgen wurden im Berichtsjahre 1 290 091 eingekommen, was im Durchschnitt pro Mitglied 12,27 Kronen ausmacht, wogegen im vorhergegangenen Jahre nur 12,09 Kronen Beitrag auf das Mitglied kamen. Die Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß die in Form von Ergänzungsbeiträgen eingegangene Summe im letzten Jahre weit höher war als im vorigen, nämlich 28 700 Kronen gegenüber 15 750 Kronen. Die Summe der von den Klassen gezahlten Arbeitslosen-, samt Weihnacht- und Anzugsunterstützung beläuft sich auf 1 727 524 Kronen, ist also um fast eine halbe Million höher als die der geleisteten Beiträge. Außerdem wurden 44 678 Kronen für Arbeitsvermittlung ausgegeben, und die gesamte Verwaltung der Klassen kostete 209 110 Kr., was etwas über 10% Proz. der Gesamtausgaben ausmacht. Der Staatszuschuß belief sich für das Berichtsjahr auf 770 577 Kr. Dazu kommen die kommunalen Zuschüsse, die die Gemeinden nach dem Gesetze zu leisten berechtigt, aber nicht verpflichtet sind. Im vorigen Jahre betrugen sie in 52 Stadtgemeinden zusammen 280 650 Kronen, in 83 Landgemeinden 21 405 Kronen. Es sind also über eine Million Kronen, die aus Staats- und Gemeindefonds als Zuschuß zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung gezahlt werden, in einem Lande mit nicht viel mehr als 2 600 000 Einwohnern. Wollte man im Deutschen Reiche entsprechend seiner Einwohnerzahl daselbe leisten, so würden dazu jährlich rund 30 Millionen Mark erforderlich sein.

Die Kohlenkrise in England.

London, den 8. Februar. (Fig. Ber.) Die einzige Hoffnung, die man auf die Vermeidung eines allgemeinen Bergarbeiterstreiks in Großbritannien gesetzt hatte, sind gestern von den Grubenherren mit rückfichtloser Hand gerührt worden. Die gestern abgehaltene gemeinsame Konferenz der Arbeiter und Unternehmer, an der die bereits revidierten Minimallohnforderungen der Arbeiter behandelt werden sollten, ist zusammengebrochen, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Die Hoffnungen auf einen allgemeinen nationalen Vergleich wuhlen schon kurz nach dem Anfang der Verhandlungen aufgehoben werden, weil die südwalisischen Grubenherren sich plötzlich von der Konferenz zurückzogen unter dem Vorwande, daß die Forderung der Arbeiter einem vor zwei Jahren in Südwales abgeschlossenen Kontrakt zuwiderlaufe. Zwar wurde die Konferenz trotzdem von den Arbeitervertretern und den Grubenherren der anderen Distrikte fortgesetzt; auch sie mußte aber am Abend ohne Resultat abbrechen. Die am Schluß der Konferenz von den beiden Parteien ausgegebenen Berichte zeigen deutlich, daß man einer Einigung auch nicht um einen Schritt näher gekommen ist. Nach diesem Bericht hatten zuerst die Unternehmer eine Resolution vorgelegt, worin die Grubenherren erklärten, daß sie zwar bereit seien, für eine gute Tagesarbeit einen anständigen Tagelohn zu bezahlen, daß sie aber den Grundsatz des Unabwärtens bei Kohlenförderern uneingeschränkt beibehalten müssen, mit anderen Worten, einen Minimal-

lohn ohne Rücksicht auf die geförderte Kohle nicht gewähren können. Dagegen seien sie bereit, die Lohnsätze in Fällen von abnorm schlechten Arbeitsplätzen in Erwägung zu ziehen.

Die Arbeiter antworteten darauf, daß sie die Weigerung der Grubenherren, den Grundsatz des Minimallohnes für alle Untertagsarbeiter anzuerkennen, bedauern, weil sie wissen, daß eine Weigerung des gegenwärtigen Streikes ohne die Anerkennung dieses Grundsatzes nicht möglich ist. Da die Arbeiter jedoch einen so ernstlichen Bruch in der Kohlenindustrie des Landes vermeiden möchten, erklärten sie sich bereit, mit den Unternehmern auf deren Wunsch jederzeit neuerdings zu verhandeln.

Der Ausblick ist demnach sehr finster, aber noch immer nicht gänzlich hoffnungslos. Bis zum 1. März, dem Zeitpunkt, für den der Generalstreik angefragt ist, werden sich noch manche Gelegenheiten zu einer Einigung finden, wenn die Grubenherren sich wirklich wollen. Das unverantwortliche Vorgehen der südwalisischen Schatzmacher, das viel dazu beigetragen hat, das allgemeine Publikum von der Gerechtigkeit der Forderungen der Arbeiter zu überzeugen, stellt jedoch einer allgemeinen Einigung das schwerste Hindernis in den Weg. Die Arbeiter sind aber entschlossen, auf einem nationalen, alle Distrikte umfassenden Abkommen zu bestehen oder einen nationalen Kampf zu unternehmen. Von übler Vorbedeutung ist auch die Tatsache, daß die Grubenherren auch nach Abzug der Südwaleser den Grundsatz des Minimallohnes schroff ablehnten, während die mittelenenglischen Grubenherren denselben zuvor schon zugefagt hatten.

Unmittelbar vor der gestrigen gemeinsamen Konferenz nahmen die südwalisischen Bergarbeiter Stellung zu der Aktion des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien, der von ursprünglich geforderten Minimallohn auch für Südwales herabsetzte, nämlich von 8 Schilling auf 7 Schilling 1/2 Pence. Dieses Vorgehen löste große Unzufriedenheit aus, schließlich aber fand man sich damit ab und der südwalisische Verbandsvorstand nahm eine Resolution an, worin er das Vorgehen des Gesamtvorstandes bedauert und erklärt, daß keine weitere Reduktion ohne vorherige Zustimmung der südwalisischen Arbeiter vorgenommen werden dürfe.

Eine andere wichtige und bezeichnende Entwicklung im südwalisischen Bergbau ist der Austritt des bisherigen Präsidenten des südwalisischen Bergarbeiterverbandes, des Abgeordneten Abrahams, von diesem Amte. Abrahams ist aus der alten liberalen Schule, wurde vor einiger Zeit von der Regierung zum Geheimrat ernannt und war bis vor kurzem noch einer der einflussreichsten Führer der südwalisischen Bergarbeiter. In den letzten Jahren ging jedoch sein Einfluß, wie der vieler anderer liberal gesinnter Führer, rapide zurück, und vor kurzem erregte es allgemeines Aufsehen, daß eine Urabstimmung der südwalisischen Bergarbeiter statt seiner einen jungen revolutionären Führer als Vertreter von Südwales in den Vorstand des Britischen Bergarbeiterverbandes wählte. Um das erledigte Amt des Präsidenten bewerben sich jetzt drei Kandidaten, der Abgeordnete Price, ferner Parker und Stanton. Der erstere ist jetzt Vizepräsident und gehört zur gemäßigten Schule, die beiden letzteren sind revolutionäre Sozialisten.

Der erste Straßenbahnerstreik in Tokio.

Das Jahr 1912 begann in der Hauptstadt Japans mit einem großen Straßenbahnerstreik. 2000 Straßenbahner legten am Silbester nachmittag plötzlich die Arbeit nieder und alle Räder der elektrischen Bahnen standen still. Das Publikum war übernacht und erschaut, denn man hatte vorher gar nichts von einem drohenden Streik vernommen. Die Streikenden zeigten eine bewundernswerte Einmütigkeit und der Streik dauerte von Sonntag bis Dienstag. Keinerlei Zwischenfälle kamen vor; auch die Polizei verhielt sich sehr referiert. Was aber war die Ursache dieses so einmütigen und so hart durchgeführten Streiks? Die Straßenbahnen Tokios waren seit letzten August in südlichen Besitz übergegangen, und bei der Abrechnung war eine größere Summe übriggeblieben, die den Angestellten zugute kommen sollte. Man erwartete heftig die Verteilung des Geldes, hörte aber bald, daß eine sehr ungerade Art der Verteilung geplant war. Der Verdacht bestätigte sich, als am Freitag vor dem Streik das Geld zur Auszahlung kam. Allgemeine Unzufriedenheit herrschte, mancher hatte einen lächerlich kleinen Betrag erhalten. Als darauf der Streik bei einer Linie ausbrach, folgten prompt die anderen Linien, und am Sonntag nachmittag um 4 Uhr standen die Bahnen still. Die eingeleiteten Verhandlungen führten dazu, daß vier Direktoren der Bahnen das Anerbieten machten, ihren Anteil an der Summe zugunsten der übrigen Angestellten aufzugeben. Diese Anteil betrug insgesamt 190 000 Yen. Damit waren die Leute zeitlich erlinderbar, dann aber machten die Direktoren wieder Schwierigkeiten und die Arbeit wurde noch nicht ausgenommen. Die Leute forderten pro Mann 50 Yen mindestens und, je nach den Dienstjahren, mehr. Wie weit diese Forderung angenommen wurde, ist nicht klar ersichtlich, jedenfalls wurde aber ein gegenseitiges Einverständnis erzielt und der Frieden wieder hergestellt.

Letzte Nachrichten.

Der schießende Polizeirevolver.

Gestern abend um 1/2 12 Uhr wurde in der Nierenstraße ein anscheinend betrunkenen Mann arretiert. Da er sich der Fesselung widerriet, schlug ihn der Schuttmann mit dem Säbel und da er annahm, daß sich der Arrestant zur Wehr setze, schoß er denselben nieder. Der Verhaftete wurde in das Jüdische Krankenhaus angeblich tot eingeliefert.

Keine Intervention der Vereinigten Staaten.

Washington, 9. Februar. (P. C.) Das Staatsdepartement erklärte den amerikanischen Vertretern in Mexiko, daß die Mobilisierung an der Grenze keine Intervention bedeute, und daß die Vereinigten Staaten in Mexiko kein Interesse haben, außer der Sicherheit des Lebens und Eigentums der Amerikaner.

Geldbewilligungen für die belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 9. Februar. (M. T. B.) Der Provinzialrat der Provinz Hennegau bewilligte heute 50 000 Frank für die Ausständigen, worauf die Sozialisten einen schleunigen Antrag in der Kammer einbrachten, von Staatswegen 50 000 Frank zu gewähren.

Generalstreik französischer Grubenarbeiter in Süd-

Paris, 9. Februar. (P. C.) Das Resultat der Abstimmung der Bergarbeiter von St. Etienne wird heute bekanntgegeben. Es sind insgesamt 857 Stimmen für und 1897 gegen den Streik gezählt worden, so daß mit der Tatsache eines Generalstreiks der Bergarbeiter des Grubenreviers von St. Etienne für die nächste Zeit zu rechnen ist.

Abgelehnte Revision

Leipzig, 9. Februar. Das Reichsgericht hat die Revision des Seemanns Gasse verworfen, der am 8. Dezember 1911 vom Schwurgericht Danzig wegen Mordes einer Frau Laschewsky zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden war.

Spionageprozeß in England.

Windsor, 9. Februar. (M. T. B.) Der Deutsche Heinrich Grobe ist vom Gerichtshof für schuldig befunden und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Freitag, den 9. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Räderlen-Wächter.

Eine Reihe kleinerer Etats werden in zweiter Lesung debattiert erledigt.

Etat der Münzverwaltung

Kritisiert

Abg. v. Conrad (H.): Das Pfennig- und das Pfundzwanzigpfennigstück wegen ihrer unhandlichen resp. unpraktischen Form, sowie das geschmacklose neue Papiergeld.

Ein Regierungskommissar betont, daß das Münzwesen Reichssache sei, die preussische Münzverwaltung sei nur ausführendes Organ.

Abg. Becker (Z.) verteidigt das Pfundzwanzigpfennigstück.

Abg. Dr. Arendt (H.) wünscht vermehrte Ausprägung von Gedenkmünzen.

Abg. v. Kessel (L.): Ich bin in der Lage gewesen, mir einen Hundertmarkschein von einem Kollegen zu leihen (Heiterkeit) und finde auch, daß es direkt un bequem ist, solche Scheine unterzubringen. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) schließt sich dem Vorredner an. Der Etat wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Etats.

Etat des Auswärtigen Amtes

Begründet Abg. Dr. Campe (natl.) einen Antrag, die Regierung aufzufordern, dem Abgeordnetenhaus tunlichst bald authentische Mitteilungen über die mit der Kurie über das neueste Motuproprio, betr. das Gerichtsverfahren gegen Cleriker gepflogenen Verhandlungen zu machen, insbesondere den darauf bezüglichen amtlichen Schriftwechsel vorzulegen. — Alljährlich werden jetzt von Rom aus mit Verfügungen bedroht, die den konfessionellen Frieden zu stören und weitgehende Unruhe in die Kreise der Bevölkerung hineinzutragen geeignet sind. (Sehr richtig! links.) Bei dem neuesten Motuproprio stehen tiefgründige Rechte des Staates auf dem Spiel. Die katholische Kirche erhebt ja seit alters her den Anspruch des privilegierten Gerichtsstandes für ihre Geistlichen. Jeder, der einen Geistlichen vor ein weltliches Gericht zwingt, soll der Exkommunikation d. h. der kirchlichen Todesstrafe verfallen. (Hört! hört! links.) Natürlich kann die Kurie nicht die staatlichen Gesetze umwerfen; damit würde sie auf Granit stehen; aber es kommt auf die Gewissensbindung der Katholiken an. Tatsächlich bedeutet das Motuproprio einen Eingriff in die moderne Auffassung der Rechte des Staates, einen Stoß gegen die Rechtsstaatlichkeit des Staates. (Sehr richtig! links.) Die Staatsregierung hätte ihrerseits die Pflicht, sich diese wiederholten Rücksichtslosigkeiten der römischen Kurie energisch zu verweigern. (Sehr richtig! links.) Sie muß darauf bestehen, daß in solchen Fällen vorher Fühlung genommen wird mit unserem Gesandten beim Vatikan. Der Wert unserer Gesandtschaft in Rom ist durch diese Vorgänge erneut sehr in Frage gestellt. (Sehr wahr! links.) Hoffentlich ist es das letzte Mal, daß wir über solche Uebergriffe der Kurie hier zu reden haben. (Bravo! links.)

Staatssekretär v. Räderlen-Wächter: Ich will zunächst dem ersten Wunsch des Antragstellers entsprechen. An das Motuproprio vom 9. Oktober hat sich sofort eine größere Polemik angeknüpft und es wurde besonders von katholischer Seite bestritten, daß das Motuproprio für Deutschland Gültigkeit habe. Natürlich interessierte uns vor allem diese Frage. Unter Bezugnahme auf einen Artikel des Prof. Feiner in der „Königlichen Volkszeitung“ vom 27. November, der offenbar offizieller Ursprungs war, wurde unser Gesandter beim Vatikan angewiesen, anzufragen, ob die Nichtigkeit der Ausführungen dieses Artikels von der Kurie anerkannt werde. Die Verhandlungen darüber sind lediglich mündlich geführt, nur das Ergebnis ist schriftlich festgelegt, und darin heißt es ausdrücklich: „Es berührt deshalb das Motuproprio Deutschland nicht.“ Ferner wurde der Kardinalstaatssekretär darauf hingewiesen, daß ganz abgesehen von dem vorliegenden Fall, die förmliche Staatsregierung jeder Verfügung ihre Wirksamkeit für unser Land verweigern würde, welche mit dem Reichs- oder Landesgesetz in Widerspruch stehe. Nach dieser Verwahrung haben wir den Zwischenfall für erledigt halten müssen. Ich hoffe, daß diese Erklärung den

Herrn genügt, und bitte daher, den weitergehenden Antrag nicht zum Beschluß zu erheben. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Nolte (H.): Durch die Erklärung der Kurie ist die Sache zunächst erledigt. Aber wir erwarten, daß die Regierung weiter darüber wacht, daß die verpöblichte Nichtanwendung des Motuproprio auf Deutschland nirgends durchbrochen wird. (Bravo!)

Abg. v. Pappenheim (L.): Aus der Begründung des Antrages sprach sich protestantisches Bewußtsein. Auch wir wünschen im Interesse der Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens, daß solche Demonstrationen der Kurie künftig vermieden werden. Nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs beantrage ich, über den Antrag v. Campe zur Tagesordnung überzugehen. Das soll aber keine Abwägung des Antrages sein, wir halten es vielmehr nach wie vor für unsere Pflicht, bei jeder Gelegenheit alles zu bekämpfen, was den konfessionellen Frieden stören kann. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Forst (Z.): Die Ausführungen des Abg. v. Campe haben meine Freunde sehr verstimmt. Er meinte, wir müßten anerkennen, daß er diese Dinge genau studiert habe. Uns wäre es lieber, wenn er sie gar nicht studieren würde (Weiterlekt links) — er würde sich dann wohl nicht für besugt halten, uns sogar zu sagen, wie wir uns gegenüber dem Oberhaupt unserer Kirche zu verhalten haben. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Redner legt des weiteren ausdrücklich dar, daß das Motuproprio für Deutschland keine Gültigkeit habe. Es sei überhaupt nur bestimmt für die Länder, wo noch besondere Gerichtshöfe für katholische Geistliche durch den Staat anerkannt seien. Nicht bloß die katholische Kirche, sondern auch andere Vereinigungen suchten dahin zu wirken, daß Streitigkeiten ihrer Angehörigen innerhalb der eigenen Reihen durch Schiedsgerichte, Ehrengerichte erledigt würden. So soll eine solche besondere Gerichtsbarkeit auch innerhalb der Freimaurer bestehen. (Hört! hört! im Zentrum.)

Vor allem betone ich, der Papst erläßt Entscheidungen für die ganze Welt und in den einzelnen Ländern sind dann natürlich je nach Lage der Beschaffung Ausführungsbestimmungen nötig. Die Aufregung über das Motuproprio ist nur entstanden dadurch, daß man es bei den Wahlen zur Erregung des furor protestantius mißbrauchte. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Mit dem Zentrum hat das Motuproprio gar nichts zu tun; es gilt vielmehr für die Katholiken in allen Kreisen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Streykowski (Pole) erklärt, daß seine Freunde dem Antrage v. Pappenheim zustimmen würden.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.):

Für uns ist die Toleranz in allen religiösen Dingen selbstverständlich. Wir haben daher nur Anlaß, in diese Debatte einzugreifen, insofern es sich nicht um religiöse Angelegenheiten handelt. Die Borromäus-Enzyklika war eine Angelegenheit, die noch im wesentlichen auf dem privaten Gebiet blieb, anders stand es schon mit dem Antimodernisteneid, der bereits unmittelbar in staatliche Angelegenheiten eingriff, insofern als staatliche Beamte durch diesen Eid gebunden werden sollten, und das letzte Motuproprio ist nun allerdings

ein Eingriff in staatliche Angelegenheiten,

so zugeschnitten wie irgend möglich. Nicht richtig ist, daß das privilegium fori für Deutschland durch Gewohnheitsrecht beseitigt sei, wie vom Zentrum behauptet wird. Mancherlei Einzelfälle der letzten Zeit haben bewiesen, wie tatsächlich noch von diesem privilegium fori Gebrauch gemacht wird. Auch steht die Aufhebung des Motuproprio für Deutschland im Widerspruch mit dieser Behauptung. Die Aufhebung ist ihrerseits nur erfolgt durch die Erklärung irgend eines angeblich legitimierten Vertreters der Kurie, wonach das Motuproprio für Deutschland keine Bedeutung habe, weil eben das privilegium fori durch Gewohnheitsrecht beseitigt sei. Da dies nun nicht der Fall ist, so ergibt sich, daß die Erklärung des Vertreters der Kurie ganz bedeutungslos ist. Der Zustand ist um so unbefriedigender, als jedem Katholiken klar ist, daß wenn hier irgendwelche Zugeständnisse gemacht sein sollten, diese nur von der weltlichen Macht erzwungen seien. Auf alle Fälle wird durch das Motuproprio ein erster Zwang ausgeübt auf jeden einzelnen, der als getreuer Katholik die päpstlichen Machtbefugnisse anerkennt. Deshalb haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, uns damit zu befassen, wie das auch andere deutsche Landtage getan haben. Im übrigen haben wir keinerlei Veranlassung, gegen die Kurie Sturm zu laufen. Sie hat von ihrem Standpunkt aus das gute Recht, alles zu tun, um ihre Macht durchzusetzen.

Unsere Vorwürfe richten sich nicht gegen die Aspirationen der Kurie an sich, sondern gegen das Verhalten des Staates gegenüber solchen Aspirationen. Wir sind der Ansicht, daß allerdings die Regierung durchaus die nötige Energie in der Vertretung des Staates hat vermissen lassen. Sie hätte zweifellos sich eine präzisere Erklärung von der Kurie verschaffen müssen. Es schiebt ja doch ein Blinder mit dem Axiom, daß die Erklärung des angeblichen Vertreters der Kurie nicht die geringste Bedeutung hat, daß sie nur

ein Versteckspiel

ist mit der ganz ungeklärten Frage des Gewohnheitsrechts. Im übrigen hat sich noch niemals so deutlich die Ueberlässigkeit unserer Gerichte auf päpstlichen Stuhl gezeigt wie in diesem Falle. (Sehr wahr! links.) Die Regierung selbst hätte deshalb allen Anlaß, an die Weisheit dieser Gesandtschaft heranzugehen. Für die Haltung der Regierung in diesen Fragen ist natürlich ausschlaggebend die politische Konstellation in Deutschland. Zentrum ist immer noch Trumpf und es ist die höchste Regierungsmaxime, dem Zentrum alles zuzuliebe zu tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Beziehung sind die Konserverativen die Mitschuldigen. Bei der Borromäus-Enzyklika haben sie vollständig versagt, weil sie sich durch die politische Interessengemeinschaft an der staatlichen Futterkrippe mit dem Zentrum verbunden fühlen. Ebenso war es beim Modernisteneid und so ist es auch hier. Somit stellen sich die Konserverativen hin als Vertreter der Staatsautorität. Wenn die Sozialdemokratie in ihr Statut eine Bestimmung aufnehmen würde, wonach kein Sozialdemokrat die Gerichte in Anspruch nehmen, sondern sich nur an die Parteiministerien wenden dürfe, so würde man zweifellos sofort erklären: das ist der Staatsumsturz, da wird ein Staat im Staate etabliert. Man würde nicht genug Worte der Empörung finden. Hier aber sehen wir, wie die Konserverativen, die angeblichen Vertreter des Protestantismus und der Staatsautorität, mit Rücksicht auf die Bundesbrüderschaft mit dem Zentrum aus ganz materiellen Interessen heraus alle anderen Interessen fallen lassen und wie auch die Regierung gehorfolam geknust hat. Dadurch ist allerdings ein Zustand hervorgerufen, der geeignet ist, Verunreinigung im weitesten Umfange herbeizuführen. Weiter kommt in Betracht, daß durch das Motuproprio vor allem die minderbegüterten, abhängigen Katholiken, von denen sich viele auch in unseren Reihen befinden, verhindert werden, ihre Rechte gegenüber den Geistlichen geltend zu machen. Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, uns dem Protest des Antrages v. Campe anzuschließen. Die Regierung ist nicht energisch genug vorgegangen und sie hat gar kein Recht, uns jetzt die Vorlegung der Akten zu versagen. Das Haus hätte sehr wohl die Macht, wenn sie nur wollte, die Regierung zu zwingen. Angesichts der engen Verbindung der beiden größten Parteien dieses Hauses haben wir allerdings eine energische Stellungnahme des Hauses nicht zu erwarten. Damit fällt die Verantwortung für das Motuproprio mit auf dieses Haus. Es zeigt sich wieder, daß es absolut unmöglich ist, in diesem Hause auch nur die allergeringste Kulturpolitik im Interesse der Allgemeinheit zu betreiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gisinger (Sp.): Es handelt sich hier nicht um eine innerkirchliche Angelegenheit, wie das Zentrum es hinzustellen sucht, sondern um staatsrechtliche Interessen. Die Erklärung des Staatssekretärs befreit uns nicht. Wir müssen verlangen, daß die Akten vorgelegt werden. Die preussische Gesandtschaft am päpstlichen Stuhl ist überflüssig. Gegenüber der Erwartung des Abgeordneten v. Pappenheim, es werde das letzte Mal sein, daß wir über einen solchen Fall zu sprechen haben würden, kann ich bei der heutigen Nacht der katholischen Kirche und des Zentrums nur sagen: die Volkshaut hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Auch wir hat die Erklärung des Staatssekretärs nicht befriedigt; wir werden daher dem Antrag v. Pappenheim nicht zustimmen. Die Verweigerung der Akten ist uns ganz unverständlich. Dem Reichstag sind schon wiederholt solche Akten vorgelegt worden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag v. Campe wird gemäß dem Antrag des Abg. v. Pappenheim mit den Stimmen der Konserverativen und des Zentrums durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Etat des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten wird nach unweiliger Debatte bewilligt.

Kleines feuilleton

Der konfaktierte Sänger und der Bühnenverein. Auf der letzten Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hatte Gustav Nidelt in seiner Rede über das Verhältnis zwischen Bühnengenossenschaft und Bühnenverein eines halbes Erwähnung getan, der bei allen Delegierten die lebhafteste Entrüstung ausgelöst hatte. Es handelte sich um den Söldentenor Emil Bergmann aus Graz, der von dem Direktor Heinrich Hagin aus höchst ansehnlichen Gründen für kontraktbrüchig erklärt und seit einem Jahre existenzlos gemacht worden war. Der Bühnenverein konnte sich nicht dazu verstehen, den Sänger von der Kontraktbrüchigkeit abzusprechen, obwohl ihm das Verhalten seines Mitgliedes Hagin nicht sympathisch sein konnte. Direktor Hagin hatte nämlich seine Zustimmung zur Aufhebung des Voylotts davon abhängig gemacht, daß ein dem Sänger gewählter Vorschuh von 1150 M. zuerst zurückgezahlt würde, und sich nicht bewegen lassen, mit der Rückzahlung bis nach Abschluß eines Engagements zu warten. Dadurch wurde dem inzwischen in hüttere Not geratenen Sänger unmöglich gemacht, eine neue Existenz zu gründen und seine Schulden zu bezahlen.

Verhandlungen zwischen dem Rechtschreibbureau der Bühnengenossenschaft und dem Deutschen Bühnenverein haben nunmehr zu einem Abschluß dieser Affäre geführt. Das Rechtschreibbureau hat den schuldigen Betrag für den Künstler an den Bühnenverein gezahlt und der letztere Bergmanns Namen aus der Kontraktbrüchigkeit gestrichelt, so daß der Sänger endlich wieder zur Ausübung seines künstlerischen Berufes kommt, den ein die Paragrafen des Bühnenvertrages wie eine Sklavenspeise handhabender Direktor ihn länger als ein Jahr verstoßen hielt, indem er ihm die erhaltenen Vorschüsse monatelang so abzog, daß dem Künstler am Monatsanfang nur etwa 3 M. übrig blieben und der aller Vornahme Verkauft dadurch in den Kontraktbruch hineingetrieben worden war.

Theater.

Kleines Theater: Und das Licht scheint in der Finsternis, Drama von Leo Tolstoi. Ein harter Eindring, der lange nachhallt. Die ersten Akte des Dramas, das man in Tolstois Nachlass fand, sind in den achtziger Jahren entstanden, als der große Dichter jene Sinneswandlung durchlebt hatte, die ihn in unverföhnlichen Gegensatz zu Staat und Kirche brachte, wie dem mit proletarischer-industriellen Klasseninteressen und Klassenkämpfen rechnenden Sozialismus zum begeisterten Propheten eines auf Jesu Bergpredigt gegründeten Evangeliums der Bruderliebe machte. Der Schluß — in die Tragik dieser einsam ringenden und vor dem entscheidenden Schritte der Loslösung von der Familie immer wieder zurückstehenden Seele am tiefsten hineinleuchtend — stammt aus viel späterer Zeit, ist vielleicht nicht lange vor der Flucht des Dreißigjährigen geschrieben. Auf künstlerisch dramatische Abrundung verzichtend, bringt dies Werk das Wesen Tolstois um so unmittelbarer zum Ausdruck. Es ist von Anfang

bis zu Ende Abrechnung. Die Abrechnung eines Menschen, dem es bitter Ernst ist mit der Wahrheit, und der die Lehre und Leben trennende Kluft schärfer, unbarmherziger klarer sah, als alle seine Widersacher. Die Hamlet, mit dem er sonst gewiss nichts gemein hat, trägt er Forderungen im Gedult, die ihm den Willen lähmen, und wie jener verzehrt er sich in solchem Schwanken. Sein Gewissen schiebt die Dinge wie Lebens Brand im Sinne des „Alles oder Nichts“. Und in der Ohnmacht, die höchste, von ihm selbst gestellte Forderung zu erfüllen, scheint er gar nicht einmal zu leben, wieviel er im Verhältnis zur Familie durchzuführen wohl imstande gewesen wäre, auch wenn sein „Alles“ nicht erreicht wird.

Nikolaj Ivanowitsch (so nennt sich Tolstoi in dem Drama) Frau stellt seinem Verhaben, das ganze Gut den Bauern, die als alleinige Bearbeiter des Bodens allein rechtmäßigen Anspruch darauf hätten, zu übergeben und selbst Bauer zu werden, im Namen ihrer Kinder lebensschonlichsten Widerstand entgegen. Vergebens sucht er sie moralisierend und auf Jesu Worte verweisend zu überzeugen. In der Tat wäre die Ausführung des Planes nicht gleichbedeutend mit der Vernichtung zahlloser Entwidlungsmöglichkeiten für die Kinder? Selbst die Schulbildung würde so in Frage gestellt! Doch Nikolaj-Tolstoi macht zwischen derlei vernünftigen und von dem gedankenlosesten Egoismus distanzten Einwürfen keinen Unterschied. Jedes abhandelte Partieren mit dem Gebot der Bruderliebe und der Gleichheit gilt ihm in gleicher Weise als Angehörig gegen Gott und das Gewissen. Statt daß er einen Kompromiß schlicht und einen Teil des fürstlichen Einkommens den Armen zurallen läßt, hat er seiner ethischen Gesinnung als Familienoberhaupt so eine, wenn auch beschränkte, Geltung verschafft, bricht er nach langem Kampfe mit der Frau zusammen und läßt sein ganzes Vermögen auf ihren Namen schreiben. Obwohl er weiß, daß sie das Geld für Standesstrenge ausstreuen, die Kinder in hochmütig aristokratischem Luxus aufziehen wird. Man hat das Tolstoi oftmals vorgeworfen; der Verzicht sei nur ein bequemer Ausweg, um sich nicht vom Glanz zu trennen und zugleich als ein Verstoßler zu parodieren. Im Drama sagt uns Tolstoi, wie er selbst darüber dachte, wie das Verbleiben in einem Milieu, das seiner ganzen Willensrichtung Hohn sprach, ihn gemartert. An der Hobeibant, in seiner Arbeitsstube, nie verläßt ihn der Gedanke.

Ein junger Priester und Fürst Boris, der Vemeber um die älteste Tochter, befaßnen sich zu seiner Lehre. Der schwache Priester lehrt zurück in die Kirche. Boris aber, der zum Dienste eingezogen, den Eid verweigert und gegen das schamlose Komödientenspiel, den Christengott als Schuttpatron des militärisch organisierten Massenmordes anzurufen, mit Worten bedender Entrüstung protestiert, verfallt ewiger Gefangenschaft. Die barbarische Sinnlosigkeit, in der der Staat, nicht nur der russische, Männer, die aus Bedenken des Gewissens und nach dem Wort der Schrift die Schwurformel nicht leisten wollen, zum Veruche ihrer Ueberzeugung durch die Tortur endloser Haft zu zwingen sucht, schiebt hier am Pranger.

Hermürbt, den Seinen längst entzweigt, hat Nikolaj endlich den Entschluß gefaßt zu geben. Aber seine Frau wirft sich ihm in den Weg. Sie müsse sterben, wenn er sie verläßt! Und wieder bleibt sie Siegerin, entwarfnet ihn durch den Appell ans Mitleid. Taurig, beschämt, von Widerwillen über seine Jussage geschüttelt,

schaut er ihr nach: „Was ist sie, nur ein Kind oder ein listiges Weibsbild?“ Soll er in seinem früheren Leben den Fluch der Halbheit wie ein Gefangener seine Kette bis zum Tode mit sich schleppen? Rüd hingekredet sieht er den Schwarm der lustigen Jugend spielend durch sein Zimmer laufen. Zweifelsgedanken blitzen auf. Könnte denn nicht alles doch ein Jertum sein? Könnten die anderen nicht recht haben? Dann fallen sich die Hände zum Gebete: Er will von Gott nicht lassen, auch wenn ihm Gott die Kraft zur Tat, die sein Gewissen fordert, in der er die Befreiung seines Geistes finden würde, verweigert!

Kahler als Tolstoi-Nikolaj brachte den strengen Ernst, die schlichten Ehrlichkeit und Güte, die alle Mittelglieder und Einschränkungen überspringenden, immer auf absolute Postulate eingestellten Konsequenzmacherei, wie die Qualen des inneren Zwiespalts zu wunderbar lebendiger Erscheinung. Im letzten, den schwierigsten Akt, hob sich das Spiel zur Reisterschaft. Die Rollen der Frau und der oberflächlich schwärmerischen Schwägerin wurden von Helene Fehdmer und Ida Grünung, die des fanatisch willensstarken Schwärmer Boris von Herrn Abel trefflich dargestellt. Das Publikum folgte mit gespanntem Interesse und applaudierte demonstrativ.

Notizen.

Für die Wissenschaft des Judentums an einer preussischen, wo möglich an der Berliner Universität, erstrebten jüdische Kreise einen Lehrstuhl an. Zu diesem Zweck sollen anfangs März Selbstsammlungen veranstaltet werden. Die unmittelbare Veranlassung hierzu ist das Vorgehen der sächsischen Regierung, die für den 1. April 1912 einen Wüdnener jüdischen Privatgelehrten als Rektor für späthebraische, jüdisch-aramäische und speziell talmudische Literatur an die Leipziger Universität berufen hat.

Was uns noch gefehlt hat. Den Männern, die beim Antritt einer Reise bleich und nur mühsam gefaßt auf die Reihe der unförmigen Outfitter bliden, deren die „Frau Gemahlin“ zum Genusse der Fahrt unbedingt bedarf, winkt eine Hoffnung: in London werden recht elegante Damenhüte geschaffen, bei deren „Konstruktion“ die Möglichkeit vorsehen ist, den Hut zusammenklappen zu können. „Es ist des Käfels Lösung“, so erklärte eine führende Londoner Modistin, „diese Hüte sind das, was die elegante Frau braucht, wenn sie auch auf Reisen smart aussehen will. Die unförmigen Duschdächeln sind überflüssig, die zusammenklappbaren Hüte sind so gearbeitet, daß sie zusammengefallen im Koffer nur ganz wenig Platz beanspruchen.“

Walfische im Mittelmeer. Wie aus Tanger berichtet wird, erlittete der Kapitän des norwegischen Dampfers „Hans Brude“, der mit befehlter Maschin im Hafen einließ, die Meldung, daß er in der Meerenge von Gibraltar mehrere Walfische gesehen habe, auf die die Besatzung während der Heberfahrt erfolglos Jagd machte. Die Tatsache ist seither auch noch von anderer Seite mit dem Hingutigen bestätigt worden, daß es sich um einen ganzen Schwarm von Walfischen handele, die einen Abnehmer nach dem Mitteländischen Meer gemacht haben. Es ist seit Jahrhunderten das erstemal, daß man hier wieder Walfische zu Gesicht bekommen hat.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Interpellation über die Maul- und Klauenseuche, Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung.)
Schluß 3/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Neue Reichstagsvorlagen.

Dem Reichstage sind eine Reihe neuer Vorlagen zugegangen, nämlich ein Ausführungsgezet zu dem internationalen Abkommen über die Beschäftigung des Mädchenhandels, eine Denkschrift über die Ausführung der Anleihegeetze seit dem Jahre 1875 und eine Uebersicht der Entschliessungen des Bundesrates über Beschlüsse des Reichstags aus der letzten Legislaturperiode. In den nächsten Tagen werden dem Reichstage noch ein deutsch-bulgarischer Konventionsvertrag, ein Entwurf über die Verlängerung des deutsch-bulgarischen Handelsvertrages und ein deutsch-litauischer Handelsvertrag zugehen.

Aus der Partei.

Eine Erinnerung an schwere Zeit.

In diesen Tagen sind fünfundsiebzig Jahre seit der Zeit verfloßen, da die preussische Justiz die „Vorarbeiten“ begann zu dem großen Magdeburger Geheimbündungsprozess. Erinnerungen an die ausnahmsgeheulichen Zeiten werden wieder wach und Jörn und Empörung steigen in jedem auf über die schamvolle Behandlung der Parteigenossen in jener Periode des blindwütigen Sozialistenhasses. Während der Wahlbewegung zu den Parlamentswahlen im Jahre 1887 fand in Magdeburg in Hübners Konzeptsaal eine Versammlung statt, die aus nichthilfigen Gründen aufgelöst wurde. Ein großes Schuttmannsaufgebot ging auf der Straße in provokierendster Weise gegen die Versammlungsbesucher vor, ohne jedoch den offenbar gewünschten Erfolg zu erreichen. Dessenungeachtet wurden jedoch zwei Tage darauf, am 7. Februar 1887, plötzlich 30 Parteigenossen von der Arbeitshütte weg verhaftet unter der Beschuldigung der Geheimbünderei und der Verbreitung verbotenener Schriften. Nach und nach wurde die Untersuchung ausgedehnt auf 40 Genossen, von denen 15 in Untersuchungshaft verbleiben mußten, die den Anhaltstern von dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Starke so beschwerlich wie möglich gemacht wurde. Einer der Verhafteten, der Genosse Gadermann, erkrankte im Gefängnis schwer, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Familie des Erkrankten — Frau und drei kleine Kinder — wurde davon nicht benachrichtigt. Zufällig erhielt die Frau Kenntnis von der Erkrankung ihres Mannes, aber ihre Bitte, ihren Mann besuchen zu dürfen, wies Landgerichtsrat Starke mit den harten Worten ab: die Krankheit des Mannes werde wohl nicht so schlimm sein. Erst nach mehreren Tagen erhielt die Frau Zutritt zu ihrem todkranken Mann und drei Tage später schloß dieser die Augen für immer, ohne seine Kinder noch einmal gesehen zu haben, denn diese Bitte hatte der Untersuchungsrichter ihm abgeschlagen. Die Beerdigung mußte auf polizeiliche Anordnung einen Tag früher erfolgen, als sie angelegt war. Erst nach langem Warten der Kinder, die ihren toten Vater noch einmal sehen wollten, wurde der bereits geschlossene Sarg noch einmal wieder geöffnet. Dann trug man Gadermann sang- und klanglos zu Grabe. Aber die Demonstration, die die Polizei verhindern wollte, hatte sie am anderen Tage, einem Sonntag, doch. Tausende von Arbeitern zogen nach dem Grabe Gadermanns und legten Blumen und Kränze darauf nieder. Die Verhandlung gegen die „Geheimbündler“ fand am 12. und 13. Mai statt. Sie waren die Spies eines erbärmlichen Verurteilten geworden, des Metallarbeiters Sped, der an allen internen Verhandlungen teilgenommen und darüber dem Untersuchungsrichter berichtet hatte. Er wurde zwar auch mitangeklagt und beurteilt, aber schon nach acht Tagen vom König von Preußen begnadigt. Ueberall gemieden fand er schließlich als Schaffner Unterchlupf bei der Magdeburger Straßenbahn, bei der er noch jetzt beschäftigt ist. In den Vertriebenen der Angeklagten im Geheimbündungsprozess achtete der alte Trager. Auf 184 Monate Gefängnis wurde gegen 31 Angeklagte erkannt; 15 wurden freigesprochen. Die Untersuchungshaft, die für alle Angeklagten zusammengerchnet sieben Jahre betrug, ist in die Strafe nicht mit eingerechnet. Fünfundsiebzig Jahre sind seit jener Zeit verfloßen; viele von den Angeklagten dead bereits die kühle Erde. Aber in den Ueberlebenden wirkt der alte Geiſt nach und sie überlegen ihn auf die jüngere Generation, damit sie nicht nachlasse im Kampf um die gerechte Sache des Proletariats.

Soziales.

Der Arbeitsnachweis als Vertreter.

Der Drechsler E. hat bei dem Witbauer Berthold Kirchner in Arbeit gefunden und ist nach wenigen Tagen wieder entlassen worden. Da er 7 Tage arbeitslos war, erhob er am Freitag beim Gewerbeamt Anspruch auf eine Entschädigung von 40 M. Der Beklagte wendete Klünderungsanspruch ein. Eine Zeugin bestätigte auch, daß der Beklagte mit dem Kläger Klünderungsanspruch vereinbart hat. Der Kläger hielt dem entgegen, daß ihm vom Arbeitsvermittler gesagt worden sei, die Stelle dauere bis Weihnachten. Der Arbeitsvermittler, auf den sich der Kläger berufen hatte, behauptete, daß er einem Auftrag des Beklagten entsprechend dem Kläger die Stelle als bis Weihnachten dauernd ausgedehnt hätte. Das Gewerbeamt verurteilte den Beklagten, an den Kläger die 40 M. nebst 4 Proz. Zinsen zu zahlen, weil er den Kläger nur nach Weihnachten hätte freilos entlassen dürfen.

Ständige Anstellung für Arbeiterkinder und Arbeiterwohlfahrt in Gellingsfeld.

Auf Verreiben der ersten hiesigen Gewerbeinspektorin, Frau-lein Vera Heit, die bereits in ihrem Inspektionsberichts für 1907 eine dahingehende Anregung gegeben hatte, ist jetzt nach fünfjährigen Bemühungen in Gellingsfeld die Organisation einer „Ständigen Anstellung für Arbeiterkinder und Arbeiterwohlfahrt“ — nach dem Muster der bekannten Ständigen Anstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg — zustande gekommen. Das Unternehmen steht unter Aufsicht der staatlichen Industrieverwaltung, wie auch die Kosten vom hiesigen Staate gedeckt werden. Der Senat hat bereits im Jahre 1908 eine Summe von 7000 hiesigen Mark zur Deckung der Organisationskosten und Johann im Jahre 1909 für fünf Jahre den Betrag von 7500 hiesigen Mark jährlich zur Deckung der Miete für ein geeignetes Lokal und der sonstigen Aufwände bewilligt. Bei der Verdingung der Mietnach zur Verfügung stehenden Mittel sind der Veranstaltung, zu der auch ausländische Auswanderer zugelassen sind, sehr enge Grenzen gezogen und sie dürfte deshalb auch für die deutsche Fabrikindustrie nur wenig Interesse bieten. Einige über die Anstellung näher orientierende Druckzettel (in hiesiger Sprache) liegen an der Geschäftsstelle der „Ständigen Anstellungskommission für die deutsche Industrie“ (Berlin NW., Köpenicker Str. 1), wie diese uns mitteilt, aus.

Technische Entwicklung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Die Geschichte der meisten Industrien lehrt, daß die Entwicklung der Technik für die Arbeiter fast stets mit einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen verbunden ist. Die Verwendung der Dampfmaschine brachte den Arbeitern ungeborene Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit. Diese Erscheinung findet sich fast in allen Ländern. Marx schildert im 1. Band des Kapitals, wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts der fabrikmäßige Betrieb den Arbeitsweg des englischen Arbeiters auf eine Länge

gebracht hat, die staatliche Besetzung im 18. Jahrhundert vergeblich zu erreichen suchten. Das Haus des Schreiners, das die Kapitalisten in England am Ausgang des 18. Jahrhunderts von der Verheerung wütheten, entstand bald als Fabrik. Es übertrug, was Ausbeutung der Arbeiter angeht, die schärfsten Wünsche der Kapitalisten. Und diesmal erblachte das Ideal vor der Wirklichkeit,“ sagt Marx in seiner Schilderung englischer Arbeiterverhältnisse.

Was für den Anfang der großindustriellen Entwicklung und für den Fabrikbetrieb galt, gilt auch für den Kleinbetrieb und gilt heute noch. Wo immer technische Verbesserungen eine Umwälzung erzeugen, besonders im Dampf oder Elektrizität an Stelle der physischen Kraft des Menschen treten, ist die Folge für die betroffenen Arbeiter keine Erleichterung, sondern Vergrößerung ihres Elends. Es bedarf des gemeinsamen Widerstandes der vereinigten Arbeiter, um ihre alte Position zu behaupten oder wieder zu erlangen. Einen schlagenden Beweis hierfür bieten die Verhältnisse der Kaiserlichen Seidenweberei, über die das im Auftrage des Organisationskomitees der Schweizer Heimarbeitersausstellung herausgegebene Buch: Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Schweizer Heimarbeit unterrichtet. Die weltbekannte Basler Seidenweberei beschäftigt im Kanton Basel-Landschaft mehrere Tausend Handwerker als Heimarbeiter. In manchen Dörfern des Kantons sind zwei Drittel aller Beschäftigten Posamentier. Bis Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde der Webstuhl durch die Kraft des Webers getrieben. Im Jahre 1895 trat die erste Genossenschaft zur Beschaffung und Verteilung elektrischer Kraft ins Leben. Heute gibt es deren mehrere, und die größte Zahl der Weber verwendet die Elektrizität. War vorher die Arbeitszeit der Weber nicht kurz gewesen, sondern hatte sich über 13 bis 14 Stunden erstreckt, jetzt wurde er plötzlich ganz erheblich verlängert. Die Erleichterung der Arbeit und das Erleben, die elektrische Kraft möglichst auszunutzen, schraubten die Arbeitszeit hinauf. Statt 13 und 14 Stunden wurden 17, 18 und mehr Stunden gearbeitet. Der einzelne war machtlos. Fast ein Jahrzehnt lang hat der Weber unter der Verlängerung der Tageszeit, die ihnen die Verwendung der elektrischen Kraft aufgebürdet hatte. Was ihnen zum Segen hätte werden können, wurde ihnen zum Fluch. Erst dem 1904 gegründeten Posamentierverband gelang es, die Arbeitszeit auf 15, und später, 1910, auf 14 Stunden herabzusetzen. Diese Beschränkung gilt aber nur für die reine Webarbeit. Ihre Einhaltung wird von den Organen des Verbandes genau kontrolliert und Verstöße und Ueberschreitungen mit Geldbußen belegt. Anders Arbeiter, insbesondere Hilfsarbeiter, können dagegen den Arbeitsweg noch verlängern. Ohne Zusammenstoß wären die Handwerker noch heute schuldlos der unermesslich langen Arbeitszeit preisgegeben, die ein technischer Fortschritt ihnen beschert hatte. Langjähriger Arbeit des Posamentierverbandes, der gewerkschaftliche Tendenzen scharf betont, hat es bedurft, um den Arbeitsweg wieder auf den Umfang herabzudrücken, den er vor der Verengung der Elektrizität in den Weberdörfern von Basel-Land hatte.

Der schlechte Rat des Polizeikommissars.

Ueber die Klage einer Verlästerin gegen den Fleischermeister Loos berichteten wir am 27. Januar. Die Firma Werner u. Loos, Schöneberg, Tempelhofer Str. 20, erfuhr uns um Feststellung, daß sie mit dieser Firma Loos in Berlin nicht identisch ist. Dem Gesuchen kommen wir hiermit nach.

Aus Industrie und Handel.

Lebensmittelpreise in Preußen seit 20 Jahren.

Das Preuss. Statistische Landesamt hat kürzlich eine Uebersicht über die Bewegung der Preise von Lebens- und anderen Verpflegungsmitteln seit etwa 80 Jahren gebracht. Wir greifen eine Anzahl Ziffern heraus, die diese Bewegung innerhalb der letzten 20 Jahre illustrieren.

Es folgten im Jahresdurchschnitt:

	1890	1900	1910	1911	1890 gegen 1911
1000 Kilogramm					+ oder -
Weizen	102	150	204	199	+ 7 M.
Woggen	170	148	150	168	- 7 .
Faer	100	137	158	174	+ 14 .
Heu	56	61	75	72	+ 16 .
1 Kilogramm					
Erbsen (gelb)	26	26	37	38	+ 12 Pf.
Bohnen	32	28	40	42	+ 10 .
Linzen	51	44	42	45	- 6 .
Ehartoffeln	5	5	8	10	+ 5 .
Rindfleisch	120	126	159	167	+ 41 .
Schafschaf	117	126	178	187	+ 70 .
Hammelfleisch	121	120	170	178	+ 57 .
Schweinefleisch	139	129	163	149	+ 10 .
Speck (mit ger.)	168	154	190	175	- 13 .
Schweinefleisch inf.	181	153	187	171	- 10 .
Ehutter	220	224	267	276	+ 56 .
Weizenmehl	34	29	37	38	+ 4 .
Woggenmehl	29	26	29	29	0 .
1 Spod Eier	352	383	457	453	+ 103 .

Aus dieser Tabelle geht zunächst hervor, daß mit Ausnahme von Speck, Schweinefleisch und Linsen alle Lebensmittelpreise seit 1890 eine Steigerung erfahren haben. Verhältnismäßig am geringsten ist diese noch bei Getreide und Getreidefabrikaten (Wehl). Enorm sind die Fleischpreise gestiegen, vor allem Hammelfleisch, das fast, und Kalbfleisch, das aber die Hälfte teurer geworden ist, als vor 21 Jahren. Auch die Erhöhung der Eier- und Butterpreise übersteigt bei weitem den in diesem Zeitraum eingetretenen Rückgang des Geldwertes. Kartoffeln sind gerade auf das Doppelte ihres Wertes gestiegen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben sich die Preise beinahe noch einmal verdoppelt. Man bezahlt heute bereits 8 bis 10 Pf. im Detailverkauf für das 3/4 und Kartoffeln. Und daß für die Fleischpreise in nächster Zeit kein Rückgang, sondern nur noch ein weiteres Ansteigen zu erwarten ist, ist ja in den letzten Tagen an der Hand des immer knapper werdenden Viehantriebes mehrfach bewiesen worden.

Die belgischen sozialistischen Genossenschaften im Jahre 1911.

Das belgische Genossenschaftsamt veröffentlicht seit 8 Jahren die Ergebnisse der verschiedenen Genossenschaftsarten. Danach zählte man im Jahre 1903 168 Konsumvereine, die sich zum Sozialismus bekannten, mit 103 949 Mitgliedern und einem Umsatz von 25 936 873 Frank. 1911 war diese Zahl auf 201 mit 157 478 Mitgliedern und 44 920 921 Frank Umsatz gestiegen: eine Mitgliederzunahme um 24 und eine Umsatzsteigerung um 66,8 Proz. Die Organisation umfaßt danach eine Bevölkerung von etwa 700 000 Menschen, nahezu ein Zehntel der Einwohner des Landes. Ihre Tätigkeit erstreckte sich auf 903 wohnliche und 133 handwerkliche Gemeinden. Ihre Grund- und Gebäudefonds stellen einen Wert von 18 447 140 Frank dar, der zum Teil mit Hypotheken belastet ist. Das gemeinsame Kapital beträgt 1 631 194 Frank, d. i. auf ein Mitglied nicht mehr als 12,30 Frank. Auch der durchschnittliche Umsatz beträgt nur 288 Frank. Weitläufig am höchsten ist er im Gebiet von Vüttrich, wo er auf 825 Frank pro Mitglied steigt. Seinen tiefsten Stand erreicht er im Bezirk Soignies mit 150 Frank. Dort, im Centre, hat man meist nur genossenschaftliche Bäckereien und Brauereien. Doch macht sich jetzt auch dort ein festlicher Aufschwung geltend. — Genosse Serrus, der diese Zahlen im „Peuple“ bespricht, weist auf die Notwendigkeit hin, nach englischem Vorbild das Genossenschaftskapital wesentlich zu stärken und, in konsequenter Verfolgung des genossenschaftlichen Gedankens, die Organisationsstelle in Antwerpen kräftig zu entwickeln.

Aus der Frauenbewegung.

Die Agitation unter den Frauen auf dem Lande.

Die im „Vorwärts“ vom 30. Januar unter der Rubrik „Aus der Partei“ veröffentlichten Vorschläge zur Agitation auf dem Lande geben einer Genossin Veranlassung, auch ihrerseits einiges zu diesem wichtigen Thema anzuführen. Unsere Genossin erklärt sich zunächst mit den zur Agitation gemachten Vorschlägen voll und ganz einverstanden und schreibt über ihre Erfahrungen, die sie als Rednerin während des Wahlkampfes gemacht hat, folgendes:

In 18 meist ganz kleinen Dörfern mit nur einigen Hundert Einwohnern, hatte ich zu sprechen, Lokale standen und nur in vier Orten zur Verfügung, in den übrigen Dörfern fanden die Versammlungen in Scheunen und infolge der großen Kälte während der Eismahl in Privatwohnungen statt. Die Versammlungen waren meist überfüllt, was kein Wunder ist, denn es war für die Bewohner solcher entlegener Orte ein großes Ereignis, einmal eine Frau reden zu hören. In den meisten Dörfern war es überhaupt das erste Mal, daß eine sozialdemokratische Versammlung stattfand. Erfreulicherweise waren immer ein Drittel der Besucher Frauen. Mochten sie auch zum größten Teil aus Neugierde erschienen sein, so konnten wir überall erleben, daß Frauen nach Schluß des Vortrages zu uns kamen und sich für die ihnen gewordene Belehrung bedankten. Ausnahmslos sprachen gerade die Frauen ihr Bedauern darüber aus, daß sie solche Vorträge nicht öfter zu hören bekämen. Wenn die Wahl vorüber ist, bekommen wir nichts mehr zu hören und zu sehen, wurde immer wieder gesagt. Und sie haben nur zu recht; bei der Wahlbewegung wird meist eine Meienarbeit an Agitation geleistet; ist aber die Wahl vorbei, dann verläßt die Begeisterung aus Mangel an weiterer Nahrung wieder. Hinzu kommt, daß in der bewegten Wahlperiode die Flugblätter aller in Frage kommenden Parteien den Leuten auf dem Lande in das Haus gebracht werden. Die sollen diese Leute, deren Lesart im besten Falle die Kreis- und Provinzblätter bilden, sich aus diesem Lust von Flugblättern herausfinden und ein selbständiges Urteil bilden können? Wie viel leichter möchte der Wahlkampf für uns werden, wenn die Aufklärung durch leichtverständliche Flugblätter eine fortlaufende wäre. In erster Linie müßten die Genossen, die im Parlament beschloßen werden und vor allem die Interessen der arbeitenden Klasse berühren, auch auf dem Lande durch Flugblätter bekannt gemacht werden.

Hierbei müßte aber, wie immer in unserer Partei, besondere Rücksicht auf die Frauen des flachen Landes genommen werden, denn diese haben genau so unter der doppelten und dreifachen Arbeitslast zu leiden wie in den Städten. Bei der letzten Wahl hat unter anderem der Reichsverband ein Flugblatt herausgegeben, das sich direkt an die Frauen wandte, und es war so obgefagt, daß es auf das Gemüt der politisch ungeschulten Frau einen tiefen Eindruck machen mußte. Vor unserer Seite erschien in vielen Gegenden kein Gegenflugblatt mehr, und es war nicht überall möglich, diesen Verdrungen über die Lehren der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Durch eine fortlaufende Aufklärung von unserer Seite würde dem gefährlichen Kampf des Reichsverbandes schon von vornherein die Spitze abgebrochen.

Ganz deutlich zeigte es sich dort, wo ich sprach, ein weitaus wichtiger Faktor die Frau heute schon ohne Stimmzettel im politischen Kampf sein kann. Ueberall dort, wo die Frauen so zahlreich erschienen waren, gingen die Stimmen, die für uns abgegeben wurden, ganz bedeutend in die Höhe. Diese anwesenden Frauen, denen man einen Weg gezeigt, wie auch sie aus ihrer doppelten Armutserlöst werden können, haben es versucht, diesen Weg zu beschreiten, und der Erfolg machte sich hier durch die abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen schon recht bemerkbar. In mehreren kleinen Dörfern habe ich es sehr bedauert, daß man bei den so überaus dankbaren Frauen nicht weiter in ausfüllendem Sinne wirken kann. Dort, wo gerade für die Frauen so gar keine Anregung besteht, würden wir nach meiner Erfahrung ein gutes Feld und einen ausnahmefähigen Boden vorfinden.

Nach dem glänzenden Erfolge bei dieser Wahl sollten es sich alle ländlichen Kreise angelegen sein lassen, die ländlichen Bezirke mehr wie bisher zu berücksichtigen. Bei den kommenden Wahlen würde sich diese Arbeit, die natürlich viel Aufopferung und Mühe beansprucht, bezahlt machen. Es ist fast überall möglich, festen Fuß zu fassen, wenn nur genügende Kräfte vorhanden sind, die die Arbeiten leisten wollen. Schwer und mühevoll ist die Arbeit, aber der Erfolg wird die Mühen reichlich lohnen.

Arbeiterinnenjahre in Amerika.

Es ist bekannt, daß in den Vereinigten Staaten die von den gesetzgebenden Körperschaften unter dem Druck der öffentlichen Meinung geschaffenen Arbeitergesetzbestimmungen von den Gerichtshöfen vielfach wieder aufgehoben werden. In der Begründung wird in der Regel ausgeführt, das betreffende Gesetz verstöße gegen die Konstitution, es lege den freien Arbeitsvertrag auf, wonach es jedem gestattet sein müsse, so viel und so lange zu arbeiten, als ihm beliebt.

Nun hat aber vor längerer Zeit der höchste Gerichtshof der Union das Oregon-Jehstundengesetz für Frauen für konstitutionell erklärt mit der Begründung, daß die Zukunft der Race und die allgemeine Wohlfahrt der Gesellschaft gesichert werden müsse. Diese Entscheidung hat erfreulicherweise Nachahmung gefunden. Die höchsten Staatsgerichtshöfe von Illinois, Michigan, Louisiana, Virginia und Missouri haben ähnlichen Gesetzen zum Schutze der Frauen die Verfassung erteilt. In den Staaten Kalifornien, Washington und Ohio unterliegen gegenwärtig solche Gesetze der Nachprüfung durch die Gerichte. In Missouri ist der Neunstundentag für Frauen eingeführt, in Kalifornien und Washington handelt es sich um den Achtstundentag. — Unsere amerikanischen Genossen streben bestmöglich die Beseitigung dieses halloosen Zustandes an.

Gerichts-Zeitung.

Freisprechung eines unschuldig zu zwei Jahren Zuchthaus Verurteilten.

Aus Detmold wird uns unter dem 9. Februar telegraphiert: Vor dem Schwurgericht der Lippschen Residenzstadt wurde heute zum zweiten Male ein Prozeß verhandelt, der ein gerichtliches Nachspiel zu dem Streik der Vielesfelder Bäckerinnen im Herbst des Jahres 1910 bildet.

Im Oktober des Jahres 1910 traten die Bäckerinnen in Vielesfeld in einen Streik. Wenigleich der Streik auch in ziemlich geschlossener geführt wurde, so fanden sich doch auch hier und da Frauen, die leider den Streikenden in den Rücken fielen. Die in Vielesfeld tätigen Bäckerinnen wohnen zum Teil auswärts, so auch in Lage bei Bielefeld. Hier haben sich die Vorgänge abgespielt, die später zu dem heute anstehenden Schwurgerichtsprozeß führten. Die Anklage richtet sich gegen den Salzblühauer Andreas Maurer in Lage und ist wegen angeblichen wissentlichen Weinsieds erhoben worden. Der Prozeß hat folgende Vorgeschichte:

Am 4. November 1910 kamen abends zwei arbeitwillige Bäckerinnen von Vielesfeld in Lage an. Die beiden Frauen ermittelten am gleichen Abend noch gegen den Fischer Fritz Hartmann Anzeige wegen angeblicher Verdröhung. Die beiden Bäckerinnen behaupteten, Hartmann habe sie unter Drohungen zwingen wollen, sich den Streikenden anzuschließen. Er habe ihnen mit erhobener Faust zugerufen: „Hört! Ihr noch einmal nach Bielefeld, dann sollt Ihr einmal sehen, was Euch passiert. Ihr Väter! Wenn Ihr kein Brot mehr habt, dann wollen wir Euch was geben.“

Die Anzeige der arbeitswilligen Frauen hatte ein Strafverfahren gegen Markmann zur Folge. Markmann hatte sich am 22. Februar 1911 vor dem Schöffengericht in Lage wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Reichs-Gewerbeordnung zu verantworten. Die beiden Näherinnen wiederholten ihre früheren Behauptungen in dieser Verhandlung unter ihrem Eid, auch beschworen sie, daß Markmann die fragliche Heubereitung getan habe. Markmann, der die eidlischen Darstellungen der Zeuginnen entschieden bestritt, hatte als Entlastungszeugen den Holzbildhauer Maurer laden lassen. Im Gegenzug zu den beiden arbeitswilligen Näherinnen beklagte dieser eidlisch, die Angaben Markmanns seien in allen Teilen richtig. Maurer gab an, er sei am dem fraglichen Abend zufällig zum Bahnhof gegangen. Dort habe er Markmann getroffen. Die ihm bis dahin unbekannteren Frauen seien zu ihnen gekommen und hätten sie (Maurer und Markmann) gebeten, sie zu begleiten. Sie seien der Meinung gewesen, daß die beiden arbeitswilligen Näherinnen sich wegen der vielen am Bahnhof anwesenden streifenden Näherinnen nicht getraut hätten, allein nach Hause zu gehen. Unterwegs habe Markmann mit den Frauen im ruhigen Tone über den Streit gesprochen und ihnen auch den Beitritt zur Organisation empfohlen. Die Frauen seien dann in das Haus des Polizeibeamten Wiesmeier hineingegangen. Markmann habe sie aber jedenfalls auf dem ganzen Wege nicht bedroht, auch die fraglichen Ausdrücke habe er nicht gebraucht, jedenfalls habe er (Maurer) nichts davon gehört, er hätte es aber hören müssen, wenn solche Worte gefallen wären. Wenn er dem Verlangen der Frauen zunächst harmlos gefolgt sei, so habe er später, als die beiden Näherinnen zu dem Polizeibeamten gingen, den Eindruck gehabt, als ob die beiden Frauen, Markmann und ihn nur hätten der Polizei überliefern wollen.

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Lage endete mit der Verurteilung Markmanns zu einer Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung. In dem Urteil ließ es, das Gericht habe den eidlischen Aussagen der arbeitswilligen Näherinnen vollen Glauben geschenkt, wohingegen es die Aussage des Jungen Maurer als unwahr ansah.

Die Folge dieses Urteils war die Einstellung eines Reineidsverfahrens gegen Maurer. Gegen ihn wurde auf Antrag des Ersten Staatsanwalts beim lippeischen Landgericht in Detmold das Verfahren wegen wissentlichen Reineids eröffnet.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Detmold fand am 21. Juni 1911 statt. Die Geschworenenbank setzte sich fast ausschließlich aus lippeischen Autobesitzern zusammen. In der Verhandlung beschworen die beiden Frauen ihre alle Aussage von neuem. Der jetzt als Zeuge geladene Tischler Markmann bestätigte im wesentlichen die Angaben des Angeklagten Maurer. Die Geschworenen bejahten die Frage nach wissentlichem Reineid, worauf das Gericht Maurer zu einer Justizhandstrafe von 2 Jahren verurteilte, und außerdem auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und auf die dauernde Unfähigkeit, als Zeuge eidlisch vernommen zu werden, erkannte.

Den Bemerkungen des Verteidigers Dr. Heinemann-Detmold gelang es, die Aufhebung des Urteils durch das Reichsgericht am 24. November 1911 wegen ungeschicklicher Befragung der Geschworenenbank zu erreichen. Die heutige Verhandlung endete nach ausgedehnter, bis zum Abend sich hingiegender Beweisaufnahme, mit einer glänzenden Freisprechung des unschuldig verurteilten Genossen Maurer.

Ein jugendlicher Brandstifter.

Wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Diebstahls hatte die 4. Strafkammer des Landgerichts 11 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors de la Fontaine gestern gegen den 17-jährigen Arbeitsschüler Paul Palm zu verhandeln. Der Angeklagte war eines

Tages anfangs Oktober d. J. mit dem Arbeitsschüler Ludwig Zimmermann nach Grünau gefahren. Nachdem die beiden in der Königshöhe allerlei Unfug verübt hatten, kam Palm auf den Gedanken ein „kleines Feuerchen“ anzuzünden, um zu sehen, wie schnell sich das Feuer bei der damals herrschenden Dürre verbreiten würde. Er ließ sich von Zimmermann Streichhölzer geben und zündete damit einen vorher zusammengetragenen Reisighaufen an. Durch den Wind verbreitete sich das Feuer mit ungeheurer Schnelle und im Nu stand der ganze Wald in Flammen. Als die beiden Hebeltäter sahen, was sie angerichtet hatten, ergriffen sie die Flucht. Durch die leuchtendste Handlungsweise der beiden jungen Leute wurden über 18 Hektar Wald vernichtet. Erst durch mühevolle Arbeit der Forstbeamten und zahlreicher Hilfskräfte gelang es durch Aufwerfen von Wässern des Feuers Herr zu werden. — Dem als Brandstifter ermittelten Angeklagten Palm wurde außerdem noch ein in Kirdorf verübter Diebstahl zur Last gelegt. — Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die Jugend des Angeklagten auf 6 Wochen Gefängnis und befahl außerdem, ihn der bedingten Verurteilung zu empfehlen, so daß dem Angeklagten, wenn er sich mehrere Jahre gut führt, die Strafe erlassen werden wird.

Derzeitige gefährliche Neigungen zur Brandstiftung treten oft im Pubertätsalter auf.

Ein fideses Gefängnis.

Das Landgericht Frankfurt a. M. hat am 26. Oktober d. J. den Gefängniswärter Deimann wegen Bestechung und Kuppelerei, den Gefangenen Kieger und die Stellnerin Emma Krüger wegen Bestechung, letztere zu 6 Wochen Gefängnis, verurteilt. Kieger, der jetzt eine längere Strafe verbüßt, sah in Untersuchungshaft. Er bewog Deimann, Briefe an seine Frau, die Krüger, zu befördern. Deimann machte es schließlich möglich, daß die beiden dreimal nachts zwischen 11 und 1 Uhr im Keller des Gefängnisses allein sein und intim verkehren konnten. Die Krüger hat dem Deimann (und Kieger ebenfalls durch ihre Vermittlung) etwa 200 M. sowie Nahrungsmittel zusammen lassen. In ihrem Eindringen in das Gefängnis ist ein Hausfriedensbruch erblickt worden. — Ihre Revision wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

Aus aller Welt.

Schutzmanns Himmelfahrt.

Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, besteht seit einigen Jahren ein Bund christlicher Polizeibeamten. Er zählt 253 Mitglieder und besitzt eine eigene Zeitung mit dem Titel „Kriegerzeitung“. Aus einer Broschüre des Bundes, „Der christliche Polizeibeamte“, bringt die „Christliche Freiheit“ des Pastors Traub Auszüge über die Pflichten eines gläubigen Polizeibeamten vom biblischen Standpunkte aus.

Man liest dort unter anderem, daß der christliche Polizeibeamte sich in seinem Beruf eifrig fortzubilden und dann dem Herrn die Beförderung in eine höhere Stellung überlassen solle. Auf 16, 10 muß dazu dienen, nachzuweisen, daß der Polizeibeamte in seinen dienstlichen Anforderungen wachsen müsse. Unsere Bibel ist voll von militärischen Beispielen und Gleichnissen. Welch schönes Vorbild kann ein gottesfürchtiger Schutzmann geben, der mit erhobenem Haupt und mit frohlichem, freundlichem Antlitz seines Amtes walte! Eine Stadt, die auf dem Berge liegt, kann nicht verborgen bleiben; ebensowenig der Schutzmann in seinem Dienst. Am nächsten ist die folgende Stelle: „Die Seelen der Verstorbenen kommen an die Himmelspforte angefliegen, eine jede mit einem Tornister auf dem Rücken; darin lauter kleine Pakete mit der Aufschrift: „Mit Jesus“ und „Ohne Jesus“, die Seelen rangieren sich in Glieder, dann jähreitet Petrus die Glieder ab und revidiert die Tornister. Findet er darin die Pakete unter Aufschrift: „Mit Jesus“, so kommandiert er: „Vorwärts marsch in den Himmel hinein!“ Wei den andern kommandiert er: „Reht marsch in die Hölle!“ Welche wunderbare Phantasie entwickelt doch der Verfasser dieser frommen Schreibe! der Herr Generalleutnant a. D.

v. Schulzendorf. Es muß lieblich anzusehen sein, wenn die abgeschiedenen Seemannsgeelen, in Schafstiefeln und Wachtmantel, mit dem irdischen Sabul und dem Revolver umgürtet, auf dem Kopf die Blechmütze und einen Tornister auf dem Rücken die Himmelsstiege umflattern. Und was alles in diesen Tornistern steckt? Petrus wird Augen machen! Da hat der eine die Hand Vierwalds, der andere sogar die Leiche Herrmanns drin, was ihm beim Klagen wohl sehr hinderlich sein wird. Ein dritter wieder andere dienstliche oder außerdienstliche Begebenheiten.

Was alles natürlich nicht hindert, daß es auch anständige Seehäute, brave Menschen, gibt. Ob die Mitglieder des christlichen Bundes alle dazu gehören? Hoffen wir es.

Ueberfall auf einen Rabbiner.

Aus Colomb Vecher in Sidalgerien wird gemeldet: Der Großrabbiner des Tafletgebietes, Jaal Aektura, der bei den Juden in der Gegend von Jez die Steuern erhoben hatte, wurde in der Nähe von Su Denis ermordet. Aektura hatte seine Begleiter verlassen, um sich nach Tuzat zu begeben. Was aus seinen Begleitern geworden ist, ist nicht bekannt.

Die Sintflut in Spanien.

Die Ueberflutungen nehmen in ganz Spanien einen immer größeren Umfang an. Der Ranzanares ist über die Ufer getreten und hat die tiefer gelegenen Stadtviertel überschwemmt. In Guelva überfluten die Wasser des Obiel das Land. Die im Hafen aufgelaufenen Güter sind geplündert worden. In Valladolid sind in den Fluten des Sequillo mehrere Menschen ertrunken. In Sevilla wird die Lage immer ärger. Die Bevölkerung arbeitet angestrengt daran, Dämme gegen die vordringenden Fluten aufzurichten. 15 000 Arbeiter setzen. Die elektrischen Kraftwerke sind zerstört, die Stadt in Finsternis gehüllt. Das Elend ist furchtbar. Die Flüsse der ganzen Provinz zerstören Felder und Dörfer, und die Strömung reißt alles fort, was ihr in den Weg tritt. Ein Boot, das im Dorfe Algaba Lebensmittel verteilte, ist gesunken, wobei drei Personen ums Leben kamen. Die Verbindungen sind unterbrochen. Das Schicksal zweier Jüge auf der Strecke nach Cadix ist unbekannt. Der verderbenbringende strömende Regen hält noch immer an.

Kleine Notizen.

Todeszug eines Soldaten. Der bei dem Husaren-Regt. Nr. 5 in Stolp im zweiten Jahre dienende Husar Schwichtenberg stürzte mit seinem Pferde so unglücklich, daß infolge eines Schädelbruchs es sofort der Tod eintrat.

Erdbeben in Zentral-Amerika. Die Kleinen Antillen sind gestern von einem ziemlich starken Erdbeben heimgesucht worden, das großen Schaden angerichtet hat. Auf Guadeloupe wurden über 20 Personen getötet. Die Stadt La Pointe à Pitre wurde teilweise zerstört. Auf Martinique sind bis jetzt keine Menschenleben zu beklagen. In Fort de France wurde eine Kirche schwer beschädigt.

Der Durchbruch für den Jungfrantunnel wird in etwa 8 Tagen beendet sein. Es bleiben nur noch wenige Meter zu durchstechen. Die Station Eismeer befindet sich 3400 Meter über dem Meerespiegel.

Marktbericht von Berlin am 8. Februar 1912, nach Ermittlung des kgl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Metzhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 26,00—30,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Aulden 40,00—50,00. Kartoffeln 11,00—15,00. 1 Kilogramm Wurstfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Bündelfleisch, Wurstfleisch 1,20 bis 1,80 Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,20—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,50—8,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Halm 1,20—2,50. Gänser 1,60—3,60. Gänse 1,20—2,60. Vorfische 1,00—2,00. Schote 1,00—3,20. Rind 0,80—1,40. 60 Stück Krefe 4,00—30,00.

Darobner = Bloß

Nur vom 10. bis 18. Februar — Sonntags nur von 12 bis 2 geöffnet

Gelegenheitsposten wesentlich unter regulären Verkaufspreisen

Ganz besonders billige Angebote von ca. 30,000 Knabensachen teilweise unter Herstellungspreisen

Cheviot-Anzüge klein und gemischt, für 3 bis 4 Jahre durchweg	2 90 M.	Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff, für 3 bis 4 Jahre durchweg	70 Pt.	Prinz - Heinrich - Wasch - Anzüge gestreifter Kadettstoff, für 3-4 Jahre durchweg	3 10 M.
Sport- u. Blusen-Anzüge sehr dünne Stoffe, für 3-4 Jahre, durchw.	4 50 M.	Blusen-Wasch-Anzüge schone Mast u. Ponn, für 3-4 Jahre, durchweg	1 30 M.	Prinz - Heinrich - Wasch - Anzüge Prima Kadettstoff, für 3-4 Jahre durchweg	4 50 M.
Manchester-Anzüge in viel Farb., schone Passaus, für 3-4 Jahre . . . durchweg	3 50 M.	Matrosen-Wasch-Anzüge gestreift, Kragen mit schone Garnierung, für 3-4 Jahre durchweg	2 25 M.	Blusen - Wasch - Anzüge extra prima Stoffe, beide Verarbeitung, für 3-4 Jahre durchweg	4 65 M.
Prima Manchester-Anzüge unverwundlich, Blumenform, für 3-4 Jahre durchweg	6 50 M.	Ledersatin-Anzüge hochgeschlossene u. Matrosenformen, in Saiten-Liebertragen, reich garniert, für 3-4 Jahre durchweg	3 40 M.	Kittel-Anzüge einzelne Modelle, in den üblichen Größen durchweg	5 00 M.
Blaue Kammgarn-Anzüge hochgeschlossene oder offen, mit Uebertragen, Aermel mit Stickerei, für 3-4 Jahre . . . durchweg	6 50 M.	Kieler Anzüge gestreift, Kadettstoff, mit roten Kragen u. Manschetten z. Abknöpf., für 3-4 Jahre durchweg	3 30 M.	Einzelne Waschblusen verschiedene Stoffe und Formen, für 3-4 Jahre durchweg 1,65 M. 1,15 M. 90,	4 5 Pt.
Sport-Anzüge in den neuesten Stoffen und Passaus, für 3-4 Jahre durchweg	6 50 M.	Kieler Anzüge gestreift oder weiß, Kragen u. Manschetten zum Abknöpfen, für 3-4 Jahre durchweg	4 60 M.	Einz. Waschhosen aus Rest parb., für 3-4 Jahre, durchweg . . 1,15 M. 80,	4 5 Pt.
Jackett-Anzüge in verschiedenen Stoffen und Mustern für 9-14 Jahre durchweg	7 50 M.	Kieler Anzüge aus den besten Waschstoffen gestreift, Kragen u. Manschetten zum Abknöpfen, für 3-4 Jahre durchweg	4 95 M.	Satin - Sporthos. wandelbar, für 3 bis 4 Jahre, durchw.	1 95 M.
Jackett-Anzüge aus besten gestreift, für 9 bis 14 Jahre durchweg	9 50 M.				

Sämtliche Knaben- und Burschen-Ulster, Paletots und Pyjacks sind im Preise ganz bedeutend herabgesetzt

Pelerinen für Knaben und Mädchen
 nur imprägnierte Stoffe in grau oder grünlichem Strichlöden, Längen 70, 80, 90 cm . . . durchweg 4 50 M. Längen 100 und 110 cm durchweg 6 00 M.

Schulhosen aus guten gewirnt. Stoff. für 8-14 Jahre durchweg 2 M.

Sämtliche Angebote gelten, so lange die Vorräte reichen

BaerSohn

An Wiederverkäufer werden obige Artikel während der Knaben-Woche nicht abgegeben.

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestrasse 29-30 □ 11 Brückenstrasse 11 □ Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 43 (Letzte Moden) auf Wunsch kostenfrei

39 JANDORF'S 39

Woche

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
 Bis Sonnabend den 17. Februar Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar. Wir machen noch besonders auf unsere Schaufenster-Dekoration aufmerksam Soweit Vorrat

- 1 Füllfederhalter zum Selbstfüllen **39 Pf.**
- 1 Bürstentasche 2 teilig, starkfädiger Stoff, vorgezeichnet **39 Pf.**
- 1 Halskette
1 Armband für Kinder **39 Pf.**
- 4 Teebecher mit Bordüre **39 Pf.**
- 1 Paar Molton-Pantoffel für Damen **39 Pf.**
- 3 emaillierte Teller dekoriert **39 Pf.**
- 11 Meter Valenciennes-Spitzen oder Einsätze, verschiedene Muster **39 Pf.**
- 1 Prinz Heinrich-Mütze für Knaben **39 Pf.**
- 1 Blumenkübel bunt **39 Pf.**
- 1 Kaffeekanne Porzellan, mit Goldband und Linie **39 Pf.**
- 1 Rasier-Apparat komplett **39 Pf.**
- 3 Pfund Salu-Terpentin-Seifenpulver **39 Pf.**
- 1 Südwestler für Mädchen **39 Pf.**

- ### Weisswaren
- 1 Stickerei-Matrosenkragen für Kinder **39 Pf.**
 - 1 Tüllschleife mit Spitze garniert
 - 1 franz. Gesicht-Schleier
 - 1 Jabot diverse Ausführungen
 - 4 Haarbänder reine Seide, in vielen Farben
 - 1 Stickerei-Blusen-Kragen runde oder Matrosen-Fasson
 - 1 Spachtel-Blusen-Kragen in verschiedenen, schönen Mustern
 - 1 moderner Haarschmuck Glasreiter mit Seidenrose
- ### Wäsche - Schürzen
- 1 Mädchenhemd Achsel- oder Fassonschnitt mit Languetten, für 2 bis 5 Jahre
 - 1 Knabenhemd für 2 bis 5 Jahre
 - 2 Kinder-Servietten **39 Pf.**
 - 2 gestrickte Jäckchen
 - 1 Tändelschürze weiss, mit Bortenbesatz
 - 1 Tändelschürze farbig, mit Trägern
 - 1 Kinderschürze farbig, drei Größen
 - 1 Knabenschürze in 3 Größen
 - 1 Knabenschürze Wachstum
- ### Herren-Artikel
- 1 Kravatte Binder, Regatta oder Schleife, farbig oder schwarz
 - 1 Serviteur weiss mit Falten oder glatt Piqué
 - 1 Herrenkragen 4fach, amerikanische Form für Herren
 - 1 Paar Manschetten 4fach
 - 1 Matrosen-Mütze mit Garnierung, für Knaben oder Mädchen für Herren oder Knaben, aus engl. gemusterten Stoffen
 - 1 Sportmütze Knaben, aus engl. gemusterten Stoffen
- ### Steingut
- 1 Waschservice-Schüssel dekor.
 - 1 Waschservicekanne dekor.
 - 3 Speiseteller dek. tief od. flach **39 Pf.**
 - 6 Milchtöpfe braun, Satz **39 Pf.**
 - 1 Spülschüssel braun, innen weiss
 - 1 Schmortopf braun m. Deckel. **39 Pf.**
 - 4 Kaffeetöpfe dekoriert **39 Pf.**
 - 1 Satz Schüsseln Satz 4 Stück tief od. flach **39 Pf.**
 - 6 Speiseteller tief od. flach, blau Zwiebelmuster **39 Pf.**
 - 4 Speiseteller tief od. flach, blau Zwiebelmuster
 - 1 Salz- od. Mehlmeste
- ### Diverses
- 1 Blakerzylinder mit Zylinderlinder gutes Fabrik.
 - 2 Glühstrümpfe
 - 6 Gas-Zylinder
 - 1 Küchenlampe
 - 1 Paar Cord-Pantoffel f. Dam. o. Herr.
 - 1 Paar Gummi-Absätze rund
 - 6 Dosen Schuhcreme schwarz
 - 1 Paar Zwirnhandschuhe für Damen, durchbrochen ca. 45 cm lang
 - 1 Paar Spitzenhandschuhe

- ### Wirtschafts-Artikel
- 1 Petroleumkanne lackiert, ca. 2 Liter
 - 1 Müllschaufel lackiert, Deltmuster
 - 1 Briefkasten lackiert **39 Pf.**
 - 1 Wandfeuerzeug lackiert
 - 1 Kaffeetischse Delft- o. Ranken- Muster **39 Pf.**
 - 1 Zuckerbüchse sam. **39 Pf.**
 - 1 Sand-Seife-Soda-Garnitur
 - 3 Alpakateelöffel **39 Pf.**
 - 1 Paar Solinger-Bestecke mit schwarzen o. vernickelten Griffen **39 Pf.**
 - 3 Tischtmesser **39 Pf.**
 - 1 Teeglas-halter vernick. mit Glas **39 Pf.**
 - 1 Springform **39 Pf.**
 - 1 Puddingform **39 Pf.**
 - 10 Pack Kohlenanzünder
 - 1 Messerputzbrett **39 Pf.**
 - 1 Fussbank mit gedrehten Füßen
 - 1 Küchenkonsol **39 Pf.**
 - 6 Aluminium-Teelöffel
 - 3 Aluminium-Esslöffel
 - 3 Ahornstullenbretter
 - 1 Marktnetz
 - 1 Eckbrett mit Haken
 - 1 Fleischbrett zusammen **39 Pf.**
 - 1 Fleischklopfer
 - 1 Ringständer mit Feuerhaken
 - 1 Rosshaar-handfeger
 - 1 Putz- oder Wichskasten
 - 1 Schilftasche **39 Pf.**
 - 1 Teppichhandfeger poliert **39 Pf.**
 - 1 Möbelbürste poliert. **39 Pf.**
 - 1 Straussfederwedel
 - 1 Glanz-, 1 Schmutz-, im Karton **39 Pf.**
 - 1 Auftrag-Bürste **39 Pf.**
- ### Selfen
- 2 Stück Südstrahlenseife
 - 6 Pak. Blitz-Blank-Scheuerepulver
 - 1 Flasche Bay-Rum gute Qualität
 - 1 Flasche Brillantine
 - 1 Buch Puderpapier echt englisch sortierte Gerüche
 - 5 Stück Blumenseife
 - 11 Bund Zahnstocher rund

- ### Emaille
- 1 Konsol mit Wassermass ca. 1/2 Liter **39 Pf.**
 - 1 Müllschaufel **39 Pf.**
 - 1 Kaffeeflasche mit Patentverschluss
 - 1 Durchschlag marmoriert, ca. 16 cm mit Ring
 - 1 Kasserolle ca. 16 cm
 - 1 Schmortopf 16 cm
 - 1 Milchkanne 3 Liter. **39 Pf.**
 - 1 Maschinentopf gestanz., ca. 15 cm...
 - 1 Waschschißel ca. 32 cm
 - 1 Pfanne mit Stiel, ca. 22 oder 24 cm
 - 3 Kinderbecher gestanz., dekoriert
 - 1 Kasserolle gerade Form, mit Hohlstiel, ca. 16 cm
 - 1 Wasserkessel ca. 12 cm **39 Pf.**
 - 1 Kaffeekanne ca. 12 cm **39 Pf.**
- ### Möbelstoffe
- 10 Mtr. Wachstumspitze weiss od. creme **39 Pf.**
 - 1 Tüll-Läufer ca. 60/100 Wachstum
 - 1 Küchentischdecke ca. 60/100 Wachstum
 - 1 Leitungsschoner Wachstum
 - 1 Fussmatte **39 Pf.**

- ### Baumwollwaren
- 3 Wischtücher kariert **39 Pf.**
 - 3 Handtuchabschnitte grau oder bunt
 - 1 Frottierhandtuch weiss oder bunt
 - 1 Meter Hemden-Barchent ca. 85 cm br.
 - 1 Meter Schürzenstoff ca. 85 cm br.
 - 3 Linontaschentücher gebrauchsfertig m. Kante u. Hohlraum
 - 3 Batisttaschentücher
 - 1 Konfirmandentuch **39 Pf.**
- ### Glas
- 1 Käseglocke zusammen **39 Pf.**
 - 1 Zuckerschale auf Fuss **39 Pf.**
 - 1 Kuchenteller gross, Steinschliffmust.
 - 2 Kompott-Schalen
 - 1 Butterdose und 1 Honigdose
 - 4 Viktoria- oder Karlbecher
 - 4 Bierbecher mit Bordüre
 - 4 Likörkelche gross, Steinschliff od. Fantasie-must. weiss od. grün **39 Pf.**
 - 1 Salatschüssel weiss od. grün **39 Pf.**
 - 3 Weinkelche grün **39 Pf.**
 - 1 grosse Blumen vase dekoriert
 - 6 Kompotteller zusammen **39 Pf.**
 - 1 Kuchenteller **39 Pf.**

Reste u. Kupons-Stickereien, Spitzen in versch. Längen 39 Pf.

- ### KLEIDERSTOFFE
- Einheitspreis Meter
- Musselin** Imitat, sehr grosse Musterauswahl, besond. schöne Bordüren
 - Zephir** grosses Streifen-Sortiment.....
 - Perkal** gute Elässer Qualität, für Binsen oder Herren-Oberhemden.....
 - Velour-Barchend** gute Qualität
 - Batist** weiss, durchbrochen, Streifen u. Karos
- # 39

- ### Strumpfwaren
- 1 Paar Damenstrümpfe englisch lang, schwarz, leder, **39 Pf.**
 - 1 Paar Damenstrümpfe buntfarbig geringelt **39 Pf.**
 - 1 Paar Damenstrümpfe deutsch lang, schwarz oder lederfarbig
 - 1 Paar Ballstrümpfe für Damen, in vielen Farben **39 Pf.**
 - 1 Paar Herren-Socken schwarz, leder od. buntfarbig geringelt
 - 1 Paar Schweiss-Socken für Herren, grau meliert, Fuss ohne Naht
 - 1 Paar Kinderstrümpfe englisch lang, schwarz oder lederfarbig, Grösse 5-10 ... **39 Pf.**
 - 1 Paar Ersatzfüsse f. Damenstrümpfe, schwarz, reine Wolle
- ### Handarbeiten
- vorgezeichnet
- 1 Mittendecke mit Saum **39 Pf.**
 - 1 Topflappentasche m. Topflappen
 - 2 Tablettdecken
 - 1 Paradehandtuch mit Saum
 - 1 Stuhl-Kissenbezug mit Franzen
 - 1 Kissenbezug mit Volantgarnierung
 - 1 Meter Häkelspitze **39 Pf.**

- ### Porzellan
- dekoriert
- 4 Kaffeeteller **39 Pf.**
 - 3 Frühstücksteller **39 Pf.**
 - 4 Milchtöpfe **39 Pf.**
 - 1 Butterglocke **39 Pf.**
 - 1 Teekanne **39 Pf.**
 - 4 Kompottschüsseln **39 Pf.**
 - 1 grosse Gemüseschüssel
 - 2 Paar Kaffeetassen **39 Pf.**
 - 1 Schneidebrett **39 Pf.**
 - 1 Kaffeekanne, 1 Zuckerdose, 1 Milchtopf weiss zusammen **39 Pf.**
 - 3 Speiseteller weiss **39 Pf.**
 - 4 Gemüse- o. Salatschüsseln weiss gross

- ### Diverses
- 1 Garderobenleiste mit 4 gross u. 3 kleinen Haken, ca. 60 cm lg.
 - 1 Handtuchhalter braun gebeizt, ca. 50 cm lang
 - 1 Paneel braun gebeizt, ca. 50 cm lang
 - 1 Markttasche mit Lederhenkel, ca. 22 cm **39 Pf.**
 - 1 Kammgarnitur 3 teil.
 - 1 Stellspiegel **39 Pf.**
 - 1 Postkarten-Album für 250 Karten
 - 100 Bogen Briefpapier und 100 Kuverts andurchsichtig zusammen **39 Pf.**
 - 1 Toilette-Papierhalter mit Rolle Papier
 - 20 Mtr. Küchenkante zusammen **39 Pf.**
 - 12 Dtzd. Reissnägeln **39 Pf.**
 - 10 Bromsilber-Postkart. bunt
 - 3 gr. Rollen Toilettpapier

- 6 Kinder-Tücher mit Kante **39 Pf.**
- 1 Bierkanne ca. 1 1/2 Liter Inhalt **39 Pf.**
- 10 Kompott-Teller **39 Pf.**
- 1 Dose Strickwolle schwarz od. meliert, ca. 100 Gramm **39 Pf.**
- 1 Korsettschoner weiss, mit Spitzenpasser **39 Pf.**
- 1 P. Herrensocken schwarz o. buntfarb. mit besticktem Fussblatt **39 Pf.**
- 1 Visit-Rahmen Holz oder Metall **39 Pf.**
- 12 Kleiderbügel **39 Pf.**
- 1 Essenträger emailliert ca. 13 cm **39 Pf.**
- 1 Paar Strickhandschuhe für Damen, weiss Reine Wolle **39 Pf.**
- 10 Kompottschälchen (Glas) **39 Pf.**
- 2 Scheibenschleier **39 Pf.**
- 3 Paar Ersatzfüsse für Damenstrümpfe, schwarz oder lederfarbig **39 Pf.**

- 1 Südwestler für Mädchen **39 Pf.**
- 1 Wäscheleine **39 Pf.**
- 12 Dutzend Wäsche-Knöpfe **39 Pf.**
- 2 Nachttischdecken a. Linon, mit Saum und Verzierung **39 Pf.**
- 1 Damen-Gummi-Gürtel modern gemusterte Bänder, m. hübschen Schnallen **39 Pf.**
- 2 Paar Kinder-Strumpfhalter **39 Pf.**
- 4 Paar Kindertassen mit Untertassen **39 Pf.**
- 3 Paar Ersatzfüsse für Damenstrümpfe, schwarz oder lederfarbig **39 Pf.**

Die bayerische Parteipresse über den Ausgang der Landtagswahlen.

Die „Münchener Post“ schreibt: Es ist also nicht gelungen, das Zentrum in die Minderheit zu bringen. Die Wahlkreiserteilung, die Hilfe der Zentrumspresse...

Hand in Hand damit muß eine Vertiefung und Ausdehnung der Organisation im Lande, eine weitere Verbreitung der freibürgerlichen Presse gehen...

Von diesem Standpunkte aus betrachtet, verliert die Zentrumsmehrheit ihre Schrecken und gewinnt die Aussicht auf eine endgültige Vereinfachung der schwarzen Majorität in sechs Jahren...

Ein immerhin guter und vielversprechender Anfang ist damit gemacht; daß die Minderheitsparteien es verstanden haben, trotz der Gegenläufigkeit bei den Reichstagswahlen, eine gegenseitige Wahlbelämpfung zu vermeiden...

Die „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg sagt unter der Spitzmarke „Nicht!“ in einem Artikel u. a.:

... Noch ist die Zeit nicht erfüllt, noch nicht der Augenblick gekommen, wo in die Stille der bayerischen Zentrumskritik das reinigende Gewitter schlägt. So müssen denn alle freidenkenden Männer und Frauen Bayerns ihre Erwartungen einstweilen zurückstellen...

Soweit ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus dem Wahlergebnis, daß es in Bayern möglich ist, die Macht der schwarzen Partei und der Verbündeten zu brechen. Der von den Minderheitsparteien zur Erreichung dieses Zieles eingeschlagene Weg hat sich als der richtige erwiesen...

Das Abkommen des linken Blocks hat seinem Wesen nach die Feuerprobe gut bestanden. Unsere Feinde sind unsere Förderer, und so kann dieser Ausgang der Wahlen mit seinen im bayerischen Volke Unheil verurteilenden Begleitumständen, unsere Zuversicht, das Vertrauen in unsere gute Sache so wenig erschüttern...

Nun erst recht! Nun mit verdoppelten Kräften weiter arbeiten, bis und die Befreiung des bayerischen Volkes gelungen ist!

Eine ganz entgegengesetzte Beurteilung findet der Wahlausgang und das Wahlabkommen in der „Oberfränkischen Volkszeitung“ in Hof. Diese schreibt: Allenfalls erwarren Optimisten, daß durch das gemeinsame Vorgehen der Minderheitsparteien das Zentrum in die Minderheit gebracht werden könnte...

die Minderheit gebracht werden könnte, um so dem unerträglichen Druck der schwarzen Herrschaft einen Damm entgegenzusetzen. Und was ist das Resultat? Die Zentrumsmehrheit besteht weiter. Es hat elf Sitze verloren, hat aber noch wie vor die absolute Mehrheit im bayerischen Landtage...

Es war also trotz des Kompromisses nicht möglich, die Mehrheit zu brechen, und es wird nun ohne Zweifel eine Zeit in Bayern herannahen, die dem junkerlich-reaktionären Regime in Preußen alle Ehre machen wird. Eins steht ja fest, wir werden unter einer solchen Gewalt Herrschaft nur gewinnen...

Was hat nun der ganze Kampf gebracht? Eine kleine Verschiebung der Parteien, die an den Machtverhältnissen absolut nichts ändert. Die gemeinsame Wahlparole: Für das Koalitionsrecht! Für den Proporz! hat bei den Wählermassen nicht die Wirkung ausgelöst, die man erhofft hatte, namentlich dort nicht, wo das Zentrum in seiner Mehrheit gebrochen werden sollte...

Gewiß, das Fehlen einer Stichwahl im bayerischen Landtagswahlgesetz hat die Kompromißfreunde in ihrem Bestreben unterstützt, und das zustande gekommene Kompromiß zeigt ja auch, daß eben infolge des Fehlens einer Stichwahl in verschiedenen Wahlkreisen das Zusammengehen im ersten Wahlgange bis zu einem bestimmten Grade verstanden werden konnte...

Aber das soll gleich eingeschaltet werden, unsere Wähler haben eine glänzende Disziplin trotz ihrer starken, aber gerechten Empörung gezeigt. Sie sind fast reiflos der Parole der Partei gefolgt. Ob es ein zweites Mal möglich sein wird, ist eine andere Frage. Eine solche Politik taugt nichts, und wird auch von den Wählern aufs schärfste mißbilligt.

Wir waren und sind heute noch die entschiedensten Gegner einer solchen Kompromißpolitik. Es widerspricht dem sozialistischen Massenempfinden, eine derartige Mandatspolitik zu treiben, und eine solche entwerfende Kompromißpolitik, die zur Verumpfung unseres Kampfes führen muß, noch färblicher mitzumachen. Das Kompromiß hat in den Reihen der oberfränkischen Partei genossen eine ungeheure Exzitation hervorgerufen, namentlich auch durch die Art und Weise, wie es zustande gekommen ist. Es hat schwerer Kämpfe bedurft, um unseren Parteifreunden vorzumachen, daß sie als Parteigenossen, nachdem das Kompromiß mit 28 gegen 14 Stimmen von dem im bayerischen Landesorganisationsrat vorgeesehenen Anfang angenommen worden war, unter allen Umständen die Disziplin halten müssen, um die Ehre und das Ansehen der Partei zu wahren, damit nicht auf uns der Vorwurf fallen konnte, wir hätten es verbrochen, daß die unerhörte Zentrumsherrschaft gebrochen worden ist. Nun ist die Probe aufs Exempel gemacht worden, und es ist das eingetreten, was wir den Münchener Genossen von vornherein gesagt haben: die Mehrheit wird nicht gebrochen werden...

Wir in Oberfranken sind uns klar über das, was zu tun ist. Wir wollen eine klare, grundsätzliche Politik, die die Masse des arbeitenden Volkes an uns fesselt und sie das politische Leben richtig beurteilen lehrt. Mit führen, auf dem Papier stehenden Berechnungen wird der Kampf des Proletariats nicht zur gedeihlichen Fortentwicklung in seinem Interesse gebracht werden. Denn solche im voraus gemachten Berechnungen erweisen sich meist als trügerisch. Das hat die er-

folgte Aufteilung der Mandate in Bayern gezeigt. Gewiß soll anerkannt werden, daß in den meisten Wahlkreisen, soweit sich das Reich bis jetzt übersehen läßt, das Abkommen eingehalten worden ist. Aber das lag durchaus im Interesse der Liberalen, deren Drang zum Kompromissen sich aus ihrer reinen Mandatspolitik erklärt. Die Sozialdemokraten sehen im parlamentarischen Kampf nur ein Mittel zum Zweck und wir führen diesen, um die Lebenshaltung der Massen zu heben, sie zu schulen, und sie Einblick in die Zusammenhänge des Staatslebens gewinnen zu lassen. Aber diesen Kampf führen wir nicht unter Preisgabe unserer grundsätzlichen Anschauungen, sondern unter scharfer Betonung aller uns von den bürgerlichen Parteien trennenden prinzipiellen Momente.

Dieses Fazit ziehen wir aus dem beendeten Kampf um die Landtagsmandate. Wir haben als Sozialdemokraten die heiligste Pflicht, die eigene Kraft als Nachfaktor im Kampfe gegen die herrschenden Massen und Parteien zu fördern. Nur so gewinnt das Proletariat an wirklicher Macht und wir wissen, wie weit der Sozialismus Eingang in den Köpfen der arbeitenden Bevölkerung gefunden hat...

Die „Frankfurter Volkszeitung“ in Wahrenth schreibt in ähnlicher Weise, wenn auch weniger scharf: ... auch die gemachte intellektuelle Kraft der Oppositionsparteien wird die faktische numerische Überlegenheit des Landtagszentrums nicht zu kompensieren vermögen. Und darin liegt das bedauerliche Mißgeschick des 5. Februars, das geboren wurde aus der Tatsache, daß das Zentrum durch die Stacheln einer typisch ungerechten Wahlkreiserteilung das Eindringen der Freiwirtschaften in das liberale Paradies abzuhalten vermochte.

Die Sozialdemokratie hat Mandate gewonnen. Noch mehr. Sie hat durch die Eigenart dieses Wahlkampfes allen reichverbündelischen Koalitionsgeschichten über das Wesen der Sozialdemokratie jeden Kurzwert genommen. Es wird den Liberalen etwas schwer werden, künftig dem Gros ihrer Anhänger die Meinung zu suggerieren, die „Roten“ wären so abscheuliche staatsgefährliche Kerle, daß kein Christenmensch ohne Schaden zu nehmen mit ihnen in Berührung kommen dürfe...

Aber diesem materiellen Gewinn aus dem Wahlfeldzug gegen das Zentrum stehen unsere Ergründungen ideale Verluste gegenüber, die für die Ergründungen eine hohe Bezahlung darstellen. Die Führung eines gemeinsamen Wahlkampfes gegen das Zentrum, die notwendige Verzichtsleistung auf die Stellung von Kandidaten in vielen Dutzenden von Wahlkreisen, machte die grundsätzliche sozialistische Agitation im Lande fast zur Unmöglichkeit. Wenn von allen Seiten gegen uns geschossen wurde und wenn wir nach allen Seiten die Ringe führen konnten, geschah unsere Sache am prächtigsten. Wir eroberten Mandate und Köpfe. In diesem Wahlkampf jedoch mußte die Sozialdemokratie die Auffklärungsarbeit bei den Industriezentren in vielen Fällen völlig einstellen. Das war da der Fall, wo das geheiligte Kompromißabkommen die Aufstellung eigener Kandidaten unmöglich machte und die sozialdemokratischen Stimmen auf die verbündete Partei abzukommandieren waren. In Oberfranken z. B. lag die erst in den Januar Tagen so impulsiv zugabe getretene Kraft der Partei künstlich in Wägen verpackt und veräußert. Das war Kompromißgebote. Aber zehntausende schlichte Arbeiter schüttelten über die Geschichte die Köpfe. In anderen Kreisen, wo die antiliberalen Parteien zum Eintreten für die Sozialdemokraten verpflichtet waren, bewirkte die neuartige Situation, daß unsere Wahlagitator einseitig wurde, die grundsätzliche Stellungnahme gegen alle bürgerlichen Parteien berstand und als naturgemäße Folge bei den Massen, die unser Refraktierungsgebiet sind, das Bewußtsein von der Gefährlichkeit und grundsätzlichen Feindschaft aller nichtsozialdemokratischen Parteien beinahe einschlich. Das sind die Opfer, die wir im Kampfe gegen den Zentrumsdruk in Bayern brachten. Diese Opfer sind nicht mit dem Weiter zu messen, sind nicht mit physischen Gewichten zu wägen, sind real nicht zu greifen. Aber sie sind da und bezahlen die Mandatserfolge weit teurer als z. B. die grundsätzlichen Kompromissen Liberalen ihre Mandate durch ihr Zusammengehen mit den Sozialdemokraten.

Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter. Gegr. 1893. Mitglieder-Versammlung Montag, den 12. Februar 1912.

A. B. KOCH Gegr. 1893. Kohlen- und Brikett-Großhandlung. Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1. Telefon: Amt 7, 3040 und 3090.

Greift zu! Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Montagarderober in feinsten Werkstoff.

1 Mark wöchentl. Teilzahlungen. Herrens-Garderoben. Julius Fabian Schneidermeister Gr. Frankf. Str. 37.

Arminius-Hallen. Eine Mark wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden S. Boltuch Herren-Schneiderei nur Frankf. Allee 75. I.

Möbelfabrik Berolina, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Sonntag, den 25. Februar 1912, normmittags 9 Uhr, im Geschäftsräume: Generalversammlung.

Tadellos 1 M. wöchentliche Teilzahlung fertige elegante Herren-Moden. J. Kurzberg Mass-Schneiderei Rosenthaler Str. 40-41 Frankfurt Allee 104 part. - Ecke Friedenstr.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung. I.: Neue Friedrichstr. 35 neben Renital-Waifiballe II.: Turmstr. 67

Herren-Garderoben fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.

Monats-Garderobe! Die besten Winter- Paletots und 2-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Handlungsanzüge, sowie von Rasieren getragene, hell neue Sachen (Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen billigen Preisen.

Buchhandlung Vorwärts SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden). In den nächsten Tagen erscheint: Fraktionsbild der sozialdemokratisch, Reichstags- 247. Abgeordneten. Preis 50 Pf.

Bettfedern und Betten kaufen Sie recht und billig bei Carl Müller, Rixdorf, Berliner Straße 44/48, vis-a-vis dem Rathaus. Dampf-Bettfedern-Reinigung mit elektrischem Betrieb.

Wagenleiden! Bei Verdauungsstörungen, Appetitmangel, verdrühtem Magen, Sodbrennen, Blähungen, Magenschwäche, Magenkrampf, Unbehagen mit Erbrechen, überhaupt Magenbeschwerden jeder Art sind die berühmten Reichel's Magentropfen non überaus wohlthuerend, heilsamer Wirkung! 50 Pf. einzig echt nur mit „Medico“

Masken-Garderobe Willi Ernst, Köpenicker Straße 55h, I. Amt Bpt. 14089. Gr. Auswahl! Bill. Preise! Vorzüglicher dieser Annahme enthält 10 Proq. Preisermäßigung.



Theater und Vergnügungen



Sonnabend, 10. Februar 1912.
Anfang 8 Uhr.

Zirkus Sarrasani. Große Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner. Torquato Tasso.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Aus dem Leben des Meeres.
Puffen, Puffen und Gretel.
Rosa. Schneewittchen.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches. Romeo und Julia.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Charnhaus. Uda.
Kgl. Schauspielhaus. Die Geschwister Robert Guiskard. Der zerbrochene Krug.
Gaberland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Kleines. Lotzhens Geburtstag.
Gedenks.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Donath: Die Wärme als allgemeinste Energieform.

Neues. Der liebe Augustin.
Kammerspiele. Kathan der Weiße.
Puffen. Erde. Komtesse Witzl.
Neues Schauspielhaus. Heiligenmahl.
Reisens. Alles für die Firma.
Kurfürstentor. Der Schmuck der Madonna.
Komische Oper. Der Traumbadur.
Wesen. Russisches Ballett.
Lustspielhaus. Die Damen des Regimentes.
Berliner. Große Hofjungen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Der Probedeufel.
Schiller-Charlottenburg. Der Weg zur Hölle.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Feldherrnhügel.
Puffen. Jopf und Schwert.
Rosa. Der Spielteufel.
Königsgräber Straße. Die Nacht von Berlin.
Wierowski. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Birtshalt.
Kahno. Der Kampf ums Dasein.
Kahno. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert.
Der Hausteufel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königsstadt-Kasino. Ein dunkler Punkt.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Fritschen.
Der zerbrochene Krug.
Belle Alliance. Napoleon Bonaparte und seine Frauen.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Luise Theater.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Puffen und Gretel. Abends 8 Uhr: Jopf und Schwert.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Verschwendener. Abends: Jopf und Schwert.
Montag: Der Verschwendener.

Schiller-Theater O. Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Probedeufel.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Der Probedeufel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Montag, abends 8 Uhr:
Die Wildente.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Probedeufel.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofjungen.

Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Reizenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwanz in 3 Akten von H. Demmequin u. G. Witschel. In Szene gesetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Bardens.
Wochen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Unwiderstehlich vorlesendes Gesp. des Russischen Balletts.
Sylphiden — Kleopatra — Geist.

Belle Alliance Theater.
8 1/2 Uhr: Goldspiel Ferd. Bonn in „Napoleon Bonaparte und seine Frauen“. Sensations-Ausstattungsstück v. H. G. Witschel. Musik v. Sullivan.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Abends 8 Uhr:
Der Spielteufel.
Vollständ. in 4 Akten von Julius Knopf.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Zelon und Klotzer. Abends 8 Uhr: Der Spielteufel.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Rahndreuz in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von G. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Dopp. nachm. 3 Uhr: Miß Helvetz.

Passage-Theater.
Schneider-Duncker
Carl and Lotty
die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schleuderbrodt-Akrob.
und d. Febr.-Glanzprogr.
14 erstkl. Spezialitäten.

MIDGETS TOWN

Hauptstadt von Lilliput,
mit ihren 70 Bewohnern
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree
1 Mark. Kinder die Hälfte.

Im Lilliput-Zirkus große Ringkampf-Konkurrenz.

NEUE WELT.

Arnold Scholz. Täglich: Hasenheide 108/114.
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
Wunderbare Alpendekoration.
Neu! Gebirgsterasse. Neu!
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Elite-Tage!
4 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Luna-Park.

Ausschank von
„Triumphator“
aus dem Münchener Bürger-Bräu.
„Wintersportfest“
Orig.-Oberlander-Kapelle,
Orig.-Dachauer Bauern-Kapelle,
Orig.-Tiroler Tänzer und Sänger,
Humoristische Szenen, Volkskomiker
Volksbelustigungen, sensat. Attraktionen.

Konzert

Café „Roland“
181 Brunnenstraße 181.
Ganz Berlin spricht von der
Leipziger Clown-Kapelle
und dem
Kolossalmädchen „Anna“
ca. 17 Jahre alt. × 404 Pfund schwer.
Die größte Attraktion.
Zwei Kapellen.
Fidele Stimmung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Aus dem Leben des Meeres.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Donath: Die Wärme als allgemein. Energieform.

Apollon Theater

Ab 8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
10 Uhr:
Noch nie dagewesener Vacherfolg
Paul Beckers
das
„Original“.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Wandelblütche Volterabend.

Königsstadt-Kasino.

Ede Holzmack- u. Wegerersstraße
Täglich Varietés und Theater.
Von 1.-16. Februar
Riesensprogramm.
In jeder Vorstellung:
Ein dunkler Punkt.
Bunteste mit Gelang in 2 Bildern.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse

der Metallarbeiter.
Eingetrag. Hilfskaffe Nr. 23.
Berlin-Westen.
Sonnabend, den 10. Februar.
in NIBLES Festsälen, Damm-
wegstraße 13:

Großer Wiener Maskenball.

Das Komitee.

Zirkus A. Schumann

Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Solree High-life.
Auftreten von Dir. A. Schumann. — Gebr. Webb. — Fr. Dora Schumann. — Sämtliche Attraktionen. — 9 Uhr: Das neueste, noch nie dagewesene nicht zu übertreff. Ausstattungsst.

Das Motorpferd

1. Akt: Im Berliner Schlächterladen. 2. Akt: Leben und Treiben vor einem modernen Warenhaus.
Sonntag 3 Uhr u. 7 1/2 Uhr in beiden Vorstell. „Das Motorpferd“. Nachm. endet das Ausstattungsetück mit dem 4. Akt. Nachm. 1 Kind unt. 10 Jahren frei.

Sarrasani

Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Sonnabend und Sonntag:
je
2 Gala-Vorstellungen
3 Uhr | 7 1/2 Uhr
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen Militärs bis zum Feldweibel auf allen Sitzplätzen halbe Preise. Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Billottverkaufsstellen von A. Wertheim.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Passage-Panoptikum.

Das Londoner Mirakel
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen
in ihren religiösen Märtyrer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

Zirkus Busch

Sonnabend, den 10. Februar 1912,
abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Abend.
Um 9 1/2 Uhr: Das große Volks-Manege-Schauspiel
Die Hexe.
Besonders hervorzuheben:
Auf dem Scheiterhaufen. — Der Hexenkessel. — Die Folterkammer. Der Sturm auf die Burg. — Die Gespensteracht. Vorher: Die großen japanisch. Sportspiele und Ringkämpfe.
Clown Armando mit dem boxenden Kanguruh.

Boigt-Theater.

Gelundbrücken Badstraße 58.
Morgen Sonntag, den 11. Februar,
nachmittags 2 Uhr:
Pfeffer-Rösel.
Abends 7 Uhr:
Ein armer Edelmann.
Kasseneröffnung 10 Uhr.
Freitag, 16. Febr.: Benefiz F. Rühlo: Das Geheimnis des Königshauses.

Admiralspalast

Am Bahnh. Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister Harry Paulsen sowie d. prächt. Eisballett Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Casino-Theater

Lothring. Str. 27. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich andererfaunt.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der seltsame Holländer.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Bunteste u. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Humor-Quartett

Am III. Berliner No. 5339
Gg. Treuer Kastanienallee 60
Für den Inhalt der Quartette übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

MAGGI'S Erzeugnisse

MAGGI'S Würze MAGGI'S Bouillon-Würfel MAGGI'S Suppen
sind die besten!

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Blumen-Pracht-Säle Alt-Berlin neben dem
Straße 10. Rosendanz-Th.
Jeden Dienstag: Theatervorstellung mit anschließendem
Familienkränzchen.
Sonnabend, 24. Febr., größerer Saal mit Bühne frei.

Saal frei!
Sonnabend, den 2. 23., 30. März 1912
Neues Klubhaus.
Reußstr. Hermannstraße 166/167.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Zimmer noch Nidelswerder,
an der neuen
Oerstraße beim Alten Freund.

Grundbegriffe der Politik von
Friedrich Stampfer. Gebunden 3 Mk.
Buchhandlung Bornharts, Linden-
straße 69 (Laden).

Inserem Vereinskollegen, dem
Gastwirt
Heinrich Pohle
die herzlichsten Glückwünsche zu
seinem Geburtstag.
Lotterieverein
„Böse Sieben“.

Todes-Anzeigen

Am 8. Februar verstarb plötzlich und unerwartet unser unvergesslicher lieber Sohn und Bruder **Wilhelm**.
Dies zeigen an
Die trauernden Eltern u. Schwester.
Heinrich Märtner,
Schankwirt.
Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Oberberger Str. 41, aus statt. 19162

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 8. Februar verstarb unser Genosse, der Handlungsgeselle
Wilhelm Märtner
Oberberger Str. 41.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Segens-Friedhof in Weissensee, Gustav-Adolf-Str. 67-74, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 225/10

**Zentralverband der Handlungs-
gehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.**
Bezirk Berlin.
Am Donnerstag, den 8. Febr., wurde uns plötzlich unser Kollege
Willy Märner
infolge eines Unfalls durch den Tod entzogen. Er war uns stets ein treuer und pflichterfüllter Kollege, den wir schmerzlich vermissen. Sein Andenken wird bei uns stets noch bleiben.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Oberberger Straße 41 aus nach dem Friedhof der Segens-Gemeinde, Weissensee, Gustav-Adolf-Str. 67, statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Ortsverwaltung. 225/14

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. Februar verstarb unser Genosse, der Tischler
Reinhold Wenke
Schilmanntw. 26.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof in Weissensee, Gustav-Adolf-Str. 67, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 225/9

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-
verein der Schmiede**
u. verw. Gewerbe Deutschl.
Zahlstelle Friedrichsberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugschmied
Karl Schröter
am 9. d. Mts. im Alter von 25 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Haus-Hebungs-Friedhofes in Weissenberg aus statt. 176/3
Der Vorstand.

Am Donnerstag früh 9 1/2 Uhr verstarb nach langem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter und Schwester
Ida Wilke
geb. Becker.
Dies zeigt siebetrübt hiermit an
Emil Wilke nebst Kindern.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schönberger Friedhofes (Blanke-Halle) aus statt.
Treffpunkt der Säng. Punkt 3 Uhr beim Gastwirt Hirtel.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Karl Rahn
am 7. Februar an Lungenerleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Kirchhofes in Steglitz, Bergstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
112/4
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. Februar verstarb unser Genosse, der Tischler
Reinhold Wenke
Schilmanntw. 26.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof in Weissensee, Gustav-Adolf-Str. 67, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 225/9

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-
verein der Schmiede**
u. verw. Gewerbe Deutschl.
Zahlstelle Friedrichsberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugschmied
Karl Schröter
am 9. d. Mts. im Alter von 25 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Haus-Hebungs-Friedhofes in Weissenberg aus statt. 176/3
Der Vorstand.

Am Donnerstag früh 9 1/2 Uhr verstarb nach langem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter und Schwester
Ida Wilke
geb. Becker.
Dies zeigt siebetrübt hiermit an
Emil Wilke nebst Kindern.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schönberger Friedhofes (Blanke-Halle) aus statt.
Treffpunkt der Säng. Punkt 3 Uhr beim Gastwirt Hirtel.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und liebevollen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters lagen mir allen Teilnehmern, insbesondere den Kollegen und dem Holzarbeiterverband unseren tiefgefühlten Dank.
19162
Elvise Marie Fietz
nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Karl Rahn
am 7. Februar an Lungenerleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Kirchhofes in Steglitz, Bergstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
112/4
Die Ortsverwaltung.

Nach langen, schweren Leiden verstarb am 8. Februar meine liebe Frau
Rosa Dietz
geb. Witt.
Dies zeigt siebetrübt an
Ernst Dietz,
Luise Dietz.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wagnerstraße 33, aus nach Weissenberg a. d. C. 112/4
Der Vorstand. 225/8

**Bäckerei-Genossenschaft
Berlin.**
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Blagauer Straße 28.
Sonntag, den 18. Februar 1912, mittags 12 Uhr, im Restour. Krone, Hegnitzer Str. 18:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht und Bericht des Aufsichtsrates. 2. Beschlußfassung über die Bilanz. 3. Neuwahl für die ausstehenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. 102/15
Richard Pinder. Ludwig Eril.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin
Hauptbureau: Amt Norden, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1087

Achtung!
Bierdruck-Klempner!
Montag, den 12. Februar 1912, abends 8 Uhr:
Versammlung
sämtlich Bierdruckklempner u. Monteure
Berlins
in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.
Tagesordnung:
1. Sind unsere Lohn- u. Arbeitsbedingungen zeitgemäß? 2. Diskussion. 3. Interne Branchenangelegenheiten.

Gürtler!
Montag, den 12. Februar 1912, abends 6 Uhr, in den
Nittersälen, Ritterstr. 75:
Versammlung
aller in der Militär-Effekten-Branche
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
Tagesordnung:
1. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Referent: Kollege R. Bahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von
Pappenhot, Friedrichshagen, Friedrichstraße 74
(Lindengarten):
Bezirks-Versammlung
für
**Friedrichshagen und
Köpenick.**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Brückner über „Die neue Reichsversicherungsordnung“. 2. Verhandlungsangelegenheiten.
Zahlreicher Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung. 112/8

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 7. d. Mts. nach im Alter von 22 Jahren unser Mitglied
Karl Rahn
(9. Bezirk).
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Steglitz, Berlinide 5, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
201/8
Der Vorstand.

Auflösungs = Ausverkauf
zu außerordentlich billigen Preisen!!
Metallbettstellen f. Erwachsene u. Kinder in jeder Ausführung.
Waschtische, Schirm- und Garderobenständer, Flaschenschränke usw.
Berliner Eisenmöbel-Fabrik CARL SEIFFERT
Große Frankfurter Straße No. 135, Fabrik-Gebäude.

„Freier Bund“
Einkaufs- u. Produktivgenossenschaft freier
Gast- u. Schankwirte Berlins u. Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Berlin.
Mittwoch, den 28. Februar 1912, nachmittags 5 Uhr, beim Genossen
P. Obiglo, Schwedter Straße 23:

Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung und Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht des Aufsichtsrates. 4. Beschlußfassung über Bilanz und Gewinnverteilung. 5. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat. 6. Anträge aus dem Reich der Mitglieder.
102/17
Der Vorstand.
Ferdinand Matthes. Johannes Greth.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Gruppe der Putzerträger.
Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr,
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes.

Gruppe der Staker.
Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, im
„Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:
Mitglieder-Versammlung.
Sektion der Isolierer!
Sonntag, den 11. Februar, vormittags pünktlich 10 Uhr, bei Wille,
Sebastianstr. 39:

General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Ausschlußanträge und Verschiedenes.
Die Sektionsleitung.
Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
des Zweigvereins.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Anträge. 3. Verschiedenes.
Der Zweigvereinsvorstand.

Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend.
(E. G. m. b. H.) in Liquidation.
Liquidations-Bilanz.

Aktiva.	Passiva.
Am Waren-Konto 42 746,—	Am Sparmarken-Konto 163,—
„ Anwarts-Konto 19 089,20	„ Hausbank-Konto 8 555,—
„ Guthaben-Konto 2 498,35	„ Darlehens-Konto 450,—
„ Wechsel-Konto 400,—	„ Hypotheken-Konto 107 000,—
„ Kreditverein Köpenick 1 000,—	„ Gehaltsanteil-Konto 42 721,59
„ Kautionshinterlegungs-Konto 2 884,84	„ Preßlohn-Konto 586,00
„ Kassa-Konto 170 978,96	„ Spar-Konto 53 194,75
„ Kassa-Konto 75,75	„ Spar-Konto 26 226,25
„ Bank-Konto G. E. G. 40,67	„ Kautions-Konto 8 334,84
„ Gewinn und Verlust-Konto: Verlust 5 025,48	„ Debitoren-Konto 2 216,92
Summa 244 798,96	Summa 244 798,96

Adlershof, den 31. Dezember 1911. 102/16
Die Liquidatoren:
Wilhelm Kohl. Karl Jognor. Wilhelm Jabel.

Konfektionshaus
für
Herren- und Knaben-Bekleidung
Emil Preuß
Moabit Turmstraße 58 Moabit
Lieferant der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend.
Zur bevorstehenden
Einsegnung
empfehle mein reichsortiertes Lager in
**Konfirmanden-
Anzügen**
fertig und nach Maß, die aller-
neuesten Fassons, mit Glocke und
Schlitz, zu konkurrenzlos billigen
Preisen.
Sämtliche Konfirmanden-Anzüge sind in
meiner Werkstätte angefertigt, daher beste
Garantie für gute Verarbeitung
und eleganten Sitz.
Anzug aus Satin-Kammgarn
13.50, 14.50, 15.50 bis 36 M.
Anzug aus Tuch-Kammgarn
17.50, 18.50, 19.50 bis 46 M.
Anzug aus Rips-Kammgarn
15.50, 16.50, 17.50 bis 39 M.
Anzug aus Kammg.-Cheviot
blau und schwarz 14.50, 15.50,
16.50 bis 34.50 M.
Gratis erhält beim Einkauf jeder Konfirmand
eines Anzuges
ein praktisches Geschenk gegen Vorzeigung dieses Inserats.





„**Hoffnung**“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen

Berlin N.

Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger

Anzüge und Sommerpaletots.

Einsegnungsanzüge
in allen Größen.

Neuheiten der Saison bereits erschienen.

Lieferant der Konsumgenossenschaft
und des Arbeiterradfahrerbundes.

102/1*

OXO

Bouillon-Würfel

der Comp^{le}

5 Stück 20 Pfg.
Einzelne Würfel 5 Pfg.

LIEBIG

Kaufe Haare,

ausgefärbte oder abgechnittene, auch solche die höchsten Preise. Otto F. Kafka, Hüfte-Rohrst, Ribbort, Riffstr. 3.

Bouillonwürfel

beste Qual., im Geschmack wie frische Fleischbrühe; 100 St. M. 2,- bei 500 St. M. 1.75.

6tto Reichel, SO., Eisenbahnstraße 4.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2. 6-7. Sonntags 10-12. 2-4



Massive Landhäuser

von 5000,00 Mk. an, übernehme Hypothekenregulierung. Vertreterbesuch, Skizzen kostenlos. Prenzlauer Allee 90. Stein, VII. 6672.

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe

des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Wollen Sie Geld sparen?

dann decken Sie Ihren Bedarf an

Schuhwaren

bei

Heinrich Heise,

Schuhwarenhaus
Badstraße 59
gegenüb. d. Stettiner
Straße.

Gr. Inventur-Ausverkauf

Preise ganz bedeutend herabgesetzt. Hervorragende Auswahl in Einsegnungstiefeln. — Konsummitglieder 5 Prozent.

Verkaufsstellen:

Bergstraße 151-152
Nogatstraße 19-20
Weisestraße 32
Weisestraße 9
Steinmetzstraße 102
Zietenstraße 80
Boddinstraße 60



Reuterstraße 7-8
Hobrechtstraße 77
Friedelstraße 21
Sanderstraße 20
Donastraße 114
Weserstraße 52
Wipperstraße 20
Niemetzstraße 4

Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel!

ff. Langbohnen	Pfd.	23	Pf.
ff. Erbsen, gelbe Viktoria	Pfd.	19	Pf.
ff. Erbsen, geschält	Pfd.	23	Pf.
ff. Linsen, gut kochende	Pfd.	18	Pf.
ff. Graupen	Pfd.	16	Pf.
ff. Hafergrütze	Pfd.	20	Pf.
ff. Haferflocken	Pfd.	20	Pf.
ff. Kartoffelmehl	Pfd.	16	Pf.
ff. Weizengrieß	Pfd.	18	Pf.
ff. gelber Hartgrieß	Pfd.	20	Pf.

mit
10 Proz.
Rabatt-
marken

Butter allerhochfeinste, das Beste was es gibt, Pfd. 1,50
feine Tafelbutter " 1,40 } netto

Beachten Sie auch unsre sonstigen billigen Preise!

Gebser, Schwanke & Co.

G. m. b. H.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden)

Neuererscheinungen:

247/5

Handelspolitik und Sozialdemokratie

Populäre Darstellung
der handelspolitischen Streitfragen
von Karl Kautsky

Zweite umgearbeitete Auflage

Preis 1 Mark (Vereinsausgabe 50 Pf.)

Die Vernichtung der Sozialdemokratie

durch den Gelehrten
des Zentralverbandes deutscher Industrieller

Eine Antwort

von Karl Kautsky

Zweite umgearbeitete Auflage

Preis 1 Mark (Vereinsausgabe 20 Pf.)

Partei-Angelegenheiten.

Groß-Vichterfelde. Morgen Sonntag, den 11. Februar, früh 8 Uhr: Allgemeine „Vorwärts“-Agitation für den ganzen Ort. Die Genossen im Osten treffen sich um diese Zeit in ihren Bezirkslokalen. — Im Westen finden sich alle Genossen um 8 Uhr bei Th. Venzki, Chausseestr. 55 ein.

Alt-Glienide. Sonntag früh 8 Uhr: Hausagitation zur Gewinnung neuer „Vorwärts“-Abonnenten und Parteimitglieder. Ortsteil Falkenberg bei Genossen Schäfer, Grünauer, Köpnicke und Wilhelmstraße bei Genossen Rüge, Rudower und Friedrichstraße bei Genossen Petermann. Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

Vichtenrade. Heute Sonabend, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Jahrlabend in den bekannten Lokalen. Thema: „Unsere Gemeindevahl.“

Sohnsdorf. Am Sonntag, den 18. Februar, veranstaltet der hiesige Wahlverein in Villa Nahl, Inhaber Balofzer, einen Agitationabend. Zum Vortrag gelangt „Moral“ von Thoma. Rezitator: Herr Wollotte. Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr abends. Willkür sind noch bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

Wannsee. Heute Sonabend, den 10. Februar, abends pünktlich 8 Uhr, im „Fürstentum“: Wahlvereinsversammlung.

Borsigwalde, Bezirk I. Heute Sonabendabend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von Strauß aus.

Berliner Nachrichten.

Die Anlage von Gemeindefriedhöfen.

Ang wird aus Charlottenburg geschrieben: Die in Berlin werden auch Gesuche anderer Gemeinden an Ministerien und Synoden wegen Genehmigung zur Errichtung von Gemeindefriedhöfen hingehalten. Davon kann besonders Charlottenburg etwas erzählen. Seit dem Jahre 1901 wurde dort im Stadtverordnetenkollegium auf Antrag von allen Fraktionen, Alt-Charlottenburgern, Liberalen und Sozialdemokraten, der Magistrat ersucht, Schritte zur Errichtung eines Gemeindefriedhofs zu tun. Der Magistrat ist auch bemüht gewesen, dieser Forderung zu entsprechen. Am 8. Oktober 1904 hat er an den Regierungspräsidenten eine Eingabe gerichtet, mit der Bitte um grundsätzliche Stellungnahme zu der Frage der kommunalen Friedhöfe, eventuell um kommissarische Verhandlungen. Am 26. November desselben Jahres weist er nochmals auf die Dringlichkeit der Sache hin. Am 1. Dezember bittet er den Oberpräsidenten um möglichst rasche Bescheidung der Angelegenheit. Am 14. Dezember erwidert dann der Oberpräsident, daß die endgültige Stellungnahme vorbehalten bleiben müsse, bis die städtischen Behörden bestimmte Vorschläge gemacht haben. Am 3. Januar 1905 teilt der Regierungspräsident mit, daß er kommissarische Verhandlungen zurzeit nicht für zweckmäßig halte. Dann wendet sich das königliche Konsistorium an den Regierungspräsidenten in Potsdam und fragt an, ob es richtig wäre, daß in Charlottenburg auf dem Gemeindefriedhofe „Laufgrabenähnliche Massengräber“ eingeführt seien. Dabei hatte Charlottenburg damals noch gar keinen Gemeindefriedhof, so wenig wie heute. Das Polizeipräsidium erkundigte sich auch danach, wie weit denn die Angelegenheit liege. Aber erst reichlich zwei Jahre später kam ein Bescheid vom Oberpräsidenten. Am 31. März 1907 hatte der Oberbürgermeister Gelegenheit, mit dem Oberpräsidenten mündlich zu sprechen, und er bekam die Auskunft: Die Sache schwebt noch. Am 30. September 1907 bittet der Magistrat um Bescheidung der Sache. Aber es kommt keine Antwort. Es sind dann noch verschiedene Eingaben an den Präsidenten und den Oberpräsidenten gerichtet worden. Dann ist eine Anfrage gekommen, wie es mit den Andersgläubigen bei den Begräbnissen gehalten werde. Am 1. Februar 1908 wird gefragt, wieviel Andersgläubige, am 22. Februar wo die Andersgläubigen beerdigt werden. Der Magistrat hat darauf nur erwidern können, das wisse er selbst nicht. Am 11. Oktober 1908 antwortete dann der Oberpräsident auf die Eingabe vom 12. September 1906, daß er nicht eher Bescheid geben könne, als bis die genauen Grenzen des zukünftigen Friedhofs mitgeteilt werden. Der Magistrat hatte nämlich die Möglichkeit zu prüfen vorgeschlagen. Inzwischen waren aber die Besitzer der Wälderwiesen auf den Zweck des beabsichtigten Anlaufs aufmerksam geworden und hatten ihre Forderungen in unerhörter Weise gesteigert. Der Vaggonland, der zur Erhöhung des Terrains in Aussicht genommen war — die Wälder liegen ziemlich tief — war schon anderweitig verwendet worden, so daß auf dieses Terrain überhaupt verzichtet werden mußte. Er ist dann wegen eines Terrains auf der Heerstraße bei Dalgow in Unterhandlungen getreten, die sich auch zerbrachen haben, denn es war zur Kenntnis gekommen, daß der Kaiser nicht wünsche, daß an der Heerstraße ein Friedhof errichtet werde. Die Stadt trat dann in Unterhandlung wegen des Terrains am Tiefwerder. Die Unterhandlungen haben beinahe ein Jahr gedauert. Die Verhandlungen, die mit dem Landwirtschaftsministerium eingeleitet waren, schienen wenigstens hinsichtlich der Kostenfrage die Möglichkeit zu bieten, endlich ein geeignetes Gelände zu finden. Die Bedingungen, die von dem Landwirtschaftsminister der Stadtgemeinde gestellt wurden, waren zwar keineswegs besonders günstig. Doch schien das Gelände das einzige zu sein, das in Frage kommen konnte. Der Magistrat kam von Schritt zu Schritt allen Forderungen des Landwirtschaftsministers entgegen, so daß über die Bedingungen hinsichtlich des Anlaufs des Geländes zwischen Magistrat und Landwirtschaftsministerium Schwierigkeiten nicht mehr bestanden. Auch die Kosten für die als notwendig erachtete Verlegung der Chaussee wollte die Stadt tragen, und der gesamte Kostenaufwand des Anlaufs war auf 2.304.000 M. fixiert.

Schon während der Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsministerium am 4. April 1910 waren vom Magistrat die entsprechenden Anträge an den Regierungspräsidenten und das Oberpräsidium gestellt worden und beide Instanzen schienen der Angelegenheit eine wohlwollende und sachliche Behandlung angedeihen zu lassen. Pünktlich, am 7. Juli 1910, erhielt aber der Magistrat vom Landwirtschaftsministerium folgendes Schreiben: „Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, der Stadtgemeinde Charlottenburg das gewünschte forstfällige Gelände bei Tiefwerder für Kirchhofzwecke zu verkaufen, da die Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und des Innern grundsätzlich Bedenken gegen die Anlegung von kommunalen Friedhöfen erhoben haben.“

Der Magistrat hat nach Empfang dieses Schreibens sofort an den Landwirtschaftsminister die Bitte gerichtet, ihm doch wenigstens das Gelände noch eine Weile an der Hand zu lassen, da er sich schlüssig machen wolle, ob das Gelände nicht auch für andere städtische Zwecke geeignet sei. Aber er erhielt darauf am 10. August 1910 folgenden endgültigen Bescheid:

„Dem gestellten Antrag vermag ich leider nicht mehr zu entsprechen, da über das fragliche Gelände bereits anderweitig verfügt ist.“

Also ähnlich wie mit dem Tempelhofer Felde. Aber der gedachte Vorgang scheint noch eine andere Verfügung des Regierungspräsidenten vom 10. August 1910 an die Landräte des Kreises Nieder-Barnim, Osthavelland und Teltow, sowie den Magistrat von Charlottenburg veranlaßt zu haben, die lautet:

„Wiederholte Anträge der Berliner Vorortsgemeinden auf Anlage kommunaler Friedhöfe außerhalb der zum Gemeindebezirk gehörigen Gemarkung veranlassen mich, Ew. Hochwohlgeborenen darauf hinzuweisen, daß ich solchen Anträgen grundsätzlich entgegenzutreten werde.“

Es muß von den Gemeinden verlangt werden, daß sie ihre Friedhöfe im eigenen Bezirk anlegen; denn durch das Bestehen und die Anlage von Friedhöfen in der Nachbargemeinde wird die Entwicklung der letzteren gehindert. Besonders dort, wo der Friedhof im Anschluß an eine bekannte Ortschaft oder in einem Gelände angelegt werden soll, dessen bauliche Erschließung bald zu erwarten ist.

Diese Erwägungen haben bereits meinen Herrn Amtsvorgänger zu einer besonders strengen Prüfung der Kirchhofprojekte der Berliner Kirchengemeinden in den Vorortsgemeinden geführt, deren Ergebnis die Anlage von Zentralfriedhöfen war.

Der Schatz, welcher den Gemeinden damit gegenüber den Friedhofsanlagen der Kirchengemeinden geboten ist, wird ihnen auch gegen gleiche Projekte von politischen Gemeinden um so weniger verweigert werden können, als auf den Friedhöfen der Berliner Kirchengemeinden auf meine Einwirkung auch die Leichen von Andersgläubigen oder keiner Religionsgemeinschaft Angehörigen Aufnahme finden.“

Während sich das Verhalten der Aufsichtsbehörden in dieser Angelegenheit erst recht schuppenstädtisch gestaltet, zeigt es sich doch jezt immer mehr als eine rücksichtslose Begünstigung des profitlüsternen Zentralfriedhofgeschäftes der Orthodoxie, die eines wahrhaft humanen Staates ganz unwürdig ist. Man scheidet, um dieser Orthodoxie reichliche Einkünfte zu verschaffen, nicht davor zurück, den durch einen Todesfall in die bergweiselste Rollage geratenen Hinterbliebenen noch die unfählichen Umstände und Kosten einer Beerdigung auf einem weitabgelegenen nur schwer erreichbaren sogenannten Zentralfriedhofe aufzuzwingen, wo es ihnen kaum möglich ist, die Grabstätten ihrer teuren Hingeschiedenen öfter aufzusuchen und zu pflegen, so daß diese meist bald in traurigen Verfall geraten, während sich z. B. die Jungfernhöhe sehr wohl zu einem schönen, weißblossenen Waldfriedhofe gestalten ließe. Und unter dieser herzlosen Spekulation der Orthodoxie müssen die Gekreuzten der Kirche ebenso leiden, wie die aus ihr Ausgeschiedenen.“

Erhöhung der Ortszulagen für Lehrpersonen. Der Magistrat hat beschlossen, die Ortszulagen für das Lehrpersonal an den Gemeindefriedhöfen vom 1. April 1912 vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung an zu erhöhen und zwar soll die Ortszulage der Lehrer um 100 M., in der letzten Gehaltsstufe um 150 M., die der Lehrerinnen um 40 M. erhöht werden.

Ein neues Postamt für einen besonderen Zweck soll in Berlin am 1. April errichtet werden. Für die Verrechnung der internationalen Postanweisungen befindet in Berlin ein Postanweisungsamt, das als Dienststelle des Reichspostamts verwaltet wird. Die Oberpostdirektion Berlin hat außerdem eine besondere Bezirksdirektion für die inländischen Postanweisungen. Die beiden Stellen sollen zu einem Postamt I. Klasse vereinigt werden, das der Oberpostdirektion unterstellt werden wird. Das neue Amt wird die Bezeichnung Kaiserliches Postanweisungs-Abrechnungsamt führen. An Stelle von Vorfiehern wird das Amt von einem Postdirektor geleitet werden. An Postämtern für besondere Zwecke bestehen jezt in Berlin das Hofpostamt, das Briefpostamt, das Paketpostamt und das Postschekamt. Telegraphenämter für besondere Zwecke sind das Telegraphenbauamt und das Telegraphenzugamt.

Aus der Praxis des städtischen Irrenwesens ist von allgemeinem Interesse eine seitens der Deputation für die städtische Irrenpflege an den „Bund für Irrenrecht und Irrenfürsorge“ gerichtete Beschwerdeantwort, wonach zufolge genereller Anweisung des Magistrats die Irrenanwaltschaften verpflichtet sind, zur Wahrung ihrer Interessen von den Anträgen an Behörden gerichtete Eingaben weiterzubehandeln. Auch einer sonstigen Korrespondenz von Kranken, soweit sie sich im Rahmen der Gesetze hält und soweit ihre Duldung mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Kranken tunlich erscheint, sollen Hindernisse nicht in der Weg gelegt werden. Eine heimliche Korrespondenz müsse man allerdings unter allen Umständen zu verhindern suchen.

Dazu ist zu bemerken, daß erwiegenemachen wiederholt Patienten die Möglichkeit abgelehnt worden ist, innerhalb der Anstalt für Rechtsanwaltschaften Projektvollmachten auszustellen. Das ist eine gänzlich unzulässige Rechtsbeschränkung. Es blieb also dem betreffenden Patienten nichts anderes als die Heimlichkeit übrig, um zu seinem Rechte zu gelangen. Erfahren die Irrenärzte etwas von dieser nochedrungen heimlichen Selbsthilfe, so erfolgt gewöhnlich in Disziplinärwege die Verlegung nach einer schärferen Station, oft nach dem Verbrecherhause, wofür dann, wenn über die Disziplinierung Beschwerden einlaufen, natürlich ein billiger „Grund“ leicht zu konstruieren ist. In dem vorliegenden Beschwerdebescheide heißt es, der Patient sei in das Verbrecherhaus gelegt worden, weil er heimlich Briefe aus der Anstalt verschickte und auf seine Mitpatienten einen schädlichen Einfluss (!) ausgeübt habe. Welchen Einfluss dann im Verbrecherhause die Wirklichen geisteskranken Verbrecher auf den unter sie gestellten Nichtverbrecher ausgeübt haben, davon sagt die Auslassung der Irrenpflege-Deputation nichts.

Beachtenswert ist auch, daß ein Patient mit Zustimmung des Berliner Polizeipräsidiums „in höhere Unterkunft“ entlassen werden kann, auch nach der Ansicht der Deputation, obwohl die Ärzte behaupten, daß er „für die Rechtssicherheit anderer gefährlich und strafrechtlich unterverantwortlich zu erachten“ ist. Das ist doch ein unlösbarer Widerspruch. Und die bürokratische Polizeiformel von der Unterkunftbeschaffung muß als eine papierene Faxe bezeichnet werden, da in der besten Unterkunftsstätte keine Menschenmacht imstande ist, den freigelassenen Anstaltspatienten von irgendwie unangehörigen Schritten unbedingt zurückzuhalten.

Das „Stiftshaus“ im Warenhaus. Einzig in Berlin sind die Verhältnisse des Eckgrundstücks Jerusalemstraße 40 an der Krausenstraße, gegenüber dem Dönhofsplatz, das wohl allen Berlinern als „Stiftshaus“ bekannt ist. Dieses Grundstück befindet sich im Besitz der Stadt Berlin und gehört der Langehosen Stiftung, die der Armenverwaltung untersteht. Nach den Bestimmungen des Vermögensgesetzes darf das Haus nicht veräußert werden. Es wurde seinerzeit der Firma Carl Stiller vermietet und dann zu einem wesentlich höheren Mietzins der Firma H. Tietz auf mehrere Jahre pachtweise überlassen. Diese Firma baute darauf vollständig im Innern um. Nur die Fassade blieb unberührt. Jezt hat die Firma Tietz das Stiftshaus vollständig niederreißen lassen, um dort einen modernen Warenhauspavillon mit der Stirnseite nach dem Dönhofsplatz zu errichten. Das Grundstück des ehemaligen Stiftshauses wird dann einen Bestandteil dieses neuen Warenhauses bilden. Die Armenverwaltung Berlin wird Eigentümerin dieses Bestandes,

das heißt nach Ablauf des Mietvertrages geht dieser Bestandteil des Warenhauses in den Besitz der Langehosen Stiftung über. Beim Neubau wird nur auf dieses eigenartige, wohl einzig dastehende Besitzverhältnis Rücksicht genommen werden. Von Nutzen wird sich natürlich die Front des Warenhauses von der Leipziger bis zur Krausenstraße, als ein zusammenhängendes, einheitlich errichtetes Warenhaus dem Beschauer präsentieren. Im Innern aber trennt eine Brandmauer, in der natürlich Türen zugelassen sind, das „Stiftshaus“ vom Warenhaus, so daß es also später, nach Lösung des Vertragsverhältnisses und nach Vermauerung auch für sich wieder vermietet werden kann. Der Verkauf an die Firma H. Tietz ist nur statthaft, wenn durch eine Kabinettsorder die königliche Genehmigung zum Verkauf erteilt wird.

Von einem noch nicht aufgekärten Unfall wurde am gestrigen Freitag mittag an der Friedrichsbrücke der Fahrer Dreher des Motorwagens 13 der Linie 3 betroffen. Der Straßenbahnfahrer fuhrte plötzlich, ohne daß sich bei ihm Spuren von Unwohlsein gezeigt hatten, als der Wagen hielt, vom Bordperron auf den Damm herab und zog sich Konstitutionen an der Stirn und am rechten Arm zu. Der Verunglückte wurde nach der nächsten Unfallstation und dann in seine Wohnung gebracht.

Ueber die aus Anlaß einer Schiebung bei 20 Grad Kälte erkrankten Soldaten wird eine anscheinend aus amtlicher Quelle stammende Mitteilung verbreitet, in der die Tatsache zugestanden wird, daß während der großen Kälte Schiebungsfälle stattgefunden haben, aber in Abrede gestellt, daß erhebliche Erkrankungen erfolgt sind. Die Beschwoichtigungsnotiz lautet:

Die von einigen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über bedenkliche Erkrankungen durch Frost gelegentlich einer militärischen Übung sind weit übertrieben. Es handelt sich um ganz geringe Frostschäden. Auch die zwei Soldaten, die wegen dieser Erkrankung sich im Garnisonlazarett befinden, sind nur leicht betroffen und werden in ihrer Gesundheit nicht dauernd geschädigt sein. Von irgendwelchen Amputationen ist nicht die Rede.“

Die Sache wird also recht harmlos hingestellt, wie ja vielfach Militärärzte leicht geneigt sind, Verletzungen, die andere für erheblich halten, als weniger schwer anzusehen. Zu wünschen wäre ja, daß die erkrankten Soldaten keine dauernden Schädigungen ihrer Gesundheit erleiden möchten.

Eine andere Frage ist die, ob es notwendig war, die Soldaten in der herrschenden Kälte zu Schiebung im Freien heranzuziehen. Es gibt allerdings Leute, die eine Trabouir darin finden, die Bürger im Soldatenrock allen Invidien der Bitterung und allen Gefahren auszusetzen, weil das so zum Soldatenhandwerk gehöre. In der „Täglichen Rundschau“ findet sich ein Verteidiger der militärischen Maßnahmen, der folgendes Geschriebel verbrochen hat:

„An demselben eijigen Montag sind Tausende von Berlinern auf den Seen und in den Wäldern um die Reichshauptstadt herum unterwegs gewesen, und eine ganze Anzahl von ihnen ist zu Schaden gekommen. Von dem Heere aber kann man verlangen, daß es bei jedem Wetter seinen Dienst zu tun lernt, sonst könnte es nicht zum zweiten Male eine Pariser Belagerung durchzuführen. Nur muß, soweit das überhaupt möglich ist, dafür gesorgt sein, daß die Mannschaften den erhöhten Anforderungen an ihre körperliche Widerstandskraft auch gewachsen sind. Im vorliegenden Falle war mit der Gefahr zu rechnen, daß Alkoholgenuß am Tage vorher, wo man bereits das Einsehen der kalten Kälte vorausahlt, die Leute schwächen und erst recht Erkrankungen auslösen würde. Daher hatte das 2. Bataillon des Kaiser-Brandenburgischen Grenadierregiments, dessen Kompagnien Montag früh schiefen sollten, keinen Alkohol erteilt, und sicherlich ist auch sonst nichts bersäumt worden, was zu tun war. Gewiß ist es bedauerlich, wenn im Heere Unfälle vorkommen, aber man kann nicht jedem Soldaten eine Wärmflasche mitgeben — und die Offiziere haben genau so unter den Anbliden der Witterung gelitten. Wir zuden nicht mit den Wimpeln, wenn Nieser und Vergesslicher alljährlich Menschenopfer in Helotomben bringen, und wir sollten es uns auch abgewöhnen, die militärischen Behörden ungehört zu beurteilen, sobald ein Truppenteil einmal bei großer Hitze oder Kälte starken Krankenabgang hat. Der Krieg ist und bleibt ein roh gewolltes Handwerk! — und auch in der Friedensvorbereitung läßt sich diese Wahrheit nicht immer vermeiden. Ob sie in diesem Spezialfall vermeidbar war, mögen die zuständigen Instanzen entscheiden, ohne sich durch die Weichmütigkeit der öffentlichen Meinung beeinflussen zu lassen.“

Der Vergleich mit den Tausenden, die in der Kälte im Freien waren, hinkt doch sehr. Es ist doch ein großer Unterschied, ob man im Freien bei der eijigen Kälte sich frei und ungehindert bewegen kann, oder ob, wie das bei den Soldaten der Fall ist, man auf Befehl auf einer Stelle und in einer bestimmten Stellung verharren muß, ohne sich rühren zu dürfen. Deshalb hinkt auch der Hinweis auf die Offiziere, für die nicht dasselbe wie für die Soldaten gilt. Es gehört wirklich keine Weichmütigkeit zu dem Verlangen, die Ehre des Volkes im bunten Rock nicht ohne Not schweren gesundheitlichen Gefahren auszusetzen; eher kann man vom Gegenteil reden, wenn militärische Vorgesetzte Anordnungen treffen, die mit der Ausbildung der Mannschaften kaum noch in Einklang gebracht werden können.

Die Schwindlerin in Trauerkleidung, über deren Treiben wir vor einiger Zeit berichteten, ist jezt von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden. Bei Zahnärzten und Zahnkünstlern führte sie seit sechs Wochen eine Frau als Patientin ein, die es nur darauf abgesehen hatte, sich Gelegenheit zum Diebstahl zu verschaffen. Sie erschien in den verschiedensten Stadtvierteln, bald hier, bald da, und wußte es so einzurichten, daß sie im Wartezimmer allein blieb oder ungehört hinausgehen konnte. Jedesmal nahm sie dann von den Wohnungsfürern und aus den Kliniken Mäntel, Schirme oder was ihr sonst zur Hand kam mit. Ein Kriminalbeamter erwiachte sie jezt endlich in Moabit. Sie entpuppte sich als eine 39 Jahre alte Frau Auguste Dreher, die, von ihrem Manne geschieden, seit einem halben Jahre in der Straußberger Straße 6 wohnte. Die Frau fiel von Anfang an im Hause auf. Sie ging stets morgens aus und kehrte erst abends wieder zurück, immer in Trauerkleidung, die sie angeblich wegen des Todes ihres Vaters trug. Ihre beiden Kinder, einen Sohn von 12 und eine Tochter von 10 Jahren vernachlässigte sie so stark, daß sie ihr vor mehreren Wochen abgenommen und nach dem Waisenhause gebracht wurden.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Postwagen und einem Straßenbahnzuge ereignete sich am gestrigen Freitagnachmittag gegen 2 1/2 Uhr an der Ecke der Leipziger und Markgrafenstraße. Dort wollte der Postwagen 668 trotz der Warnungssignale des Straßenbahnwagens 2050 der Linie 69 die Gleise kreuzen, wurde von dem Vorderperron des Straßenbahnwagens erfasst und umgeworfen. Der Kutscher des Gefährts blieb bei dem Sturz glücklicherweise unverletzt, während der Postkaffner Johann Michaelis, Poppelallee 71, Verletzungen am Arm davontrug. Der Verunglückte mußte sich in seine Wohnung begeben.

Von einem Vorortzuge totgefahren. Zwischen den Stationen Wannsee und Grunewald wurde in der letzten Nacht ein Mann in den mittleren Jahren von einem Vorortzuge überfahren. Als Bahnbeamte ihn auffanden, gab er nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Er wurde sofort nach dem Kreiskrankenhaus in Rowawes transportiert, wo er aber kurz nach der Einlieferung an den Folgen

eines schweren Schädelbruchs starb. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. Wie die Ermittlungen ergaben, ist der Leiche der 30 Jahre alte Arbeiter Georg Schüpfer, der zuletzt im Filialhospital der Stadt Berlin in der Berliner Straße zu Reinickendorf-West wohnte. Ob ein Unglücksfall oder ein Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Selbstmord in einem Stadtbuszug. Aus bisher unbekanntem Grund hat gestern nachmittag der 33 Jahre alte Buchhändler und Hausbesitzer Willi Fritsch aus der Gadinier Str. 8 Selbstmord verübt. Fritsch benutzte zwischen 4 und 5 Uhr einen Vorortzug und jagte sich zwischen den Stationen Gesundbrunnen und Wedding eine Revolverkugel in den Kopf. Die Verletzung war so schwer, daß der Tod bald darauf eintrat. Die Leiche wurde zunächst nach der Inhaftation in der Lindowter Straße und von dort nach dem Schauhause gebracht.

Der Polizeipräsident zu Köln teilt mit, daß die „Securitas“, Allgemeine Krankenversicherungskasse zu Köln, eingetragene Hilfskasse Nr. 93, sich durch Beschluß der Generalversammlung vom 13. September 1911 aufgelöst hat und sich seit diesem Tage in Liquidation befindet.

Wagung, Arbeiterjugend! Der Vortrag von Konrad Hähnisch über „Geschichte“ fällt Sonntag, den 11. d. Mts., aus. Nächster Vortrag Sonntag, den 18. d. Mts. Der Enderufer.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln (Rixdorf).

Wahlrechtstarm in Neukölln.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag in ihrer ersten Sitzung unter dem neuen Namen einen feierlichen Tag eröffnet. Bei der Eröffnung machte Stadtverordneter-vorsitzer Sander einige Mitteilungen, welche noch zum Audium Wahlrechtstarm gehörten. Das Protokoll der Verhandlungen des Oberverwaltungsgerichts vom 23. Januar d. J., wo die 28 Mandate fallig wurden, ist eingetroffen; die Neuwahlen sollen im April stattfinden. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Witzke hat erklärt, sein Mandat niederlegen zu wollen; er hält es für unmoralisch, daselbst weiter anzuhängen, weil auch er auf Grund der vom Oberverwaltungsgericht als ungültig bezeichneten Wählerliste gewählt worden ist. Der Vorsitzende teilt mit, daß die dadurch notwendig werdende Ersatzwahl ebenfalls im April miterledigt werden soll.

Hierauf kam es zu einem lebhaften Austausch für die spätere Verhandlung. Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) gab eine Erklärung ab: Der Herr Stadtv. Juch hat mir im Anschluß an meine Ausführungen über die Namensänderung in voriger Sitzung in dolosier Absicht unterzogen, daß ich bei meinem Sommeraufenthalt in Oberdorf (Pommern) meinen Heimort Rixdorf infolgedessen verlegte, als ich mich in der Karte als aus Berlin kommend eingetragen hätte. In wie leichtfertiger Art Herr Juch verfuhr, mich lächerlich zu machen, beweist der mir von der Kurverwaltung zugelandte und von mir selbst ausgefertigte Anmeldeform, auf dem groß und deutlich „Berlin-Rixdorf“ als Heimort geschrieben steht. Ich lege den Schein auf den Tisch des Hauses nieder und erwarte von Herrn Juch, daß er seinen Vorwurf zurücknimmt. — Stadtverordneter Juch hat dies merkwürdigerweise nicht, sondern berief sich auf die Anklage, für die kein Vorbehalt verantwortlich gemacht werden kann. Schlechtes Verhalten er mit einem Blick über die prekäre Situation hinwegzusehen, indem er pathetisch den von ihm Angegriffenen nunmehr als „Vollstreckter erster Güter“ erklärte. Diese vom Stadtv. Koye unterstützte Drohhaltung eines lebhaften Protestes bei den Sozialdemokraten hervor. Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) stellte fest, daß man die Haltung des Herrn Juch außerhalb der Versammlung als „Anwesen“ bezeichnen würde, während Stadtv. Wapth (Soz.) die von den bürgerlichen Herren beliebte Methode der Polemik als eine lächerliche Kinderlei kennzeichnete und sich damit seine Ordnungsruf zugab.

Nach diesem Prolog kam es zu einer neuen Wahlrechtdebatte mit beiderseitigen Anträgen. Auf die von der sozialdemokratischen Fraktion auf Erlass eines Beschlusses über die anderweitige Zusammenfassung der Wählerabteilungen bei den Kommunalwahlen.

Stadtv. Scholz führte als Begründung etwa folgendes an: Das Wahlrecht ist unvollständig, das Hauptziel jeder Verfassung; es ist ein Vollrecht von größter Bedeutung. Dafür sind auch die hinter uns liegenden Klänge hier an dieser Stelle ein Beweis. Um desswillen hat die bürgerliche Mehrheit auch das Dreiklassenwahlrecht unter Druck von Reich und Reich damals verschleiert. Deren Schuld ist es, wenn heute hier ein Kumparliament übrig geblieben ist, von dem man nicht weiß, ob es den Staat zustande bringen wird. Die bürgerlichen Parteien waren sich ihres Rechtsbruchs bewußt; denn schon wenige Tage nach dem erstmaligen Artikel ist ein Wahlkreis aus ihnen gebildet worden. Wir haben also das erfolgreiche durchkreuzt und können mit Recht stolz auf die vier gewonnenen Klagen gegen die realisierbare Mehrheit sein. Dadurch ist seit 1911 das „normale“ Wahlrecht wieder gültig und die Zahl der Wähler in der 2. Abteilung von 2439 auf 8800 gestiegen. Das war ein Abwehrkampf gegen Verleumdungsgelüste. Jetzt wollen wir das Wahlrecht weiter verbessern, was die letzten Reichstagswahlen und vornehmlich angeregt haben. Diese haben die unersättliche Meinung der Bürgerchaft gezeigt, indem von den 57 901 gültigen Stimmen 47 997 auf die Sozialdemokratie entfielen. 84 Prozent der Wähler sind Sozialdemokraten, nur 16 Prozent stimmten für bürgerliche Kandidaten. Umgekehrt bezogen die letzteren aber im Stadtparlament 48, die ersten nur 24 Mandate. Hier muß ein Ausgleich geschaffen und das kommunale Wahlrecht so weit, als es die gelegentlichen Schranken zulassen, erweitert werden. Auf eine Petition für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht an den Landtag verweisen wir für jetzt; denn die Arbeit hier nichts und könnte am Ende angefaßt der bevorstehenden Wahlen unüberwindliche Zustimmung finden. Wir beantragen deshalb die Durchführung der Zwischenschaltung, worin uns schon etwa zwanzig Städte vorausgegangen sind. Die Wirkung des Antrages war interessant. Derselbe Magistrat, welcher gelegentlich der Wahlrechtsklagen zur Verschleierung des gerichtlichen Verfahrens Materialien Kronen brauchte, hat sofort dem „Neuköllner Tageblatt“ einen siffernmäßig belegten Artikel geliefert. So brauchbar aber das Material darin ist, so hinfällig ist der Rest des Manuskripts, dessen Schreiber entweder ein kassendes Kanto an Intelligenz aufweist oder aber eine große Jereführung der Bürgerchaft geplant hat. Er bringt es fertig, unseren Antrag als einen „ungeheuren Wahlrechtsraub“ zu bezeichnen. Ist es etwa ein Raub, wenn viele Wähler des Mittelstandes in die 1. Abteilung und viele aus der 2. in die 2. Abteilung aufsteigen, oder ist das nicht etwa eine Verbesserung? Die 881 Wähler der 1. Abteilung würden sich auf rund 1050, die der 2. Abteilung von 8800 auf 12000, die der 3. Abteilung von 11000 auf 20000 vermindern. Und das nennt der magistratsoffizielle Schreiber einen „Wahlrechtsraub“? Im Gegenteil bedarf es gar nicht der Aufhebung von altweltlich fortgeschrittenen Energie zu unserem Antrage; denn auch bei der Zwischenschaltung behält der Wähler der 1. Abteilung noch das Wahrecht wie der aus der 3. Abteilung. Ein Interesse an der Erweiterung des Wahlrechts hat die ganze Bürgerchaft. Das kann mit Sicherheit auch von den Reichstagswählern behauptet werden, die für das Zentrum und die Polen genimmt haben; denn sie dürfen sich ausnahmslos Arbeiter sein. Fortschrittler und Demokraten sind ja grundsätzlich für ein ausge dehntes Wahlrecht. Kein Interesse daran haben allerdings das Häuflein der 500 konservativen Reichstagswähler, die einzigen „reinen Neuköllner“, wie sie in Telegramm vom 27. Januar heißen. (Sehr richtig!) Identisch mit ihnen dürfte auch die bürgerliche Fraktion sein; sie wird für unseren Antrag wohl auch nicht stimmen, da ja von der Seite das eigene Interesse hinter das Allgemeininteresse gestellt wird. (Stade — der Vorsitzende rügt diese Behauptung.) Wo aber wird die kommunal-sozialistische

Fraktion zum Antrage stehen? Sie hat jetzt zu beweisen, ob sie nur aus Rücksicht auf die Wähler für ein fortgeschrittenes Wahlrecht im Namen umgehängt hat, oder was es sonst mit ihrem „Fortschritt“ auf sich hat. Im übrigen gefällt man sich ja immer in der Pose des „Mittelstandesretter“; hier kann jetzt der Beweis angetreten werden, indem man dem Mittelstande die Hälfte der Mandate der ersten Abteilung überläßt. Die Hausbesitzer bedürfen keiner Rücksichtnahme; sie haben nach dem Gesetz Privilegien genug. Wenn wir auch bezüglich unseres Antrages große Zweifel hegen, so hoffen wir doch, daß einzelne aus der Mehrheit noch einiges Gerechtigkeitsgefühl haben und dafür stimmen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Koye gibt die Gesetzmöglichkeit des vorliegenden Antrages an und versucht dann den Beweis, daß die bürgerlichen Stadtverordneten nicht das jetzige Kumparliament verurteilen haben, sondern als Keullinge auf dem gesetzlichen Gebiete den Streit bis zur letzten Instanz durchzuführen müßten. (Jurist.) Die Durchführung der Zwischenschaltung — so meint Redner — würde den Mittelstand, der hinter uns steht, ganz vernichten. Es wäre Verzeat, wenn wir dem zustimmten. Die bürgerliche Fraktion lehnt deshalb den Antrag ab. Sie wird auch ihre Interessen immer hinter die der Stadt stellen.

Stadtv. Vorsitzender Sander: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. (Jurist: Fortschritt!) Wo bleiben die Fortschrittler!

Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.): Das Schweigen der Kommunal-Fortschrittlichen zeugt von Mangel an Mut auf jener Seite oder beweist, daß sie weiter nichts als die maskierte Reaktion sind. Dieser Heuchelei ein Ende zu machen, war der Zweck unseres Antrages. Er ist erreicht, und wird denen, die nicht alle werden, nun endlich die Augen über diese „Fortschrittler“ öffnen. Von den letzteren kann man wirklich sagen: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ Ueberall, erweitert man die Vollerichte, selbst in China muß die Dynastie abtreten — aber hier konzentriert man dynastische Ideen. (Jurist: Die Dynastie Kaiser!) Der vom Magistrat inspirierte Artikel im „Neuk. Tgl.“ über unseren Antrag ist ungläublich; der ist so dämlich, daß man nur staunen kann. (Stürmische Unterbrechungen bei der Mehrheit. Ordnungsruf durch den Vorsitzenden.) Er verdient, als Flugblatt verbreitet zu werden; seine Wirkung ist wie die seiner. (Stadtverordnetenvorsitzer rügt nachträglich den Ausdruck „Heuchelei“.)

Stadtv. Winter rügt die Vorwürfe des Vordruckers zu widerlegen, erklärt aber, daß seine Fraktion keineswegs mit der fortschrittlichen Partei im allgemeinen identifiziert sein wolle. (Hör! Hör! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb nenne sich die Fraktion auch ausdrücklich „kommunal-fortschrittlich.“ (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Klotz (Soz.) beweist in treffenden Ausführungen, daß die Mehrheit durchaus nicht aus Keullingen besteht hat, sondern daß diese ganz bewusst einen — leider strafrechtlich nicht zu fassenden — Diebstahl an dem vornehmsten Recht der Bürger begangen hat. (Erregte Unterbrechungen rechts.) Die Hauptschuld trifft dabei gerade die neue Fraktion, die als Hülstruppe der Reaktion sich erwiesen hat. Wenn Herr Koye den hinter seiner Fraktion stehenden Mittelstand retten will, so kann man den Mittelstand nur bedauern, welcher mit der Wirtschaft hier zusammenhängt.

Die Debatte, an der sich noch Stadtv. Scholz (Soz.) und Stadtv. Winter beteiligen, wird immer erregter, besonders als letzterer andrückt: So lange wir hier die Bürger vertreten, hindern wir Ihre (zu den Sozialdemokraten) Freiheit, geben wir Ihnen nicht noch mehr Rechte, als Sie sich schon nehmen. Ein Entschluß ist zu fassen von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion ist die Antwort darauf. Dieser wiederholt sich, als der Vorsitzende, obwohl er den Schluß der Debatte erklärt hat, sich selbst noch zu einer längeren Ehrenrettung der Wahlrechtsträuber ansieht. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß man hier noch nach dem Vorleser nach wiederholtem Lesen dem Stadtv. Klotz (Soz.) einen weiteren Ordnungsruf erteilt, weil er erneut behauptet, daß die Mehrheit einen Diebstahl am Volkrecht begangen hat. Dann hebt der Vorsitzende im allgemeinen Gutem die Sitzung auf und verläßt eine Pause, die sich lange hinzieht und während der die Stadtverordneten von haben und brühen heftig miteinander gruppenweise gestikulieren und streiten. Lange währet es, ehe die Ruhe wieder einigermaßen einkehrt und die Sitzung fortgesetzt wird.

In der folgenden Geschäftsordnungsdebatte stellt Stadtv. Scholz (Soz.) fest, daß die Geschäftsführung des Vorsitzenden die Erregung hauptsächlich verursacht hat, während Stadtv. Klotz (Soz.) meint, ganz unzulässig zu sein (Heiterkeit) und die harte Behandlung von Seiten des Vorsitzenden gar nicht verdient zu haben. Stadtverordneter-vorsitzer Sander will als das nicht wahr haben, aus seinen mit kaum verständlicher Stimme vorgetragenen Behauptungen klingt aber doch heraus, daß er das Falsche seines Gegners allemal einsehen.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Für den Antrag stimmen nur die 12 Sozialdemokraten. Die bürgerlichen und die Kommunalfortschrittlichen votieren mit 24 Stimmen geschlossen dagegen.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag 1 Uhr auf dem Neubau des Grundstücks Paucher, Ecke Parzer Straße. Der im Hause Parzer Straße 118 wohnhafte Restaurateur Hermann befand sich auf dem Neubau, um Speisen und Getränke zu verkaufen. Als er im vierten Stockwerk angelangt war, verlor er plötzlich, anscheinend infolge eines Schwindelanfalls, das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe, wo er tot liegen blieb.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich gestern nachmittag die in der Kaiser-Friedrich-Straße 65 wohnende Ehefrau des Mechanikers Reinde. Um 2 1/2 Uhr wurden die Hausbewohner durch intensiven Gasgeruch, der aus der Reinickerschen Wohnung drang, aufmerksam. Sie drangen in die Wohnung ein und fanden dort in der Küche die Frau N. leblos am Boden liegend. Sie hatte sich mit Leuchtgas vergiftet. Die drei kleinen Kinder spielten abgemurgt im Nebenzimmer. Die alarmierte Feuerwehr schloß die Gasleitung, öffnete sämtliche Fenster und stellte Wiederbelebungsbefuche hat, die indes ergebnislos waren. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Den Kindern hat das Gas, obgleich es auch ins Nebenzimmer gedrungen war, nichts geschadet.

Treptow-Baumschulweg. Die Generalversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Klumbe, Reuleid und der Genossen Pape, dann nahm sie die Berichte über das verfllossene Geschäftsjahr entgegen. Genosse Freigang erstattete den Vortragsbericht, wonach fünf Mitlieder und sechs öffentliche Versammlungen, sowie acht Flugblattverbreitungen stattgefunden haben. Durch die im Oktober vorgenommene „Vormwärts“-Agitation wurden 199 neue Abonnenten gewonnen. Vortrags-tourneen fanden drei statt. Die Frauenlebensabend erfreuen sich eines stets wachsenden Besuches; auch der Besuch der Jahlabende war befriedigend. Zu erwähnen ist noch, daß am 1. August d. J. das Gewerbe- und Kaufmannsgericht seine Tätigkeit begonnen hat. Nach dem Kassibericht, den Genosse Michael erstattete, betragen die Einnahmen 2410,65 M. und die Ausgaben 2144,85 M. Der Kassensaldo beträgt 271,80 M. An den Kreis wurden 1723,09 M. abgeführt. Die Mitgliederzahl beträgt (einschließlich 194 Frauen) 1167. — Den Bericht der Kindererziehungskommission gab Genossin Kinnel; für die Lokalkommission berichtete Gen. Witzke und für die Bibliothekskommission Gen. Vohne. Folgender Antrag, der der Kreisgeneralversammlung unterbreitet werden soll, wurde einstimmig angenommen: „Alle Anträge, die im Laufe des Jahres in den Kreis- und Verbandsgeneralversammlungen angenommen werden, sind im Jahresbericht zu veröffentlichen.“ Die Berichte der Gemeindevertreter soll eine demnächst stattfindende außerordentliche Generalversammlung, die sich mit der be-

vorstehenden Gemeindevertreterwahl beschäftigen wird, entgegennehmen. Von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern scheiden die Genossen Gerlich und Harow aus.

Köpenick. Nach dem Jahresbericht, der der hiesigen Gewerkschaftskommission in der letzten Generalversammlung vorlag, kann die Gewerkschaftsbewegung an Orte einen geringen Fortschritt verzeichnen. Der Kassibericht weist eine Einnahme von 384,90 M., eine Ausgabe von 391,11 M. auf. Bei der Bibliothek sind 4611 Ausleihungen gegen 2221 im Vorjahre zu verzeichnen. Der Bestand beträgt 825 Bände. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Obmann: Emil Schubert, Fleemingstr. 18/19; Schriftführer: Eugen Dohat; Kassierer: August Semrau; Bibliothekskommission: A. Schütz, Th. Schütz, S. Gubdal und R. Kätz; Jugendbeauftragter: W. Heinrich, G. Bunt, Schindler und A. Schulz. Um dem schweren Schaden, welcher der Arbeiterbewegung am Orte durch das Ueberhandnehmen der Vergnügungsvereine und deren Veranstaltungen zugefügt wird, wirksam entgegenzutreten, wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Vertreibung von Eintrittskarten unter den organisierten Arbeitern von Köpenick ist den Vereinigungen, die nicht dem Kartell angeschlossen sind, nur dann gestattet, wenn deren Eintrittskarten den Stempel des Gewerkschaftsartikels tragen. Alle Karten, welche diesen Stempel nicht tragen, sind daher von der organisierten Arbeiterchaft zurückzuziehen. Zur Regelung der Vergnügungen für die Vereinigungen, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, wird eine Auskunftsstelle errichtet; es liegt in derselben ein Buch zur Einzeichnung der Festlichkeiten aus. Dadurch soll vermieden werden, daß mehrere Veranstaltungen auf einen Tag festgelegt werden. Die Auskunftsstelle befindet sich in der Vormwärts-Expedition, Riekerstr. 6. Das Komitee zur Maskeier sollen die Delegierten der Unterkommission für die Gewerkschaften bilden.

Mariendorf. In der letzten Gemeindevertreterwahl wurden die gegen die Gemeindefürsorge geltend gemachten Einträge geprüft und dafür Beschluß gefaßt, daß der von Weiler u. Faehle erhobene Einspruch zu Recht anerkannt wurde; in einem anderen Falle sollte ein in Konkurs geratene Firma geschlossen werden. Für diese Firma rüht das Gemeindefürsorge bis auf weiteres. Anschließend hieran machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß er der Anregung unserer Genossen stattgegeben und, falls kein Widerspruch erfolge, die in diesem Jahre notwendigen Gemeindevertreterwahlen im März und zwar an einem Sonntag stattfinden sollen. Unter allgemeiner Zustimmung verlangten auch die Herren der ersten und zweiten Wählerklasse, daß der Wahlakt auch für diese Klasse an einem Sonntag stattfinden solle. Dies sind jetzt dieselben Herren, die in früheren Jahren unter dem alten Gemeindefürsorge den regelmäßig von unseren Genossen eingehenden Antrag niederschlitten. Des weiteren wird jedem einzelnen Wähler mittels Postkarte seine Wahlnummer, Wahllokal und Wahlzeit von der Gemeinde aus mitgeteilt. So daß sich also der Wahlakt selbst viel leichter abwickelt. — Die Errichtung einer 10. Klasse in der höheren Mädchenschule, die bis zur Fertigstellung des als Mädchenschule geplanten Schulgebäudes in der Ringstraße in den Schulräumen des Gymnasiums untergebracht wird, wurde von der Vertretung ohne Widerspruch genehmigt. — Die Verteilung des noch vorhandenen Kartoffelfreies rüst eine längere Debatte hervor. Während der Gemeindefürsorge festgelegt haben wollte, daß die Verteilung von der Armenkommission und in deren Ermessen geschehen soll, verlangten unsere Genossen, daß dieser freie Bezug nicht als Armenunterstützung gelten darf und daß über allen Dingen festgelegt werde, daß Arbeiter, die länger als 14 Tage arbeitslos sind, die Berechtigung zum freien Bezug eines bestimmten Quantums haben sollen. Leider fanden die Anregungen keine Mehrheit. Im übrigen erklärte der Gemeindefürsorge, daß, sofern einigermassen gütige Witterung eintritt, weitere Kartoffel-ladungen ankommen und verkauft werden.

Ober-Schöneweide. Die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Abfahrtsklubs „Solidarität“ veranstaltet heute abend in den Gemächern des „Schloßpark-Wäldchenhof“ ihr diesjähriges Winterfest. Die Genossen werden mit einigen amüsanten Unterhaltungen. — Die Genossen werden ersucht, das Vergnügen des Vereins, der sich bei allen Aktionen und gemeinsamen Festen bereitwillig zur Verfügung stellt, durch zahlreichem Besuch zu unterstützen.

Spanden. Die Freie Turnerschaft feiert am heutigen Sonnabend in den Gemächern der Brauerei Wäldchen ihr diesjähriges Winterfest. Für ein abwechslungsreiches und geistreiches Programm ist gesorgt, so daß die Festteilnehmer einen gemächlichen Abend erleben.

Jugendveranstaltungen. Lichtenberg-Rummelsburg. Morgen Sonntag findet ein Kaffee nach den Köpfer Bergen statt. Treffpunkt 7 1/2 Uhr in den Jugendheimen für Lichtenberg-Friedrichstraße, Bürgerheimstraße 94, für Rummelsburg-Stralauer, M. Stralauer 26. Die Karte geht über Sabowa-Röden-Grünau-Weichsel, Nachzügler treffen sich um 9 Uhr in Wäldchen im Restaurant von Götner. Jahrgeld 20 M. Charlottenburg. Die Arbeiterjugend Charlottenburg veranstaltet am Sonntag, den 11. Februar, einen Ausflug nach Sachsbühl, Restaurant Ritters Kränzbau. Neben den üblichen Spielen im Freien werden im Saale einige Gesellschaftsspiele und Regattenen durchgeführt werden. Der Treffpunkt ist morgens 8 Uhr am Wäldchenplatz (Park). Des weiteren findet abends im Jugendheim, Köpenick, ein Reitationsabend statt. Wir bitten die hiesige Arbeiterchaft, ihre erwerbslosen Söhne und Töchter auf beide Veranstaltungen aufmerksam zu machen.

Eingegangene Druckschriften. Von der „Gleichheit“, Jahrgang für die Interessen der Arbeiterinnen, II und Jochen Nr. 10 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Was nun? Von H. Zugunberg. — Die Kenerung. (Für die Les- und Diskussionsabende.) Von R. Dunder. — Ein ungeführter Depot? Von J. Weidner. — Die Beteiligung der Frauen an unserem Kampfe und sog. Von Kurt Nieß usw.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 3 M.; unter Kreuzband 2 M. 50 Pf. Jahresabonnemen 2,00 M.

Treptow-Baum-Gemeinde. Sonntag, den 11. Februar, vormittags 9 Uhr, Pappstiele 15-17, und Korb- und Tisch-Handwerk. Treptow-Baum-Gemeinde, Sonntag, den 11. Februar, vormittags 11 Uhr, kleine Frankfurter Str. 6, Vortrag von Herrn W. Trojan: „Wald aus der Kultur- und Ethnologische des Volkes Israel.“ I. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Eingetragene Mitglieder 2, Hamburg, Riese Berlin 5. Sonntag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Hofmann, Dragonerstr. 15, Wäldchen-Versammlung. — Aktive Baum- und Metallarbeiter. Den Mitgliedern, die in Treptow wohnen, zur Erinnerung, daß am Sonnabend, den 10. Februar, abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokal von Jul. Schmidt, Rieboldstr. 22, stattfindet wird.

Witterungsbericht vom 9. Februar 1912.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in °C
Berlin	756,0	3 wölfig	0	4	Hamburg	754,0	2 wölfig	1	1
Hamburg	748,0	2 wölfig	0	3	Berlin	756,0	3 wölfig	0	4
Berlin	748,0	2 wölfig	0	3	Hamburg	754,0	2 wölfig	1	1
Hamburg	748,0	2 wölfig	0	3	Berlin	756,0	3 wölfig	0	4
Berlin	748,0	2 wölfig	0	3	Hamburg	754,0	2 wölfig	1	1

Wetterprognose für Sonnabend, den 10. Februar 1912. Nimmlich milde, aber veränderlich, vielfach wölfig mit leichten Regenschauern und lebhaften südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. Alkoholfreie Getränke Franz Abraham...

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Out-Bad, Pallasenstr. 76. Kuranstalt M. Schutzl. Passagier-Bad...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

S. Grossmann, Landbergerstr. 194. Otto Hinz, Grünstraße 8. Westmann...

Unterschiedliche Geschäfte

Thaleiser Invalldenstr. 153. Wagner Landsbergerstr. 118. Westheimer...

Kaffee-Surrogate

Paul Henkel Swinemünder Str. 48. Kaufhaus Z. Alexander & Co., Badstr. 55...

Blottner's Großbäckerei

Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmsdorf. Adressen und Telefonnummern.

Bandagen, Gummilw.

R. Heuck, Grünstr. 58. Berkholz, Köpenickerstr. 70. Lange, A. E., Brunnenstr. 107...

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin. Oskar Beck, Dresdenstr. 27...

Gebrüder Groh

48 Filialen in Berlin und Vororten. August Holz, 19 Dattler...

Wilhelm Behr

Wurstfabrik, Speck- und Schinkenfabrik. Berlin-Schöneberg, Köpenickerstr. 47-49...

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weidenburgerstr. 78. A. Wilborn, Brunnenstr. 16. Winkelmann...

Kolonialwaren

Abend, R. Rumbold, Baumstr. 6. Heinrich Arndt, Fennestr. 46. Theodor Anthoner...

Engel's Landbrot

Wid. Engel, Brotfabrik. Weidenweg 4. Verkauf in Milchgeschäften...

Beerdig.-Anst., Sargm.

A. Hattl, Zandorferstr. 23. N. Fischer, Lindenstr. 11. Max Fuchs, Oppenheimerstr. 1...

Gebrüder Mauns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern, 14 Filialen in Berlin u. NO. Schönefeldstr. 12...

Anton Fehau

Gonhardstr. 1. Stadthaus-Edke Königsgr. Andr.-Str. 7. Landbergerstr. 10...

Friedel, Max

C. Gerlach, Warthestr. 70. H. Gerndt, Fennestr. 17. F. Gerlach, Tauentzienstr. 1...

Ad. Kuntze

Gg. Kuntze, Britz, Rudowestr. 58. Ad. Kuntze, Köpenickerstr. 11. A. Sammel, O. Köpenickerstr. 22...

Willy Knobe

Kohls, W., Erlangerstr. 10. Kraatz, Georg, Schönholzerstr. 11. Kraatz, Richard, Köpenickerstr. 33...

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892. Herberg, Paul, Amstorfstr. 29...

W. Adelung & A. Hoffmann

AKL-Brauerei, Potsdamerstr. 10. Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15. Brunnenstr. 4. Wilhelmstr. 119...

Die Fabrikate der Sarotti

Chokoladen u. Cacao-Industrie-Ateliersgesellschaft sind überall erhältlich. Georg Wunder, Fruchtstr. 70...

Georg Heiter

Edle Brauereiw. & Thüringer Wässer. I. Geck, Adressstr. 19. Brunnenstr. 72a. Ernst Böna, Schwedenstr. 32...

Albert Jähner

Fritz Jentsch, Kathar. Baumstr. 15. J. Kemppe, Boyenstr. 24. Fritz Klein, Köpenickerstr. 12...

77 Kottbuserdamm

Schachmann, Louis, Brunnenstr. 11. Berth. Schwarzer, Wrangelstr. 30. Güte, Mützen u. Pelzw. Brunnenstr. 52...

Kakao-Würfel Sarotti

5 Pfg. überall zu haben. W. Müller, G. Bern Str. 155, Köpenickerstr. 5. Prebe, E., Kochgr.-Chaussee 22...

Conrad Richter

Brotfabrik Nied-Schönhausen. Niederl. in all. Stadtteil. Berlins. Max Sander, Dinkerstr. 35. Otto Szillat, Brühlstr. 5...

C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel. F. W. Hilsbein A.-G. Lagerbier und Malzbier. Hempel, E., Müllerstr. 128d...

Stollwerck

Gold Silber Kupfer Schokolade - Kakao In drei Preislagen. Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig...

Carl Müller

Fabrik-Filiale Lindenstr. 35. Fahrrad-Leihhaus Lohmann. Neue Schönhauser-Str. 11. Carl Müller, Reichenick-Gr. 104...

Wilhelm Lieberr

W. Lieberr, Pankow, Wollankstr. 101. Neubaues, O., Köpenicker-Damm 2. Karl Petrich, F. Finkenstr. 19...

Huthaus Norden

Chausseestr. 55, Ecke Wehlertstr. Heide, Rod., Chausseestr. 66. Casper, Ed., Rixd., Bergstr. 129...

Carl Fessel

Spez. Taub., Kasper, Fennestr. 123. H. Geisler, Ramesberg, Schlegelstr. 21. W. Tietzsch, 50, Heidestr. 29...

Goldbier

Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges. Berliner Union-Brauerei, Berlin S. Lützenbrunn, Weidensee.

Victoria-Brauerei

Victoria-Saazerbräu. Oskar Alberts, Müllerstr. 41. Fr. Ahrendt, 25, 25, Köpenickerstr. 11...

Wesenberg

Wesenberg, Köpenickerstr. 11. C. Veigt, Gr. Lindstr. 27, Ecke Uffmannstr. Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

H. Bergmann

Irkanstr. 23 über 40 Filialen in Groß-Berlin. Fäbriehaus, Wäscherei. Baum, Emil, Schönbr., Herberstr. 1...

H. Matzker

Merker, P. Str. 26a. C. Müller, F. Finkenstr. 19. W. Müller, Pankow, Wollankstr. 101...

Carl Fessel

Spez. Taub., Kasper, Fennestr. 123. H. Geisler, Ramesberg, Schlegelstr. 21. W. Tietzsch, 50, Heidestr. 29...

Carl Fessel

Spez. Taub., Kasper, Fennestr. 123. H. Geisler, Ramesberg, Schlegelstr. 21. W. Tietzsch, 50, Heidestr. 29...

Erstes Lottanin-Bad

Bad Ostend, Lief. H. Kasper. National-Bad, Brunnenstr. 70. Bad Ostend, Lief. H. Kasper.

Victoria-Brauerei

Victoria-Saazerbräu. Oskar Alberts, Müllerstr. 41. Fr. Ahrendt, 25, 25, Köpenickerstr. 11...

Wesenberg

Wesenberg, Köpenickerstr. 11. C. Veigt, Gr. Lindstr. 27, Ecke Uffmannstr. Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

H. Matzker

Merker, P. Str. 26a. C. Müller, F. Finkenstr. 19. W. Müller, Pankow, Wollankstr. 101...

Carl Fessel

Spez. Taub., Kasper, Fennestr. 123. H. Geisler, Ramesberg, Schlegelstr. 21. W. Tietzsch, 50, Heidestr. 29...

Carl Fessel

Spez. Taub., Kasper, Fennestr. 123. H. Geisler, Ramesberg, Schlegelstr. 21. W. Tietzsch, 50, Heidestr. 29...

Carl Fessel

Spez. Taub., Kasper, Fennestr. 123. H. Geisler, Ramesberg, Schlegelstr. 21. W. Tietzsch, 50, Heidestr. 29...

Verfammlungen.

Zentralverband der Zimmerer. Die Jahrsitzung Berlin hielt am Mittwoch ihre Jahresversammlung ab. Der Geschäftsbericht, der gedruckt vorliegt, wurde vom Vorsitzenden Witt in einem kurzen Referat erläutert und ergänzt. Die Konjunktur im Zimmerergewerbe war 1911 in den einzelnen Landesteilen recht verschieden. Während im Süden und Südwesten des Reiches, sowie im Rheinland und in Westfalen die Bautätigkeit im allgemeinen sehr günstig war, bewegte sie sich in den östlichen Provinzen und auch in Schlesien in nur sehr mäßigen Grenzen. Ganz besonders war dies auch wieder in Berlin und den Vororten der Fall. Als Ursachen hierfür kommen in Betracht: die Verminderung der Zugänge gegenüber den Abzügen nach und von Berlin, die steigende Zahl der leerstehenden Wohnungen, die ungünstige Stellung auf dem Geldmarkt hinsichtlich der zu beschaffenden nötigen Kapitalien. Eine leichte Besserung machte sich erst im April bemerkbar, diese wurde aber einen Monat später durch die Lohnbewegung der Klempner und Eisenkonstruktionsarbeiter bis Ende Juni wieder unterbrochen. Anfangs Juli stellte sich dann eine etwas kräftigere Bautätigkeit ein, die aber weniger durch den Bau von Wohnhäusern, als vielmehr durch die Errichtung mehrerer großer Geschäftshäuser und durch umfangreiche Beton- und Tiefbauarbeiten hervorgerufen wurde. Vom September ab trat wieder eine schwächere Bautätigkeit ein, die, abgesehen von einigen Wochen im November, sich bis zum Jahresabschluss trotz des offenen Welters dann noch weiter verschlechterte. Diese stagnierenden Verhältnisse auf dem Berliner Baumarkt haben denn auch eine erhebliche Arbeitslosigkeit unter den Zimmerern zur Folge gehabt. Davon zeugen nachstehende Zahlen: 1911 betrug die Mitgliederzahl im Durchschnitt 2517. Davon meldeten sich arbeitslos: 1235. Zahl der arbeitslosen Tage: 28 740. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt: 28 390,50 M. Wie die Bautätigkeit und damit die Arbeitslosigkeit im neuen Jahre sich gestalten wird, läßt sich zurzeit noch nicht recht beurteilen.

Das Verbandsleben innerhalb der Jahrsitzung Berlin gestaltete sich im verflochtenen Jahre wieder sehr reger. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind tariflich bis 31. März 1912 geregelt. Darum konnte das Schwebgewicht der organisatorischen Tätigkeit auf die Propagierung der Verbandsbestrebungen, sowie auf den Ausbau der inneren Einrichtungen der Berliner Jahrsitzung gelegt werden. Im August vorigen Jahres fand eine Jahrsitzungsversammlung des Bezirks, daß die wegen Schulden gefallenen Mitglieder bei ihrem Wiedereintritt in den Verband nicht mehr den restierenden Betrag ihrer nicht geklebten Extramarken vom Jahre 1910 in die Lokalkasse zahlen, sondern daß sie außer dem statutarischen Einschreibegeld von 1,50 M. eine Extra-Aufnahmegebühr von 3 M. zu entrichten haben. Dieser Beschluß löste bei einem Teil der Mitglieder starken Widerpruch aus, brachte aber besehenswerth gute Folgen. Während die Mitgliederzahl der Jahrsitzung am Jahresabschluss 1910 2624 betrug, ging dieselbe im 1. Quartal 1911 auf 2557 und im 2. Quartal sogar auf 2401 zurück. Von da ab stieg dann die Mitgliederzahl der Jahrsitzung wieder auf 2521 im 3. Quartal und auf 2589 am Jahresabschluss, so daß trotz aller Mühe und Arbeit insgesamt leider noch ein Mitgliederverlust von 45 für das Berichtsjahr zu buchen ist. Auch bezüglich der Lokalkassenverhältnisse ist naturgemäß dieselbe unerfreuliche Erscheinung zu beobachten. Während das Vermögen der Jahrsitzung am Jahresabschluss 1910 insgesamt 68 775,32 M. betrug, verringerte sich dasselbe bis zum Jahresabschluss 1911 auf 53 699,80 M. Diese Verringerung des Lokalkassenbestandes um 13 075,52 M. erklärt sich durch die mannigfachen organisatorischen Einrichtungen der Jahrsitzung in bezug auf die Gewährung besonderer lokaler Vergünstigungen, die von einigen der Mitglieder leider nicht geklebt, dem Gros der Mitglieder aber bei Arbeitslosigkeit um, sehr zugute kommen.

Um nun dem weiteren Rückgang der Lokalkasse steuern zu können, wurde von der außerordentlichen Jahrsitzungsversammlung am 29. November 1911 auf Antrag von 23 Bezirken der nachstehende Beschluß gefaßt: „Zur Stärkung der Lokalkasse wird in den 12 beitragsfreien Wochen, also in der Zeit vom 3. Dezember 1911 bis 24. Februar 1912, von den in Arbeit stehenden Mitgliedern ein Lokalbeitrag von 30 Pf. pro Woche erhoben. Arbeitslose und kranke Mitglieder sind von diesen Beiträgen befreit.“

In der erwähnten Versammlung wurde ferner beschlossen, die Hauskassierung, die lange Jahre bei den Berliner Zimmerern keinen Anklang finden konnte, einzuführen. Das neue System hat sich gut bewährt. Durch den Anschluß der Jahrsitzungen Adlershof und Mt. Uckerode an Berlin ist die Zahl der Berliner Bezirke auf 35 gestiegen. Die Berliner Märsche der Zimmerer war sehr im-

posant. 68 Proz. feierten, 1500 waren in der Versammlung. Bei 45 Unternehmern erfolgten Aussperrungen, die 143 Mann betrafen.

Der Verband nahm auch im vergangenen Jahre eine Statistik unter seinen Mitgliedern in Berlin auf, welche die Organisations- und Lohnverhältnisse betraf. 62 Proz. der Zimmerer Berlins und der Umgegend gehören dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands an.

Differenzen mit den Unternehmern waren 114 zu verzeichnen; sie konnten mit wenigen Ausnahmen an Ort und Stelle im Sinne der Organisationsbeschlüsse geregelt werden.

Im Kassenbericht bilanzieren Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse von 1911 mit 102 924,65 M. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Arbeitslosenunterstützung 22 453,50 M., Reiseunterstützung 320,50 M., Streikunterstützung 275,00 M., Rechtschutz 314,80 M., ärztliche Gutachten 46 M., verbranntes Werkzeug 145,80 M.

Lokalkasse: Einnahme 82 614,89 M., Ausgabe 45 690 M.; Mehrausgabe 13 075,72 M. Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1910 68 775,32 M. Kassenbestand am 27. Dezember 1911 53 699,80 M. Bei der Vorstandswahl beschloß die Versammlung mit 69 gegen 62 Stimmen, dieselbe wiederum auf dem Wege der Abstimmung vorzunehmen.

Sodann gab Hinrichsen Bericht von der Schiedskommission, die im verflochtenen Jahre 4 Sitzungen abhielt. Nach kurzer Diskussion folgte die Neuwahl derselben; gewählt wurden: Hinrichsen, Kühner, Schneider, Sommerfeld, Graste, Panzer und Gerber. Von der Tätigkeit der Gewerkschaftskommission im verflochtenen Jahre berichtete Knüpfer. Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission für das laufende Jahr wurden gewählt: Richard Engelhardt, Hauffe, Hinrichsen, Knüpfer und Witt. — Einige kleinere Anträge wurden bis zur nächsten Jahrsitzungsversammlung zurückgestellt.

Zentralverband der Schuhmacher. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung der Jahrsitzung Berlin erstattete der erste Bevollmächtigte Hamann den Jahresbericht für 1911, der in ausführlicher Weise gedruckt vorlag. Im allgemeinen konstatiert der Bericht, daß die Geschäftslage in der Schuhindustrie nicht günstig war. Namentlich im letzten Halbjahre wurde über mangelnde Beschäftigung geklagt. Besonders unzureichend war die Beschäftigung der Schuharbeiter selbst in den feinen Maßgeschäften. Innerhalb der Industrie war es die Lederschuh- und Stiefelfabrikation, welche ihre Arbeiter nur unzureichend beschäftigen konnte, während in der Haus- und Reiseschuhbranche einzelne Firmen ihre Betriebe vergrößern konnten und auch zwei Neugründungen stattfanden. Das Wesen der Schuhe durch Maschinen hat sich sehr stark entwickelt, wodurch viele Heimarbeiter dieser Branche beschäftigungslos wurden. Auch die Ballschuhfabrikation geht zum mechanischen Betrieb über. Die Arbeiter werden dafür zu sorgen haben, daß die Vorteile der technischen Neuerungen nicht allein den Unternehmern zugute kommen, sondern daß auch die in den betreffenden Abteilungen beschäftigten Arbeiter angemessenen Verdienst haben. — Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres um 154. Sie betrug am Jahresabschluss 2840, und zwar 2694 männliche und 146 weibliche.

Eine über die Lage der Zuschneider und Stanzler in mechanischen Betrieben ausgenommene Statistik ergab, daß sich die Löhne in den meisten Fällen auf 26—28 M. belaufen, aber auch bis auf 18 M. heruntergehen. Das veranlaßte die Zuschneider und Stanzler, bei allen Lohnbewegungen die Forderung eines Mindestlohnes von 27 M. zu stellen. — Mit der Organisation der Arbeitgeber mußte infolge häufiger Differenzen öfter verhandelt werden. Dadurch ist in mehreren Fällen eine friedliche Erledigung der Differenzen erreicht worden. In der Frage des paritätischen Arbeitsnachweises ist alles beim alten geblieben. Die Arbeiter wünschen die Einrichtung eines paritätischen Nachweises, weil der jetzt bestehende Nachweis der Unternehmer zu verschiedenen Anlässen Anlaß gibt. Die Leitung der Arbeiterorganisation hat sich mit dieser Angelegenheit im November wieder an den Vorsitzenden der Fabrikantenorganisation gewandt. Aus der Antwort des letzteren geht hervor, daß der größte Teil der organisierten Berliner Schuhfabrikanten dem paritätischen Arbeitsnachweis ablehnend gegenübersteht, daß aber ein anderer Teil sich mit dem Gedanken der paritätischen Arbeitsvermittlung befreundet hat. Der Vorsitzende der Fabrikanten hat eine Aussprache in deren Reihen herbeigeführt. Es ist auch eine Kommission eingesetzt worden, welche diese Frage studieren soll. Die Leitung des Schuhmacherverbandes wird diese Angelegenheit natürlich im Auge behalten und alles tun, um die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu verwirklichen.

Im verflochtenen Jahre wurden eine Anzahl Streiks und Lohnbewegungen geführt. Die ohne Streik durchgeführten Lohnbewe-

gungen waren in zwei Fällen allgemeine Bewegungen, die sich in einem Falle auf 10 Betriebe mit 133 Beteiligten und im anderen Falle auf 13 Betriebe mit 239 Beteiligten erstreckten. In beiden Fällen wurden Lohnhöhungen erreicht. In 10 anderen Fällen erstreckte sich die Bewegung auf einzelne Firmen und hatte immer Erfolg. — Einzelstreiks wurden in 14 Betrieben geführt. In 11 Fällen handelte es sich um Lohnforderungen, in 3 Fällen um Maßregelungen. Einer dieser Streiks verlief erfolglos, 8 hatten teilweisen, 10 vollen Erfolg. Anlässlich der Märsche wurden in 12 Betrieben 101 Personen ausgesperrt. In den Streiks waren 345 Personen beteiligt.

Die Kassenabrechnung ergibt für die Hauptkasse eine Einnahme von 67 442,40 M., eine Ausgabe von 56 106,55 M., für die Lokalkasse eine Einnahme von 35 211,84 M., eine Ausgabe von 23 075,19 M., für die Zuschußkasse eine Einnahme von 2444,80 M., eine Ausgabe von 3022,06 M. An Unterstützungen wurden ausgegeben für Streiks und Maßregelungen 6260,50 M., an Arbeitslose 22 002 M., an Kranke 16 159 M., andere Unterstützungsgegenstände 3075 M.

Vom Vorsitzenden und auch von mehreren Diskussionsrednern wurden zwei Firmen erwähnt, die ganz besonders Anlaß zu Klagen geben und deshalb allgemeine Beachtung verdienen. Die Firma Knäus in der Koloniestraße betreibt starke Lohnbrüdererei, indem sie Arbeiter, die sonst von Männern ausgeübt werden, von weiblichen Arbeitskräften gegen besonders niedrige Löhne verrichten läßt. Zuschneiderinnen und Stanzlerinnen verdienen Wochenlöhne von 12 bis 18 M., Einlesterinnen werden mit einem Wochenlohn von 9 M. eingestellt, dann bekommen sie Urlaub, wobei sie oft nur 4—6 M. wöchentlich verdienen. Natürlich stellt sich diese Firma auch der Organisation feindselig gegenüber. Ueber die Firma Klug, Neue Königstraße, wird geklagt, weil sie die Organisation in ihrem Betriebe nicht aufkommen läßt. Arbeiter, welche die Interessen der Organisation vertreten, sind gemahregelt worden.

Nachdem die Diskussion über den Jahresbericht erledigt war, wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Sie hatte folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter Hamann, 2. Bevollmächtigter (Kassierer) Wendig, 3. Bevollmächtigter (Schriftführer) Valentin, stellvertretender Kassierer Galli, stellvertretender Vorsitzender Volmarhaus, Revisoren Gräß, Weihenborn, Krause, Mattig, Agitationskommission Hannig, Knörig und Müller.

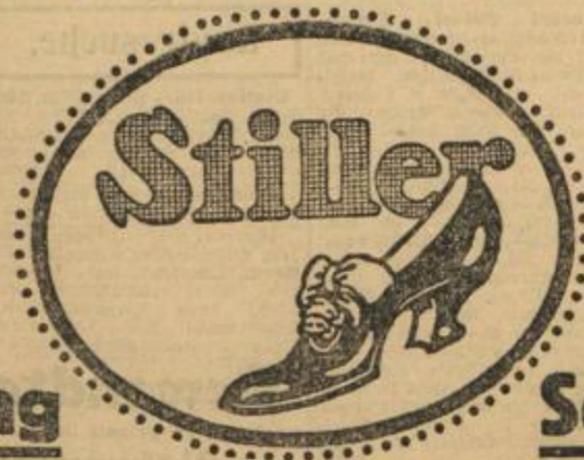
Zentralverein der Bildhauer. Der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Verwaltung Berlin lag der Jahresbericht für 1911 vor, dem wir folgendes entnehmen. Die Mitgliederzahl ist von 910 auf 900 zurückgegangen. Der Rückgang kommt daher, daß die Zahl der nach außerhalb abgereisten Mitglieder besonders hoch war, so daß also ein Rückgang der Organisation selbst nicht vorliegt. Auf die einzelnen Branchen verteilt sich die Mitgliederzahl so: Holzbildhauer 559, Steinbildhauer 178, Modellleur 139, andere Berufe 24. — Dem Arbeitsnachweis wurden 1045 offene Stellen gemeldet, davon sind 945 besetzt worden, während 100 unbesetzt blieben. Am Jahresabschluss waren 140 Arbeitslose eingetragen. Im Laufe des Jahres waren 912 Mitglieder 44 549 Tage arbeitslos. Das macht im Durchschnitt auf den Einzelnen 48,84 Tage. Die Arbeitslosigkeit war in den verschiedenen Branchen sehr verschieden. Die Holzbildhauer kamen mit 48,17 Tagen ziemlich auf den allgemeinen Durchschnitt. Wesentlich günstiger stehen die Steinbildhauer mit 29 Tagen da, während die Modellleur mit 74,85 Tagen den allgemeinen Durchschnitt sehr erheblich überschreiten. Gegen das Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit bei den Holzbildhuern um 6, bei den Modellleur um 10,80 Tage vermehrt, während sie bei den Steinbildhuern um 14 Tage zurückgegangen ist. — Der Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe bei der Hauptkasse mit 39 314 M., bei der Lokalkasse mit 17 664,36 M. Das Vermögen der Lokalkasse beträgt 17 358,54 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: An Streikende 1733,50 M., an Arbeitslose 19 091,75 M., an Arbeitsunfähige 2448,75 M., sonstige Unterstützungen (aus der Lokalkasse) 3292,83 M.

Der Vorsitzende Ahmann und der Verwalter Rißbach gaben ausführliche Ergänzungen zu dem gedruckten Bericht und besprachen die Einzelheiten der organisatorischen Tätigkeit im verflochtenen Jahre.

Dann nahm die Versammlung die Neuwahl der Ortsverwaltung vor. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: 2. Vorsitzender Bonehoff, Schriftführer Koebje und Bröder, Revisor Kleinert und Winter, Verwalter Rißbach, Revisoren Meyer und Lange, Ersahreditor Krumbek. Die Wahl des ersten Vorsitzenden konnte noch nicht erledigt werden. Sie wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Bis dahin wird der bisherige erste Vorsitzende Ahmann, der seiner persönlichen Verhältnisse wegen eine Wiederwahl ablehnte, das Amt behalten.

Großer Inventur-Verkauf

Haupt-Geschäft: Jerusalemer Str. 32-35 Potsdamer Straße 2 Tauentzienstraße 19a Königstraße 25 u. 26 Schöneb., Hauptstr. 146



Neukölln, Bergstr. 25-26 Rosenthaler Straße 5 Charlottenburg Wilmersdorfer Str. 45 Oranienstraße 161 Gr. Frankfurter Str. 123

Schluß: Sonntag

Schluß: Sonntag

Man achte genau auf Straßennamen und Hausnummern der alten Stiller-Firma (gegründet 1867).

Um eine möglichst totale Räumung aller noch vorhandenen Warenposten und Restpartien erzielen zu können, haben wir große Warenmengen im Preise nochmals bedeutend zurückgesetzt. Es bietet sich deshalb dem Publikum noch bis Sonntag eine ganz auffallend billige Einkaufs-Gelegenheit von Schuhwaren aller Art für Herren, Damen und Kinder.

